

■ **Blickpunkt**
Der Terror und
die Freiheit
des Gewissens

■ **for zivis only**
8 Seiten extra

■ **Thema**
ETHISCHES INVESTMENT –

Rendite mit Moral?

[Artikel 26, Menschenrecht auf Bildung]

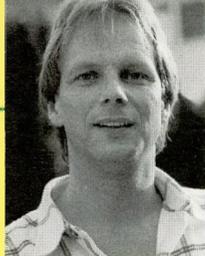


Er hat die Flucht überlebt.

Er möchte vieles vergessen.
Und endlich was lernen.

Mit Ihrer Unterstützung können wir eine Menge bewegen. „Brot für die Welt“ ist vor Ort im Sudan, aber auch in anderen Not-Regionen unserer Einen Welt, und unterstützt lokale Bildungsstätten. Sie können helfen: www.brot-fuer-die-welt.de

Brot
für die Welt
Postbank Köln 500 500-500

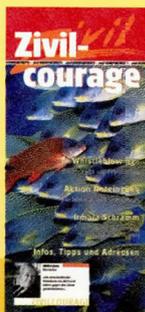


Stuttgart, den 12.2.2002

Liebe Leserin, lieber Leser,

zivil startet mit einer guten Nachricht in den neuen Jahrgang: Ab sofort erscheint unser Magazin mit 5 Ausgaben pro Jahr. Das bedeutet, dass wir unseren Leserinnen und Lesern künftig ein Heft mehr als bisher bieten. Die Hefte werden in der Mitte der Monate Februar, April, Juni und September, sowie Anfang Dezember erscheinen. Auf diese Weise können evangelische Zivildienstleistende trotz der Dienstzeitverkürzung auf 10 Monate weiterhin 4 Hefte während ihrer Dienstzeit erhalten. Und das alles kostenfrei – wie bisher auch – denn: Für evangelische Zivildienstleistende übernimmt die Evangelische Kirche die Abo-Kosten für die gesamte Dauer des Dienstes! Für Ex-Zivis und für alle anderen bieten wir ein *zivil*-Abo zu einem sehr zivilen Preis. Das Jahresabonnement, 5 Hefte einschließlich Versand, kostet ganze € 10,-. Und für alle Neuabonnenten haben wir jetzt ein zusätzliches Bonus-Paket geschnürt: Wer ab sofort *zivil* für mindestens ein Jahr abonniert, erhält kostenlos

- unser Sonderheft »Nein zum Krieg!« (64 Seiten, Einzelpreis € 3,-)
- plus unsere beiden Bestseller, die Kompaktinfos »Zivilcourage« und »Gewalt überwinden«.



Der Bestellabschnitt für das Abo findet sich auf den Extra-Seiten »For Zivis only« in diesem Heft. Unser Bonus-Paket verschicken wir postwendend nach Eingang der Bestellung.

Viel Spaß und interessante Anregungen durch dieses und die kommenden Hefte wünscht Ihr

Werner Schulz



Info	4
Impressum	7
Blickpunkt: Der Terror und die Freiheit des Gewissens	8
»Dazu stehe ich!« – Die Abgeordnete Christa Lörcher stimmte gegen den Anti-Terror Krieg	8
»Ein einziger Aufruf zum Frieden« – Warum ein Lehrer wegen einer Friedensdemo von der Schule flog	11
Aktuell	12
Die neue Wehrmachtsausstellung	



zivil-Thema: ETHISCHES INVESTMENT – RENDITE MIT MORAL?

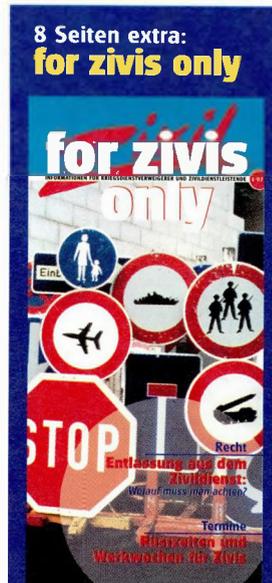
- Geld und Moral – Die Ursprünge ethischer Geldanlage 16
- Ethische Anlagen – nur für Weltverbesserer? 18
- Trends, Tipps und Hintergründe 20
- Kleine Aktien, große Wirkung – Die Arbeit der kritischen Aktionäre 22
- Tipps zum Thema 23
- Wössner zur Sache 24



Aktion	25
Die Gruppe »junges Freiburg«	
Hintergrund	26
Der süße Apfel aus dem KZ	
Preisrätsel	28
Wer war's?	29
Portrait	30
Hedy Epstein	
Eine Welt	34
Verfolgt, nur weil sie Frauen sind	
Unterwegs	36
Zu Besuch bei arabischen Christen in Israel	
Gedanken	38
Galerie	39
»The art project«, New York	



Titelfoto: zivil/W. Schulz
zivil wird gedruckt auf 100 % Altpapier, chlorfrei recycelt!



DER TERROR UND DIE FOLGEN

USA: Friedensmarsch nach Washington

Für den 20. April plant in den Vereinigten Staaten eine »Nationale Friedenskoalition« aus Friedensorganisationen, Jugendverbänden und Studentengruppen einen Friedensmarsch nach Washington.

Der »Krieg gegen den Terror« verursache nur noch mehr Terror, heißt es im Aufruf zu der Kundgebung. Der Krieg, »zu Hause und im Ausland«, müsse gestoppt werden. In dem Aufruf wird u. a. eine antidemokratische und »unamerikanische« Innenpolitik verurteilt, die unter dem Vorwand eines erhöhten Sicherheitsbedürfnisses demokratische Grundrechte austrockne. Im Namen von mehr innerer Sicherheit hätten die Behörden bereits hunderte Menschen ohne Gerichtsverfahren »in Gefängnissen verschwinden lassen«. Gefordert wird von den Organisatoren der Friedensdemo eine US-Außenpolitik, die »sich auf soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, und nicht auf militärische Unterdrückung« stützt. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören u. a. die Friedensorganisationen Internationaler Versöhnungsbund, Pax Christi, War Resisters League und Veterans for Peace.

USA: Solidaritätskampagne für die Menschen im Irak

Mehrere, vor allem christlich orientierte Friedens- und Menschenrechtsgruppen haben in den USA angesichts eines drohenden massiven Kriegs gegen den Irak eine Solidaritätskampagne für die Menschen im Irak initiiert.

Bereits in den vergangenen 11 Jahren habe der Versuch, auf militärischem Weg und mittels wirtschaftlicher Sanktionen den Herrscher Saddam Hussein zu schwächen, mehr als eine Million Menschenopfer gefordert, darunter etwa 150 Kinder an jedem Tag.

Die Kampagne wendet sich an die amerikanische Öffentlichkeit, sammelt Unterschriften und Spenden – u. a. für ein Trinkwasserprojekt im Irak – und bereitet Aktionen des Zivilen Ungehorsams vor für den Fall, dass sich die militärischen Aktionen gegen den Irak verschärfen.

Deutschland: »Weltweite Koalition für Leben und Frieden«

Über 40 namhafte Persönlichkeiten aus Deutschland haben im vergangenen Dezember in einem eindringlichen Appell alle zivilgesellschaftlichen Kräfte aufgerufen, ein »Gegengewicht zu einer sich selbst blockierenden Parteiendemokratie« zu bilden und eine »weltweite Koalition für Leben und Frieden« zu gründen. Unter den Erstunter-

zeichnern befinden sich z. B. der Journalist Franz Alt, der Rhetoriker Walter Jens und der Psychologe Horst-Eberhard Richter. zivil wird in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten.

Assisi: Papst rief zum Gebet für den Frieden

Dem Aufruf Papst Johannes Paul II zu einem Friedensgipfel der Weltreligionen folgten im Januar Vertreter von 12 Religionen in das italienische Assisi. Der Papst und die versammelten Religionsführer verpflichteten sich gemeinsam zum Frieden: »Im Namen des Herrn bemühe sich jede Religion um Gerechtigkeit und Frieden, um Vergebung, Leben und Liebe«, so das katholische Oberhaupt. »Nie wieder Gewalt, Kriege und Terrorismus!«, forderte der Papst. Der Rabbiner Israel Singer aus den USA mahnte: »Wir dürfen den Frieden nicht den Generälen überlassen!«. Und der Generalsekretär des Ökumenischen Weltrates der Kirchen, Konrad Raiser, erklärte in Assisi: »Wir verpflichten uns, alles Mögliche zu unternehmen, um die Ursachen des Terrorismus zu beseitigen«.



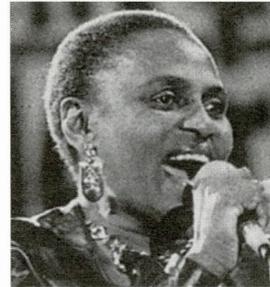
Foto: dpa

Dialog zwischen Christen und Muslimen

»Gewalt basiert nicht auf religiösen Texten, sondern auf der Geschichte von Menschen, die diese Texte interpretieren«. Dieses Fazit zog Tarek Mitri vom Ökumenischen Weltrat der Kirchen nach einer dreiteiligen Reihe von Gesprächen zwischen Christen und Muslimen, die im Dezember in Ägypten zu Ende gingen. Die 45 Experten auf dem Gebiet des christlich-muslimischen Dialogs aus den USA, Europa und Asien kamen zu dem Schluss, dass die Diskussion über Gewalt eine Diskussion über ihre Geschichte sein müsse, und nicht mit der Unterstellung beginnen dürfe, dass religiöse Traditionen Gewalt legitimierten.

LEUTE

Miriam Makeba



Die südamerikanische Menschenrechtlerin und Sängerin Miriam Makeba hat Ende 2001 als erste Frau die Otto-Hahn-Friedensmedaille erhalten. Die »Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen« verleiht den Preis an die 69-Jährige als Auszeichnung für weltweites Engagement für Frieden und gegen Rassismus.

Joachim Ziegenrucker

Seinen 90. Geburtstag feierte im Januar Akademiedirektor i. R., Pastor Joachim Ziegenrucker in Hamburg. Er war 10 Jahre lang, von 1979 – 1989, Bundesvorsitzender der »Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer«, die auch die Zeitschrift *zivil* herausgibt. Während seiner Amtszeit setzte sich Pastor Ziegenrucker entschieden und parteiisch für die gesellschaftliche Anerkennung der Kriegsdienstverweigerer ein, die in jener Zeit sehr häufig noch als Drückeberger hingestellt wurden.



Plakatwettbewerb: »Warum habt ihr Angst?«

Das Motto der diesjährigen Ökumenischen Friedensdekade nimmt Bezug auf die Folgen der Terroranschläge vom 11.9. und lautet :

»Warum habt ihr Angst?« (Matth. 8, 23-27).

Zu diesem Motto suchen die Träger der Friedensdekade, zu denen auch die Zeitschrift *zivil* zählt, ein geeignetes, aussagefähiges Plakat.

Das Plakat soll durch einen offenen Wettbewerb gefunden werden, an dem sich alle Interessierte beteiligen können. Die Wettbewerbsbedingungen sind erhältlich bei der *zivil*-Redaktion, Adresse siehe Seite 7.

KURZ UND KNAPP

Schweiz: Armee bleibt

Im Dezember 2001 hatten die Eidgenossen über ein Referendum zu entscheiden, in dem es um die Abschaffung der Armee und die Einführung eines Zivilen Friedensdienstes ging. Beide Vorlagen wurden abgelehnt. Bei einer Wahlbeteiligung von 35 % votierten nur 21,9 % für die Armeeabschaffung und nur 23,2 % für einen Zivilen Friedensdienst. Bei einer Abstimmung im Jahr 1989 waren es noch 35,6 % der Schweizerinnen und Schweizer, die für die Abschaffung ihrer Armee stimmten

Rechtsextreme Gewalt

Die Gesamtzahl von 10 113 rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gewalttaten gibt die Bundesregierung für das Jahr 2001 an. Darunter seien 385 Fälle, in denen Menschen von Rechtsextremisten verletzt wurden und 7 versuchte Tötungen. Die Zahlenangaben wurden von verschiedenen Stellen als unvollständig kritisiert. Die PDS-Bundestagsfraktion etwa benannte 5 Todesopfer rechter Gewalt, die in der offiziellen Statistik nicht erfasst sind.

Neues Gesetz zum Kinderschutz

Der Bundestag verabschiedete im Januar einstimmig ein neues Gesetz, das Kinder auch vor häuslicher Gewalt besser schützen soll. Gewalt dürfe grundsätzlich kein Erziehungsmittel sein, heißt es dort: »Der völlige Verzicht auf Körperstrafen in der Erziehung ist erforderlich, um der Gewaltanwendung schon von Kindheit an jegliche Legitimation zu nehmen«. Künftig können Elternteile, die Kinder schlagen, der Wohnung verwiesen werden.

Gedenkstein für Frauen

In Berlin wurde 56 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges erstmals in Deutschland ein Gedenkstein für im Krieg verschleppte und misshandelte Frauen errichtet. Wie der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge mitteilte, wurde der Stein auf einem ehemaligen Garnisonsfriedhof enthüllt. Bundesfrauenministerin Christine Bergmann hielt die Gedenkansprache bei der Veranstaltung. Der Stein trägt die Inschrift: »Es mahnen die Opfer von Vertreibung, Verschleppung, Vergewaltigung und Zwangsarbeit«.

Top Ten der vernachlässigten Themen 2001

Im vergangenen Jahr gab es wichtige Themen, die in der Berichterstattung der Medien keinen oder nur unzureichenden Niederschlag fanden. Aus diesem Grund haben die 1997 gegründete Initiative Nachrichtenaufklärung und das im Vorjahr gegründete Netzwerk Recherche gemeinsam die »Top Ten« der vernachlässigten Themen 2001 ermittelt. Die Untersuchung und Analyse der Themen wurde von Journalisten, Wissenschaftlern und Studenten gemeinsam vorgenommen.

men. Von den knapp 100 Vorschlägen ist das Thema »Fortschreitende Monopolisierung der Trinkwasserversorgung« am stärksten vernachlässigt. Platz 2 der ignorierten Themen ist der Problembereich »Kein Asyl für verfolgte Kriegsdienstverweigerer«. Auch das Thema »Innenminister Schily blockiert das Informationsfreiheitsgesetz« (Platz 3) wurde nach Auffassung des Fachgremiums in der Öffentlichkeit weitgehend unterschlagen. Über die »CNN-Selbstzensur im Krieg gegen den Terrorismus« (Platz 4) wurde nach Überzeugung der Jury-Mitglieder ebenfalls nur unzulänglich und mangelhaft berichtet.

Naher Osten

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) hat eine Materialsammlung mit Gebeten und Botschaften zusammengestellt, um seinen Mitgliedskirchen und Partnern zu helfen, 2002 eine Kampagne zur Unterstützung des Friedens im Nahen Osten zu starten – eine Kampagne, die auf die Beendigung der widerrechtlichen Besetzung Palästinas abzielt. Das Material steht auf Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch online zur Verfügung. Die Kampagne wurde vom ÖRK-Exekutiv Ausschuss auf seiner Tagung im September ange-regt, als er an die Mitgliedskirchen und ökumenischen Partner appellierte, 2002 im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt »ihr Augenmerk auf intensive Bemühungen um die Beendigung der rechtswidrigen Besetzung Palästinas zu richten«.

Die Gebete und Botschaften stammen aus den östlich- und orientalisches-orthodoxen sowie den katholischen, episkopalen und protestantischen Kirchen von Jerusalem und geben die authentische Stimme der Kirchen und Gemeinschaften im Heiligen Land wieder. Online-Materialsammlung: www.wcc.coe.org/wcc/what/international/resourcepack-g.html

MEDIEN

Computer-Game gegen Fremdenfeindlichkeit

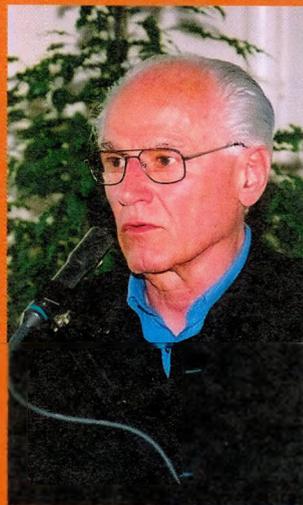
Der bayerische Forschungsverbund Forarea (<http://www.forarea.de>) hat gemeinsam mit der co.Tec GmbH (<http://www.cotec.de>) das PC-Quiz »Xenophilia – Das interkulturelle Spiel über dich und andere« entwickelt. Bei dem Spiel geht es darum, Jugendliche für Probleme beim Umgang mit Menschen aus anderen Ländern zu sensibilisieren und Wissen über »Fremd sein« zu vermitteln.

Was würde ein Chinese in einem Restaurant nie tun? Warum sollte man bei einem Rendezvous mit einer Japanerin keine weißen Nelken mitbringen? Diese und andere Fragen sollen den Spielern Traditionen, Sitten, Gewohnheiten und Werte anderer Kulturen nahe bringen, um so Vorurteile gegenüber fremden Menschen abzubauen. Das Spiel will einen Beitrag zum Aufbau von Verständnis und Toleranz für fremde Verhaltensweisen leisten und gibt Anregungen zur besseren

GOOD NEWS

Wehrmachtsdeserteure bald rehabilitiert?

Die Regierungskoalition will bis zum Sommer einen Gesetzentwurf verabschieden, mit dem Urteile der NS-Militärjustiz gegen Deserteure und Homosexuelle pauschal aufgehoben werden. Bisher müssen sich diese Opfergruppen des Nationalsozialismus einer Einzelfallprüfung unterziehen, um ihre Rehabilitierung zu erreichen. Die Unionsparteien wol-



Hofft auf endgültige Rehabilitierung: Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann

len an diesem Vorgehen, das die Opfergruppen als unwürdig bezeichnen, auch weiterhin festhalten. Nach Schätzungen des Vorsitzenden der »Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz«, Ludwig Baumann, leben heute noch 150 Opfer. Insgesamt wurden während der NS-Zeit 30 000 Todesurteile gegen Deserteure verhängt, über 20 000 davon wurden vollstreckt. Homosexuelle wurden in 50 000 Fällen wegen ihrer sexuellen Orientierung verurteilt, 15 000 von ihnen in Konzentrationslagern interniert. Ludwig Baumann selbst zählt zu den Betroffenen: Als junger Mann desertierte der heute 80-Jährige aus der Wehrmacht und wurde zum Tode verurteilt. Zehn Monate lang war er in der Todeszelle interniert, bis seine Strafe in eine Gefängnisstrafe umgewandelt wurde.

Kommunikation mit Menschen aus anderen Ländern. Der Spieler soll animiert werden sich in andere Menschen hineinzusetzen. Es gibt die Möglichkeit als Deutscher in anderen Kulturen, oder aber als Fremder in Deutschland zu spielen. Das PC-Quiz beinhaltet insgesamt 100 Fragen. Das Spiel wurde laut Herstellern von der Zielgruppe der 13 bis 17-Jährigen sehr gut bewertet. Die Jugendlichen finden »Xenophilia« nicht nur thematisch interessant und gut designt, sondern auch »echt cool«. Adresse: <http://www.xenophilia.de>



Film des Monats: Marie-Line

Foto:
Alamode-Film

Marie-Line (Muriel Robin) ist als Schichtführerin einer Putzkolonne im Supermarkt eine gefürchtete Frau. Ihre Mitarbeiterinnen, meist illegale Einwanderer, treibt sie zur Arbeit an und kontrolliert ihre Taschen nach gestohlenen Waren. Mehrfach hat sie schon den Preis der »Putzstaffel des Jahres« gewonnen. Ihr tristes Privatleben kompensiert sie durch ihren Joe-Dassin-Fanklub und mit Auftritten, auf denen sie ihren Star imitiert. Die Gleichgültigkeit, mit der sie zunächst den Problemen ihrer Kolleginnen begegnet, weicht, als von Marie-Line konkrete Hilfe gefordert wird: Sie versteckt frierende Illegale, nimmt die Kinder einer Ausgewiesenen bei sich auf und ist schließlich auch bei einer Geburt im nächtlichen Supermarkt behilflich. Mit großem Einfühlungsvermögen in die Gefühle und Nöte seiner Personen inszeniert Regisseur Charef dieses Supermarkt-Kammerspiel. Vor allem gelingt es ihm, die Ambivalenzen seiner Hauptfigur differenziert herauszuarbeiten, die Härte, die sie zum Überleben braucht, ihren vermeintlichen Hang zur politischen Rechten, wie auf der anderen Seite die Fähigkeit, Solidarität mit den gedemütigten Menschen in ihrer Umgebung zu üben.
»Marie-Line« wurde von der Jury der Evangelischen Filmarbeit zum Film des Monats Februar '02 nominiert.

TERMINE

1. bis 3. März, Arnoldshain:
»Das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001«
Was hat's gebracht? Wie geht es weiter?
Kontakt: Evang. Akademie Arnoldshain, 61389 Schmitten, Tel 060 84/94 40

1. bis 3. März, Bad Boll:
»Die Kriege der Zukunft – Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung«
»Neue Kriege« sind ein Mischgebilde aus herkömmlichen Kriegen, krimineller Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Wie lassen sich diese Kriege eindämmen – oder besser: verhindern?
Kontakt: Evang. Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel 07164/79-0, Fax -440

2. bis 3. März, Marburg:
»Nach dem Krieg ist vor dem Krieg«
Eine friedenswissenschaftliche
»Zwischen«-Bilanz
Kontakt: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Geisselberger Straße 7, 35037 Marburg, E-Mail: fib.bdwi@bdwi.de

8. bis 10. März, Hofgeismar:
»Palästina, die Gewalt und die Medien«
Welches Bild von Israel zeichnen die Medien? Wie arbeiten die israelischen Medien inmitten der alltäglichen Gewalt?
Kontakt: Evang. Akademie Hofgeismar, PF 1205, 34362 Hofgeismar, Tel 056 71/881-0, Fax -154

15. bis 17. März, Bad Boll:
»Helden – Mütter – Opfer. Leben im Konflikt: Alltagssituationen von Frauen und Männern in Palästina und Bosnien-Herzegowina«
Frauenorganisationen berichten über das Leben in länger währenden bewaffneten Konflikten und die sich dort entwickelnde Militarisierung der Gesellschaft.
Kontakt: Evang. Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel 07164/79-0, Fax -440

1. April, Frankfurt:
Ostermarsch: »Eine Welt ohne Rüstung und Krieg ist möglich«
Kontakt: Ostermarschbüro c/o Gewerkschaftshaus, Tel 069/24 24 99-50, Fax -51, www.ostermarsch.de

April 2002 bis Januar 2003:
»Von der Barbarei der Gewalt zur Kultur der Gewaltfreiheit«
Aus- und Fortbildung: Grundqualifikation in gewaltfreier Konfliktbearbeitung für MultiplikatorInnen aus den sozialen Bewegungen und Berufsgruppen aus dem pädagogischen Bereich. Beginn: 12. April, an 8 Wochenenden.
Info und Anmeldung: Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Heinrich-Mann-Straße 20, 69115 Heidelberg

27. April 2002, 14.30 – 18.00 Uhr, Bellheim/Pfalz:
»Frieden durch Gerechtigkeit – für eine Globalisierung von unten«
Ökumenisches Pfälzer Forum mit Prof. Dorothee Solle und Dr. Heiner Geissler, MdB. Außerdem:

27. April 2002, 19.00 – 21.30 Uhr, Bellheim/Pfalz:
»Verrückt nach Licht«
Konzert-Lesung mit Grupo Sal und Dorothee Solle
Kontakt: Arbeitsstelle Friedensdienst der Evangelischen Kirche der Pfalz,

Große Himmels-gasse 3, 67346 Speyer, Tel 06232-6715-17, Fax -67, dittus@friedensdienst-pfalz.de

9. bis 12. Mai, Schloss Beuggen:
»Friedensmeditation«
»In Zeiten, in denen globale Kriegsangst und privater Stress vorherrschen«, will das Seminar helfen, durch Friedensmeditation zu mehr innerer Ruhe und innerem Frieden zu gelangen.
Kontakt: Evang. Tagungs- und Begegnungsstätte Schloss Beuggen, 79618 Rheinfelden. Tel 076 23/751 90, www.schloss-beuggen.de

14. bis 16. Juni, Bad Herrenalb:
»Herausforderung Terror – Auf der Suche nach Antworten«
Das Ringen um Frieden muss sich auch dem Terror stellen. Was vermögen gewaltfreie Konfliktlösungsansätze im Zeitalter von Gewaltakten riesigen Ausmaßes?
Kontakt: Evang. Akademie Baden, PF 2269, 76010 Karlsruhe, Tel 071 21/91 75-361, Fax -350

2. bis 9. August, Hofheim am Taunus:
Sommerseminar: »Auf dem Weg der Gewaltfreiheit«.
Ein achttägiges Seminar, das Raum zur Begegnung, zum Austausch und zur Reflexion bieten soll. Programm und Anmeldeformulare bei:
Ohne Rüstung Leben, Arndtstr.31, 70197 Stuttgart, Tel 0711/ 60 83-96, Fax -57

5. bis 8. September, Hirschluch:
»Konferenz für Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuerinitiativen«
Kontakt: Friedrich Heilmann, Seestr.21, 15537 Erkner

Christus zerbricht die Rakete

Für die Generation, die aus dem Zweiten Weltkrieg heimkehrte, hatte Otto Pankok symbolhaft den Holzschnitt »Christus zerbricht das Gewehr« geschaffen (in zivil wurde dieses Kunstwerk besprochen). Für die »Zwischenkriegszeit« von 1945 bis 2000 hat der in der früheren DDR beheimatete große Künstler



Johannes Feige aus Glauchau (Sachsen) das entsprechende Symbol gestaltet: »Christus zerbricht die Rakete«. Als Prediger der Baptistenkirche in der DDR und Mitbegründer der christlichen Friedensseminare (vor allem in Königswalde bei Zwickau) ist Johannes Feige unterschiedener Wehrdienstgegner.

Günther Heipp

Impressum

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabo.

zivil ist Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V.

Herausgeber:
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK)

Verleger:
Trägerverein EAK e.V.,
Carl-Schurz-Straße 17,
28209 Bremen

Redaktion:
Pfarrer Friedhelm Schneider,
Speyer (leitender Redakteur);
Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat:
Günther Knebel, Bremen;
Hans Seydel, Frankfurt;
Dr. Volker Teichert, Heidelberg;
Harald Wagner, Göppingen

Redaktionsanschrift:
Redaktion *zivil*,
Werner Schulz,
Rosenbergstr. 45,
70176 Stuttgart,
Tel. 07 11 636 82 14,
Fax 07 11 636 90 09
redaktion.zivil@t-online.de
<http://www.zivil.de>

Vertrieb:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik, GEP
Vertrieb *zivil*, Postf. 500550,
60394 Frankfurt

Anzeigen:
Burkhard Rodmann (V.i.S.d.P.),
Rodmann & Partner, Kommunikation und Media-Service,
HDV, Woldsenweg 14,
20249 Hamburg,
Tel. 040/48 75 76,
Fax 040/480 44 12
M-Tel. 0171/5 21 23 28
Es gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 4 vom 01.01.2002

Das Jahresabonnement
(5 Hefte) kostet 10 € einschl.
Versand. Abonnement-Bestellungen
bitte nur mit dem Bestellabschnitt
im Heft. Bei Umzug bitte Nachricht
an den Vertrieb mit alter und neuer
Adresse.

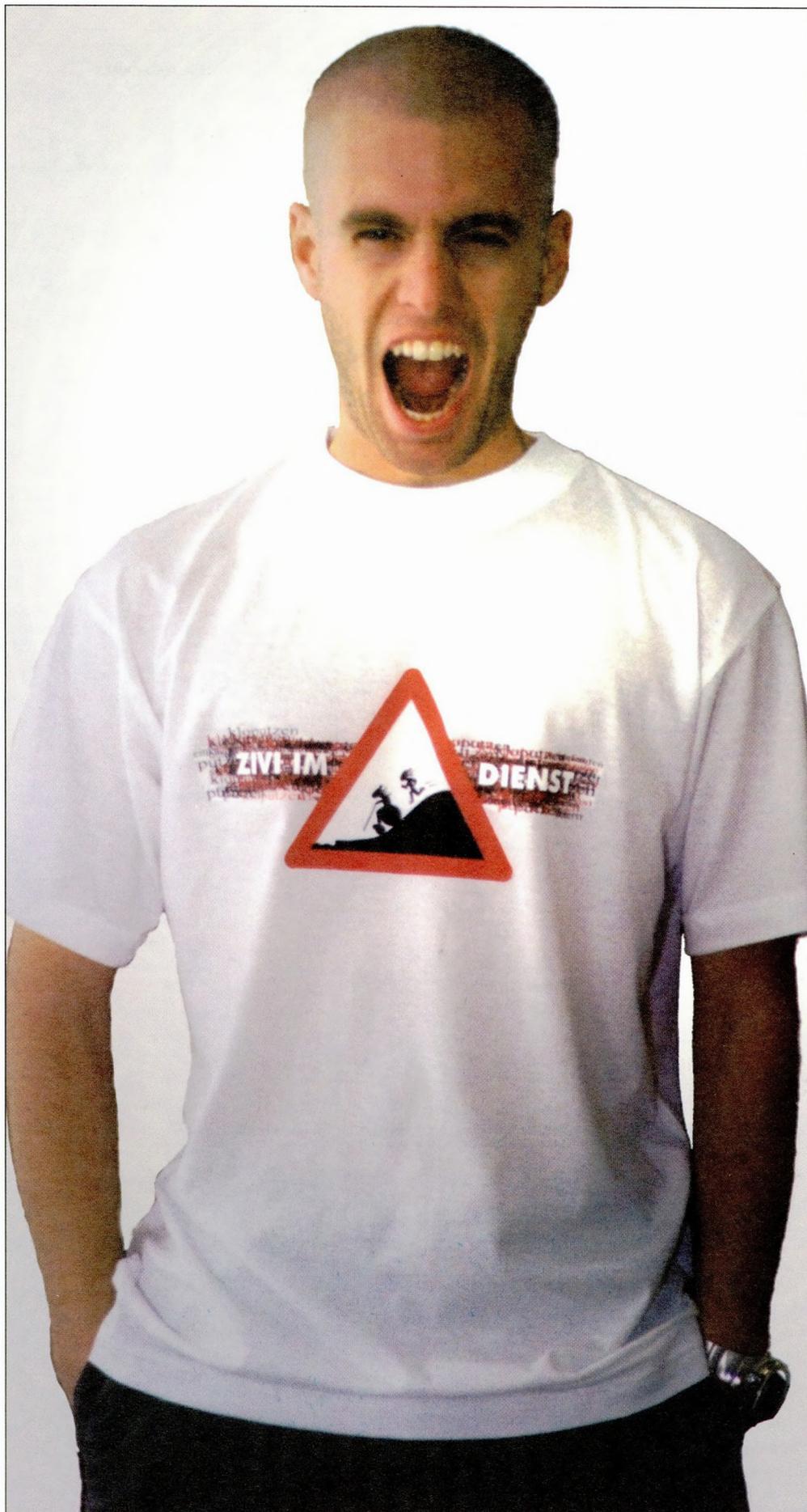
Die Mitarbeit interessierter
Leser und Leserinnen durch
Artikel, Leserbriefe,
Fotos, Karikaturen u. ä. ist
erwünscht.

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge sind nicht in jedem
Fall identisch mit der Meinung
der Redaktion. Besprechung
unverlangt zugesandter Bücher
und CDs kann nicht garantiert
werden.

Grafik, Satz und Repro:
Windhueter GmbH, Heinkel-
straße 27, 73614 Schorndorf
Druck und Verarbeitung:
Schnitzer Druck, Fritz-Klett-
Straße 61-63, 71404 Korb

Nachdruck, auch auszugsweise
nur mit Genehmigung
der Redaktion (wird gern erteilt).
Von einzelnen Beiträgen
oder Ausschnitten von ihnen
dürfen Kopien für den persönlichen
Gebrauch hergestellt werden.

ISSN 1430-5968



Dieses T-Shirt gibt es für DM 24,90 (plus DM 6,- für Versand) in M bis XXL zu bestellen bei
»Zivi im Dienst« Tobias Rothenberger, Drahtmühle 10, 22956 Grönwohld.
Bestellfax 069-791213313, Hotline 04154-793554 oder online unter www.zivi-im-dienst.de

Der Terror und die Freiheit des Gewissens



Christa Lörcher

Eine Frau blieb standhaft: Am 16. November stimmte die Abgeordnete Christa Lörcher als einziges SPD-Mitglied im Bundestag gegen den Einsatz deutscher Soldaten zur Terrorbekämpfung. Weil Kanzler Schröder die Entscheidung über den Kriegseinsatz mit der Vertrauensfrage koppelte, musste Christa Lörcher vor der Abstimmung aus der SPD-Fraktion austreten. Sitz und Stimme im Parlament behält sie weiterhin, ihren Platz mit Telefon und Schreibmöglichkeiten im Plenarsaal aber musste sie tauschen: Fraktionslose Volksvertreter versetzt man in die letzte Reihe.

Von Werner Schulz

Ob sie ihre Entscheidung schon bereut habe? Christa Lörchers Gesichtszüge strahlen richtiggehend auf bei dieser Frage. Nein, sagt sie dann mit einem sehr sicheren Lächeln, bereut habe sie überhaupt nichts. Im Gegenteil. Sie habe derart viele positive Stimmen gehört und Unterstützung erfahren, das habe sie in ihrer Haltung im Nachhinein nur noch bestärkt: »Das Votum gegen den Kriegseinsatz war richtig, dazu stehe ich!« Rund 2000 Briefe und Mails hat die Parlamentarierin schon direkt nach der Abstimmung erhalten, spontane Schreiben, in denen die Leute erklären, dass sie die Haltung der Abgeordneten begrüßen oder sie zumindest respektieren. Und am Abend nach der entscheidenden Abstimmung, als Christa Lörcher zurück in ihren Wahlkreis fährt, mit dem letzten Nachtzug in Villingen-Schwenningen ankommt, da stehen dutzende Menschen am Bahnsteig und empfangen sie mit Blumen.

»Dazu stehe ich!«

Die Abgeordnete Christa Lörcher stimmte aus Gewissensgründen gegen den Anti-Terror-Krieg und musste die SPD-Fraktion verlassen

Man spürt es, wenn sie von solchen Erlebnissen erzählt: Die Reaktionen der Menschen, ihrer Wählerinnen und Wähler, die sind der Abgeordneten Lörcher wichtig. Sehr wichtig sogar. Kritik von dieser Seite hätte sie womöglich härter getroffen als es der Widerspruch vermochte, der aus den eigenen Reihen kam. Und der kam. Postwendend – und nicht zu knapp.

Dabei hätte jeder in der SPD-Fraktion wissen können, dass ein Marsch-Beschluss, der deutsche Soldaten in einen Krieg schickt, irgendwo in Mittel- und Zentralasien, Nordost-Afrika oder drum herum, mit Christa Lörcher nicht zu machen ist. (s. Kasten »Im Wortlaut«) Sie hatte gegen den Einsatz der Bundeswehr in Bosnien gestimmt, sie votierte gegen die Entsendung von Soldaten ins Kosovo und auch gegen ihre Verwendung in Mazedonien. »Außen- und Sicherheitspolitik«, schreibt sie in einem Brief an Fraktionschef Peter Struck, »war für mich als Sozialdemokratin immer Friedenspolitik; dies sehe ich durch den Einsatz militärischer Mittel verletzt.«

Auch zu Hause in ihrem Wahlkreis war bekannt, dass Christa Lörcher sich an Mahnwachen gegen den Krieg beteiligte oder Grußworte zum Antikriegstag schrieb. Und dennoch kam die schärfste Kritik ausgerechnet von der Gruppe der baden-württembergischen Abgeordneten. Von wegen »schwäbische Gemütlichkeit«. Sympathien oder gar Beipflichtungen hatten Parteikollegen und -kolleginnen für die Genossin Abweicherin nicht mehr übrig.

Wie steckt sie das weg? Seit 1970 immerhin ist Christa Lörcher SPD-Mitglied, ab 1989 saß sie für die Partei im Kreistag, seit 1993 ist sie Mitglied des Bundestages. Wenn es sie schmerzt, dass so manche Parteigenossen seit ihrem jüngsten Nein zum Krieg nur noch die kalte Schulter für sie übrig ha-

ben, dann lässt sie es sich zumindest nicht anmerken. »Das kann ich aushalten«, sagt sie knapp und äußert sogar Verständnis dafür, dass andere eben anders entschieden haben. »Meine Entscheidung war meine Entscheidung – und die habe nur ich zu verantworten.«

Gewissensgründe

Seit ihrem Votum vom 16. November und ihrem Austritt aus der Bundestagsfraktion wird Christa Lörcher nicht müde, Journalistinnen und Journalisten auf Fragen zu antworten, die eins zu eins aus dem Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer stammen könnten: Warum sie als einzige gegen diesen Krieg sei, der doch – wie selbst ganz Linke und ganz Grüne anerkennen – wirklich einem guten Zweck diene. Ob sie nicht einsehen könne, dass die Militäraktionen erfolgreich waren, die Raketen die Taliban vertrieben und die Situation für die Menschen, vor allem für die Frauen (!), grundlegend verbessert hätten. Wieso sie nicht anerkennen wolle, dass sich ohne die militärische Gewalt der Terrorismus nur noch weiter ausbreite...

Auf solche Fragen antwortet Christa Lörcher sehr ruhig – aber ohne jedes Zögern. Auch ein »guter« Zweck, sagt sie, heilige nicht die militärischen Mittel: »Bombeneinsätze, Militäreinsätze sind immer ein Schaden für die Bevölkerung. Deshalb bin ich überzeugt, dass man sie vermeiden muss. Ich will keine Militäreinsätze verantworten! Ich kann das nicht verantworten!«, so begründet sie ihre Gewissensentscheidung.

Gibt es Alternativen? Eine zivile Gesellschaft, so Christa Lörchers Überzeugung, müsse und könne andere Methoden finden, um zum Beispiel die Menschenrechte durchzusetzen. »Man kann doch nicht Menschenrechtsverletzungen mit Menschenrechtsverletzungen be-

»Nicht gebunden«

»Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen verpflichtet.«
Artikel 38 (1), Grundgesetz

Wenn Kriegsdienstverweigerer Soldaten in den Krieg schicken

KDV-Berater kritisieren Verhalten von Abgeordneten

Die Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der KDV-Berater im Bistum Trier stellen in einer Presse-Erklärung die Frage, ob – angesichts der Abstimmung zum Bundeswehreinsetzung in Afghanistan – die anerkannten Kriegsdienstverweigerer im Bundestag nicht freiwillig ihre Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zurückgeben sollten. Nach Angaben der KDV-Berater sind etliche Abgeordnete der SPD und von Bündnis 90/die Grünen als Kriegsdienstverweigerer anerkannt. Als solche müssten sie jeden Waffendienst zwischen Staaten für sich selbst ablehnen. Nach der geltenden Rechtslage dürfe man zwar tolerieren, dass andere Menschen anderer Meinung sind. Es habe jedoch eine ganz andere Qualität, wenn man als anerkannter Kriegsdienstverweigerer und Abgeordneter sogar Soldaten wissentlich in einen Krieg schicke, kritisieren die KDV-Berater. Sie verweisen auf den Artikel 46 des Grundgesetzes, wonach Abgeordnete wegen ihres Abstimmungsverhaltens nicht zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Von Gesetzesseite her seien wegen des Abstimmungsverhaltens daher keine Widerrufsmaßnahmen bezüglich der Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer einzuleiten. Aufgrund von Äußerungen auf Parteitage könne das aber durchaus möglich sein. Denn diese Äußerungen seien von der Abgeordnetentätigkeit nach Artikel 46 des Grundgesetzes nicht geschützt.



Zeichnung: Freimut Wössner

kämpfen!«, sagt sie entschieden und erinnert daran, dass es bei einem Krieg und bei Militäreinsätzen immer um Siegen und Verlieren geht. Bei Polizeieinsätzen dagegen werde sehr auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel geachtet.

Und einmal mehr kommt das Gespräch zurück auf die Ursache des Gewissenskonflikts, auf die Terroranschläge vom 11. September. »Das war ein Verbrechen! Das war ein Verbrechen größten Ausmaßes. Aber kein Krieg. Und Verbrechen verfolgen wir normalerweise mit der Polizei. Ich bin der Meinung, dass es ganz wichtig ist, eine viel stärkere internationale Zusammenarbeit der Polizeikräfte zu erreichen, die speziell für solche Einsätze geschult sein müssten. Und ich glaube langfristig eben auch an eine Weltinnenpolitik der Vereinten Nationen, mit einem internationalen Strafgerichtshof, den die USA bisher ja leider ablehnen.« Für Christa Lörcher steht außer Frage: Es ließen sich viele Möglichkeiten finden, wie man internationale Verbrechen besser bekämpfen könnte. Und beim Begriff

»Verbrechen« erlaubt sie es sich auch nach dem 11. September nicht nur an den Terrorismus, sondern auch den Drogen- und Menschenhandel, oder an die sexuelle Ausbeutung von Kindern zu denken. Man könnte, wenn man nur richtig wollte, meint sie, und: »Es gibt bessere Methoden als den Krieg!« Seit sie politisch aktiv sei, seit ihrer Studentenzeit, habe sie sich immer für zivile Methoden der Konfliktlösung eingesetzt. »Und das möchte ich auch weiterhin machen!«, sagt sie ent-

Es seien viele Gründe, sagt sie selber, die sie dazu brächten, sehr grundsätzlich gegen den Krieg zu stimmen. Sie selbst wurde mitten im Krieg geboren, 1941, im ehemaligen Westpreußen und heutigen Polen, als neuntes Kind einer Pfarrersfamilie. Der Vater wird zwei Tage vor ihrer Geburt in den Russlandfeldzug geschickt. Er kommt zum Glück zurück, aber das Leben der Familie ist geprägt von Flucht, Vertreibung und Unsicherheit. Sie habe leider schon sehr früh die Folgen von Bombeneinsätzen und militärischen Aktionen am eigenen Leib erlebt und für sie seien diese Erlebnisse prägend geblieben. Wovon sie nicht spricht, sind zwei Todeserfahrungen, die gewiss bis heute weit prägender für sie sind: Christa Lörcher verlor ihre beiden Kinder durch die tödliche Stoffwechselkrankheit Mukoviszidose. Tochter Karin stirbt mit zweieinhalb Jahren, Sohn Thomas wird nur neun Jahre alt.

Abgeordnete erster und zweiter Klasse?

Kandidieren für ein Mandat im Bundestag möchte Christa Lörcher definitiv nicht mehr, aber das hat sie schon vor mehr als einem Jahr entschieden und der Partei und den Wählerinnen und Wählern auch längst bekannt gemacht. Bis zu ihrem Ausscheiden, bis zur nächsten Bundestagswahl also, möchte sie im Parlament und im Europarat, dem sie seit 1999 angehört, weiterhin ihre Arbeit tun. Aufforderungen von verschiedener Seite, sie solle ihr Mandat zurückgeben, weil sie es nicht direkt, sondern über die Landesliste bekommen habe, lehnt sie entschieden ab: »Es gibt keine Abgeordneten erster und zweiter Klasse!«, zitierte sie einen Juristen aus ihrem Wahlkreis, der ihr beipflichtete, standhaft zu bleiben und auf die grundgesetzlich garantierte Gewissensfreiheit für die Abgeordneten zu verweisen. (Siehe Kasten)

Die Freiheit des Gewissens, ein heikles Thema für die tagtägliche Arbeit parlamentarischer Realpolitik. Was ist letztlich entscheidend bei Abstimmungen, das Gewissen oder die Treue zur Fraktion? Christa Lörcher weiß, dass dem »Wahlvolk« draußen diese Fragen sehr wichtig sind: Vor allem junge Menschen, sagt sie, fragen immer wieder: »Dürfen Sie nach ihrem Gewissen entscheiden?« Darf sie denn?

»Ich habe immer so argumentiert: Es gibt ganz viele Entscheidungen, wo man sich auf die Kolleginnen und Kollegen verlässt, weil man bei vielen Sachentscheidungen gar nicht alles wissen kann an Fachinformationen. Aber: Bei Fragen von Krieg und Frieden oder bei anderen ethischen Fragen, § 218 zum Beispiel, oder auch jetzt bioethische Entscheidungen, da ist es selbstverständlich, dass wir nur unserem Gewissen verpflichtet sind und so
Fortsetzung auf Seite 10

schlossen und zeigt dabei wieder dieses sichere Lächeln, das auf so angenehme Art jeden Zweifel an ihren Worten ausschließt.

»Es gibt bessere Methoden als den Krieg!«

Immer wieder ist im Gespräch herauszuhören, dass die Frage der tolerierbaren Mittel, der verantwortbaren Methoden, des rechten und gerechten Handwerkszeugs der entschlossenen und zupackend wirkenden Frau äußerst wichtig sind. Mag sein, dass der Schlüssel für die überragende Bedeutung, die sie in solche »methodischen« Fragen legt, bei einem ihrer ursprünglichen Berufe liegt. Vielleicht ist es die Mathematiklehrerin, die positive Summen ganz einfach nicht aus negativ vorgezeichneten Faktoren errechnen kann? Oder ist es die gelernte Altenpflegerin und spätere Unterrichtsschwester, die verinnerlicht hat, dass man gerade in Krisen und Konfliktzeiten mit Druck und Gewalt am allerwenigsten erreicht?

Fortsetzung von Seite 9

entscheiden können, wie das jede und jeder vor sich selbst verantworten kann.«

Noch einen Tag vor der Abstimmung im Bundestag hatte sie die Gewissensfrage mit ähnlichen Worten einer Schulklasse erklärt, die sie zu Besuch im Reichstag hatte. »Dieses Erlebnis hat mir auch geholfen, in meiner Entscheidung fest zu bleiben. Ich hatte das den Jugendlichen so gesagt – und ich will zu dem, was ich gesagt habe, auch stehen.«

Dass das Abstimmungsverhalten vom 16. November 2001 nicht sonderlich geeignet war, die deutsche Jugend von der Gewissensfreiheit ihrer Abgeordneten zu

überzeugen, das weiß auch Christa Lörcher: Zweifler innerhalb der SPD und der Grünen stimmten schweren Herzens für den Kriegseinsatz, um die Koalition nicht zu gefährden; die entschiedenen Befürworter des Kriegseinsatzes aus der CDU und der FDP-Fraktion stimmten dagegen, um die Stärke der Opposition herauszukehren. Wer vermag diese Spiele einer »politikverdrossenen« Jugend noch zu erklären? »Ich denke, das ist eine ziemlich absurde Situation gewesen«, sagt die standhafte Politikerin und ärgert sich – wie andere auch – dass der Kanzler mit der Vertrauensfrage die doppelte Gewissens-Zwickmühle erst heraufbeschwor.

Wenn sich Christa Lörcher nach der kommenden Bundestagswahl aus dem politischen Berlin endgültig verabschiedet, dann ist sie 61 Jahre alt. Arbeiten, das steht für sie jetzt schon fest, wird sie weiterhin. Und ihren nächsten »Traumjob« hat sie auch schon vor Augen: In Singen am Hohentwiel steht das einzige Seniorengefängnis Deutschlands. »Dort in der Betreuung mitzuarbeiten, das wäre eine schöne Aufgabe und Herausforderung.«

Text und Foto: Werner Schulz

Im Wortlaut

»Militärische Mittel unverzichtbar«

Antrag der Bundesregierung zum Einsatz deutscher Soldaten gegen den Terror

»Der Bundestag wolle beschließen:

(...) Der Einsatz militärischer Mittel ist unverzichtbar, um die terroristische Bedrohung zu bekämpfen und eine Wiederholung von Angriffen wie am 11. September 2001 nach Möglichkeit auszuschließen. Der Deutsche Bundestag stimmt daher der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Operation ENDURING FREEDOM zu, wie sie die Bundesregierung am 7. November 2001 (...) beschlossen hat.

Der Beschluss der Bundesregierung lautet:

1. Völkerrechtliche Grundlagen und politische Rahmenbedingungen

(...) Am 12. September 2001 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1368 (2001), die die Anschläge als

Bedrohung für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit qualifiziert. Die Resolution bestätigt die Notwendigkeit, alle erforderlichen Schritte gegen solche Bedrohungen zu unternehmen und unterstreicht das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung. (...)

2. Verfassungsrechtliche Grundlagen

(...) Die deutschen Streitkräfte handeln bei der Beteiligung an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus in Wahrnehmung des Rechts zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung im Rahmen und nach den Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Artikels 24 Abs. 2 Grundgesetz. (...)

3. Auftrag

Gegen Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Handlungen sind nach der Resolution 1368 (2001) alle erforderlichen Schritte zu unternehmen. (...) Dazu beteiligt sich die Bundeswehr an der Operation ENDURING FREEDOM. Diese Operation hat zum Ziel, Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten. (...)

4. Ermächtigung zum Einsatz, Beginn und Dauer

(...) Die Beteiligung mit deutschen Streitkräften an der Operation ENDURING FREEDOM ist zunächst auf zwölf Monate begrenzt; der Zeitraum beginnt mit der Zustimmung des Deutschen Bundestages zur deutschen Beteiligung an dieser Operation. (...)

5. Einzusetzende Kräfte

(...) Im Rahmen der Operation ENDURING FREEDOM werden bis zu 3 900 Soldaten mit entsprechender Ausrüstung bereitgestellt. (...)

6. Status und Rechte

Die Anwendung militärischer Gewalt richtet sich nach den für den jeweiligen Einsatzraum geltenden Einsatzregeln auf der Grundlage des Völkerrechts. (...)

7. Einsatzgebiet

Einsatzgebiet ist das Gebiet gemäß Artikel 6 des Nordatlantikvertrags, die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete. (...)

8. Personaleinsatz

Es werden eingesetzt

- nur Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit sowie
- aufgrund freiwilliger Verpflichtung für besondere Auslandsverwendungen Grundwehrdienstleistende, die freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst leisten, Reservisten, frühere nicht mehr wehrpflichtige Soldaten, frühere Soldatinnen sowie ungediente Frauen, die berufsbezogen eingesetzt werden sollen. (...)

(...)

10. Finanzierung

(...) Im laufenden Jahr entstehen nach derzeitiger Einschätzung Mehrausgaben von ca. 50 Mio. DM. Dieser Betrag wird im Rahmen der Haushaltsermächtigungen durch Umschichtung finanziert. Im Jahre 2002 werden zusätzliche Ausgaben bis zu 500 Mio. DM erforderlich. Sie werden aus den zusätzlichen Anti-Terror-Mitteln finanziert.«

(Der Antrag wurde am 16. November 2001 in namentlicher Abstimmung bei 662 abgegebenen Stimmen mit 336 Ja-Stimmen gegen 326 Nein-Stimmen angenommen. d. Red.)



Bundeswehrosoldat in Afghanistan Foto: dpa

»Ein einziger Aufruf zum Frieden«

Wegen einer Rede auf einer Friedensdemo nach den Terroranschlägen wirft eine Schule einen Friedenspädagogen aus dem Dienst. Die Schule ist ausgerechnet die »Bertha-von-Suttner-Gesamtschule« in Siegen, die in ihrem Namen eine international bekannte Pazifistin ehrt, die erste Frau, die den Friedensnobelpreis erhielt.

zivil: Herr Nolz, Sie wurden wegen einer Rede während einer Friedensdemonstration nach dem 11. September zunächst vom Schuldienst suspendiert und anschließend an eine andere Schule versetzt – was hat man Ihnen vorgeworfen?

Nolz: Es wurde mir vorgeworfen, ich hätte gegen die politische Mäßigung verstoßen, die ein Beamter innerhalb und außerhalb des Dienstes jederzeit zeigen muss.

zivil: Was haben Sie denn Unmäßiges gesagt?

Nolz: Der Dienstvorgesetzte nennt drei Dinge. Erstens: ich hätte antiamerikanisch geredet. Das bezog sich darauf, dass ich gesagt hatte, die USA hätten ihre Schulden bei der UNO nicht bezahlt. Das haben sie inzwischen immerhin teilweise getan – vielleicht hat Bush meine Rede gehört? Das Zweite war: Ich hätte zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen. Ich habe das Recht auf Kriegsdienstverweigerung betont, und das war ihnen offensichtlich nicht ausgewogen genug. Und das Dritte war, dass ich gesagt habe: Ich möchte das nicht noch einmal erleben, was die NATO in Jugoslawien gemacht hat, nämlich dass sie Dörfer, Städte und Menschen zerstörte. Das waren die drei Punkte. Und dann wird noch eine zweite, sehr bedeutende Argumentation aufgemacht: Ich hätte den Schulfrieden gestört, weil ich Absprachen mit Schülern nicht eingehalten hätte.

zivil: Die Schüler hatten eine unpolitische Veranstaltung gewollt und meinten damit, eine nicht parteipolitische.

Nolz: Das Ganze war auch von der Schulleitung her als eine unpolitische Veranstaltung gedacht. Es sollte eigentlich nur getrauert werden. Aber das, so meine Ansicht, ließ sich nicht mit dem Motto der Kundgebung vereinbaren. Das lautete ja: »Gegen Krieg, Terror und Gewalt!« Ich hatte dann gesagt: Ich als Friedenspädagoge und Pazifist habe da ja eine eindeutige Position und ich habe gefragt, ob ich da trotzdem reden sollte. Ja, hieß es, ich sollte!

zivil: Seit wann ist der Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung – der Aufruf, ein Grundrecht in Anspruch zu nehmen – ein Grund zur Rüge?

Nolz: Es gab immer wieder Vorwürfe den Lehrern gegenüber, dass sie hier nicht ausgewogen genug seien.

zivil: Im Unterricht – okay. Aber Sie hielten diese Rede nicht im Unterricht.

Nolz: Das war kein Unterricht, das war eine von der Schülermitverwaltung organisierte öffentliche Veranstaltung.

zivil: Und dort gilt das Grundgesetz. Artikel 4: Die Freiheit des Gewissens ist unverletzlich. Inwieweit sehen Sie diese Freiheit noch gegeben?

Nolz: Ich sehe meine Meinungsfreiheit und meine Redefreiheit verletzt – und nicht zuletzt meine pädagogische Verantwortung beschädigt. Denn ganz eindeutig muss ich nach der Landesverfassung und dem Schulgesetz zur Friedensgesinnung erziehen. Und meine Rede ist ein einziger Aufruf zum Frieden. Sie enthält ja kein einziges Wort des Aufrufs zur Gewalt.

zivil: Sie würden von dem Gesagten nichts zurücknehmen?

Nolz: Ich finde, dass das genau das Passende und das Treffende war. Ich würde vielleicht manches anders ausdrücken, aber im Grunde: Zu dem, was ich da gesagt habe, zu dem stehe ich.

zivil: Was lernen die Schüler für das Fach »politische Kultur« aus der Sache?

Nolz: Ich glaube, dass sich hier sehr deutlich zeigt, dass unser gesamtes Konzept von politischer Bildung gescheitert ist. Denn: Dass man so tut, seitens der Schüler, seitens der Lehrer und seitens der Schulleitung, dass eine Schule unpolitisch sein könnte, dass eine Demo unpolitisch sein könnte, das ist für mich ein Debakel. Und: Dass eine Gesellschaft nach den Anschlägen sich so schnell in Panik begibt, so irrational handelt, das hätte ich nicht erwartet. Der Bundespräsident hat Zivilcourage von den Bürgern gefordert. Ja, wer mag denn noch Zivilcourage zeigen, wenn er vom Fall Nolz hört, oder wenn er vom Fall Wickert hört. Ich glaube, unsere politische Kultur hat erheblich gelitten, weil es plötzlich nicht mehr möglich ist, sich auf seine Grundrechte zu berufen.

Mit Bernhard Nolz sprach Werner Schulz

Bernhard Nolz hat gegen die Versetzung an eine andere Schule Widerspruch eingelegt, über den bis Redaktionsschluss nicht entschieden war. Sein Redetext ist abrufbar im Internet unter: www.zfk-siegen.de.



Bernhard Nolz
Foto: laif

Lasst uns nicht zu dem Übel werden, das wir beklagen

Auch im US-Kongress war es eine Frau, die Republikanerin Barbara Lee aus Kalifornien, die als einziges Mitglied gegen Präsident Bushs Resolution zum »Ein-satz von Gewalt« stimmte. *zivil* zitiert aus ihrer Rede vor dem US-Repräsentantenhaus am 14. September 2001:

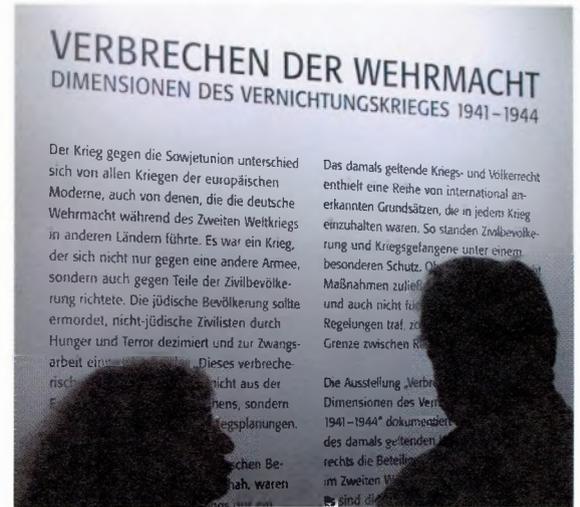
(...) Dieser unaussprechliche Angriff auf die Vereinigten Staaten hat mich dazu gebracht, mich auf meinen moralischen Kompass zu verlassen, mein Gewissen und meinen Gott, um Orientierung zu finden. Der 11. September hat die Welt verändert. Unsere tiefsten Ängste verfolgen uns jetzt. Und doch bin ich überzeugt, dass militärische Aktionen nicht in der Lage sind, weitere Akte internationalen Terrorismus gegen die Vereinigten Staaten zu verhindern. (...)

Wir dürfen nicht zu schnell urteilen. Viel zu viele unschuldige Menschen sind schon gestorben. Wenn wir möglichst schnell einen Gegenangriff starten, riskieren wir zu sehr, dass Frauen und Kinder und andere Nicht-Kombattanten im Kreuzfeuer getötet werden. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass unser gerechtfertigter Zorn über diese unglaublichen Taten feiger Mörder Vorurteile gegenüber arabischen Amerikanern, Muslimen, Südasiaten oder allen anderen Menschen wegen ihrer Rasse, Religion oder ethnischen Zugehörigkeit anstachelt.

Schließlich müssen wir vorsichtig sein, uns auf einen zeitlich unbegrenzten Krieg ohne Beendigungsstrategie und begrenztes Ziel einzulassen. Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. (...)

Ich habe mir über diese Abstimmung den Kopf zermertert. Aber während des äußerst traurigen und doch schönen Gedenkgottesdienstes heute in der nationalen Kathedrale habe ich Klarheit gefunden. Ein Mitglied des Klerus formulierte es eindrucksvoll: »Lasst uns bei unserem Handeln nicht zu dem Übel werden, das wir beklagen.«

Der Mythos von der »sauberen Wehrmacht« wurde Mitte der 1990er Jahre durch die Wehrmachtsausstellung zerstört. Die Dokumentation sorgte für viel Aufsehen und Erschütterung und war Anlass für Kontroversen, harte Kritik und Protest. Weil sie auch inhaltliche Fehler enthielt, wurde sie zunächst eingestellt. Nach zwei Jahren Überarbeitungszeit ist die Ausstellung nun wieder zu sehen.



Besucher der neu gestalteten Ausstellung im November 2001 in Berlin

Die Verbrechen der Wehrmacht

Auch mit neuem Konzept trifft die Wehrmachtsausstellung auf den alten Protest von Rechts

Von Jan Dörner

Am 9. Juni 1996 wurden in Erfurt Tafeln der Ausstellung besprüht, am 9. März 1999 verübten Unbekannte in Saarbrücken sogar einen Sprengstoffanschlag. Die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« erschütterte das in der Bevölkerung noch immer weit verbreitete Bild der »sauberen Wehrmacht«. Die Sammlung zeigte anhand von zahlreichen Fotos und Dokumenten, dass die Wehrmacht an der Ermordung der Juden und an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in Osteuropa systematisch beteiligt war.

Die Ausstellung war seit ihrer Eröffnung im März 1995 in 33 deutschen und österreichischen Städten zu sehen und wurde von rund 850 000 Menschen besucht. Fast überall protestierten ehemalige Wehrmachtssoldaten, die sich durch die Wehrmachtsausstellung verunglimpft sahen, oft zusammen mit Anhängern der rechtsextremen NPD. Auch konservative Politiker kritisierten die Ausstellung hart.

Zum Politikum war die Wehrmachtsausstellung spätestens seit ihrer Präsentation im März 1997 im Münchner Rathaus geworden, wo sie von großem Protest und

Widerstand von der CSU bis tief in das rechtsextreme Spektrum begleitet wurde. Der Münchner CSU-Vorsitzende Peter Gauweiler wandte sich in einer an 300 000 Münchener Haushalte verschickten Postsendung mit harten Worten gegen die Ausstellung und ihren Initiator Jan Philipp Reemtsma. Am 1. März 1997 fand in der bayerischen Landeshauptstadt eine NPD-Demonstration gegen die Ausstellung mit 4 000 bis 5 000 Teilnehmern statt.

Fotos mit falschen Erklärungen

Recherchen des deutsch-polnischen Historikers Bogdan Musil hatten gezeigt, dass auf einigen Fotos nicht, wie in der Bildlegende beschrieben, Opfer der Wehrmacht, sondern des sowjetischen Geheimdienstes NKWD zu sehen waren. Bei acht von 1 433 Fotos stimmte die Bildlegende mit den gezeigten Vorgängen nicht überein. Da nicht die Gesamtaussage der Ausstellung durch die Kontroversen über einzelne Fotos Schaden nehmen sollte, zog Reemtsma, Chef des Hamburger Instituts für Sozialforschung, im November 1999 die von ihm in Auftrag gegebene Wehrmachtsausstellung zurück, um die Fotos und Texte von einer Historikerkommission überprüfen lassen.

Die Überarbeitung dauerte zwei Jahre, und nicht wie geplant drei Monate. Die Fachhistoriker kamen zu dem Ergebnis, dass es sich bei der Ausstellung nicht um Manipulation und Fälschung handelte. Al-

lerdings seien in der Dokumentation sachliche Fehler, Ungenauigkeiten und Flüchtigkeiten bei der Verwendung des Materials und zu pauschale Argumentationen enthalten. Aber es sei unbestreitbar, dass »sich die Wehrmacht in der Sowjetunion in den an den Juden verübten Völkermord, in die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen und in den Kampf gegen die Zivilbevölkerung nicht nur »verstrickte«, sondern dass sie an diesen Verbrechen teils führend, teils unterstützend beteiligt war.« Daher, so die Untersuchungskommission, solle die Ausstellung in einer gründlich überarbeiteten Form, gegebenenfalls neu zu gestaltenden Form, weiter präsentiert werden.

Das neue Konzept

So entstand unter einem neuen Ausstellungsteam eine völlig andere Ausstellung mit dem Titel »Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 bis 1944«. Die neue Sammlung wurde Ende November letzten Jahres unter hohen Sicherheitsvorkehrungen in den Berliner »Kunst-Werken« eröffnet. Nicht nur der Titel der Dokumentation hat sich geändert: Aus der schockierenden Bildersammlung ist eine ausführende und fundierte Leseausstellung geworden.

Von den zum Großteil erschütternden Fotos der ersten Ausstellung sind noch etwa zehn Prozent in der Präsentation enthalten, die zumeist keine grausamen Szenen zeigen. Keine Texttafel wurde über-

Der Initiator der Ausstellung, der Sozialwissenschaftler Jan Philipp Reemtsma



nommen und auch das begehbare Eisene Kreuz, das den Mittelpunkt der alten Ausstellung bildete, ist nicht mehr zu sehen. An seine Stelle rückt eine Dokumentation über Kriegs- und Völkerrecht im Jahre 1939.

Die Ausstellung soll zeigen, wie sich die Wehrmacht bewusst von den international anerkannten Grundsätzen entfernte und nicht nur einen Krieg gegen eine andere Armee, sondern auch gegen Teile der Zivilbevölkerung führte. »Dieses verbrecherische Vorgehen ergab sich nicht aus der Eskalation des Kriegsgeschehens, sondern war bereits Bestandteil der Kriegsplanungen«, sind die Macher der Dokumentation fest überzeugt.

Besucher der Ausstellung sollten sich für das Lesen der Texttafeln viel Zeit und Ruhe nehmen. Mit fast 1 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche ist die Schau doppelt so groß wie die alte. Akribisch werden die Verbrechen der Wehrmacht anhand von schriftlichen Befehlen, Berichten und Meldungen, ergänzt durch Hör- und Filmbeispiele, dokumentiert.

Ein besonders sadistisches Exempel für eine der schriftlich erteilten Anweisungen ist der Einsatzbefehl eines deutschen Kommandeurs im September 1942 an zwei Kommandos, die in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten zur Partisanenkämpfung eingeteilt worden waren: »Da mit Verminung zu rechnen ist, ist für die Bereitstellung von Minensuchgerät 42 (...) in ausreichender Zahl zu sorgen.« Die Idee des »Minensuchgerätes 42«: Juden und mutmaßliche Mitglieder von Partisanenverbänden, so genannte »Bandenangehörige«, wurden an langen Halsstricken gefesselt mit Eggen und Walzen über die Minenfelder getrieben. Der Einsatz der menschlichen Minensuchgeräte, hieß es später zufrieden im Gefechtsbericht, habe »sich bewährt und der Truppe viel Blut erspart.«

Die Dimension des Vernichtungskrieges wird im neuen Ausstellungskonzept nicht mehr in nur drei thematischen Schwerpunkten behandelt, sondern in sechs: Völkermord an sowjetischen Juden, Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen, Ernährungskrieg, Deportation von Zwangsarbeitern, Partisanenkrieg, Repressalien und Geiseler-schießungen.

In jedes der Themen können sich die Besucher in Lesekabinen einführen lassen. Dort sind wichtige Dokumente als Faksimile zu betrachten und per Kopfhörer ist eine Einleitung zu hören. Es werden nicht mehr nur Verbrechen auf dem Gebiet der damaligen Sowjetunion und Serbiens dokumentiert, sondern auch jene, die in Griechenland begangen wurden: Als nach der Kapitulation Italiens auch die italienisch kontrollierten Teile Griechenlands von deutschen Truppenverbänden besetzt wurden, radikalisierte sich dort ab 1943 der Terror gegenüber der Zivilbevölkerung. Im Kampf gegen die grie-

chischen Partisanenverbände griffen die Besatzungsbehörden zu immer brutaleren Willkürmaßnahmen.

Neu ist der Teil über »Handlungsspielräume«, der am konkreten Verhalten einzelner Personen zeigt, dass es auch für Wehrmachtssoldaten Möglichkeiten gab, sich der Teilnahme an den Verbrechen zu entziehen. Am Schluss der Präsentation werden die von der Wehrmachtausstellung ausgelösten Kontroversen dokumentiert. Von der alten Ausstellung wurde nur die These übernommen: Im Zweiten Weltkrieg war die Wehrmacht systematisch an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und an der Ermordung der Juden in Ost- und Südosteuropa beteiligt. Geltendes Kriegs- und Völkerrecht wurde missachtet.

Die Neuauflage der Ausstellung ist umfassender, differenzierter und analytischer als ihre Vorgängerin. Aufgrund der fehlenden Fotos von grinsenden Soldaten vor Leichenbergen und anderer Fürchterlichkeiten, werden die Besucher weniger mit der Grausamkeit des Verhaltens der Wehrmachtssoldaten konfrontiert, sondern vielmehr mit den von oben befohlenen »Dimensionen des Vernichtungskrieges«. Diese stellen in ihrer Art und Weise eine nicht gekannte Neugigkeit in den Unmenschlichkeiten des Krieges dar, wie eine einleitende Tafel der Ausstellung beschreibt: »Die politische Führung Deutschlands und das Oberkommando der Wehrmacht setzten für sich zentrale Bestandteile des damals geltenden Kriegs- und Völkerrechtes außer Kraft. Sie definierten damit den Charakter eines Rassen- und Vernichtungskrieges, wie es ihn zuvor noch nicht gegeben hatte. Der Krieg im Osten kennzeichnet den radikalen Bruch mit dem Verständnis zivilisatorischer Normen.«

Erneuter Protest lässt nicht auf sich warten

Allerdings: Auch an der neuen Ausstellung gibt es bereits Kritik von geschichtswissenschaftlicher Seite. Der Berliner Historiker Wolfgang Wippermann wirft den neuen Ausstellungsmachern »unentschuld bare Versäumnisse« vor, weil unter der Überschrift »Völkermord« die Sinti

Ein Bundeswehrsoldat beim Besuch der neuen Ausstellung vor den Portraits von Wehrmachts-offizieren



und Roma mit keinem Wort erwähnt würden. Und natürlich hagelt es auch schon wieder Protest von Rechts.

Die vom Verbot bedrohte NPD nannte die Dokumentation geschichtsfälschend und »eine Demontage des deutschen Selbstbewusstseins« und hat angekündigt, wie schon in den Jahren zuvor, an allen Stationen der Ausstellung zu protestieren. Zur Eröffnung der Ausstellung in Berlin meldete die rechtsextreme Partei im Dezember letzten Jahres eine Demonstration an unter dem Motto »Unsere Väter waren keine Mörder« und »Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht«. Mit etwa 3 500 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet war dies der größte Naziaufmarsch in Berlin seit 1945.

Unterstützung darf die NPD bei ihrem Protest wieder aus rechten und konservativen Kreisen erwarten. Die wöchentlich erscheinende »National-Zeitung« des DVU-Parteivorsitzenden Gerhard Frey forderte, den »Wanderzirkus« auf energischen Widerspruch stoßen zu lassen, da die Ausstellung auch anlässlich des Neustarts nicht von ihrer »denunziatorischen Absicht« abgerückt sei.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Ramsauer bezeichnete die Wehrmachtausstellung als »rot-grüne Geschichtsklitterung«, die unfair sei und dem Selbstbewusstsein einer gereiften, demokratischen Nation schade. Dass eine gereifte und demokratische Nation das Selbstbewusstsein haben muss, sich mit den unangenehmen Seiten der eigenen Geschichte gründlich auseinanderzusetzen, sehen die Kritiker von Rechts und Rechtsaußen ganz offensichtlich nicht.

Vom 27. Januar bis zum 17. März 2002 kann die Wanderausstellung im Historischen Museum der Stadt Bielefeld besucht werden. Informationen gibt es im Internet auf den Seiten www.verbrechen-der-wehrmacht.de und speziell zu Bielefeld www.wehrmachtausstellung-bi.de

Protest von Rechts: Am 1. Dezember 2001 sammelten sich Gegner der Wehrmachtausstellung zum größten Aufmarsch von Neonazis in Berlin seit dem Zweiten Weltkrieg

Fotos: dpa



Berufschancen für Zivildienstleistende

Fachschule des Möbelhandels Köln**Berufschancen für Zivildienstleistende**

Welchen Einstieg in das Berufsleben soll ich wählen?

Vor dieser Frage steht jeder Zivildienstleistende vor Ablauf seiner Ersatzdienstzeit. Welche Qualifizierung wähle ich? Wo kann ich meinen Neigungen und Erfahrungen gemäß ein Berufsfeld finden, daß zukunftsorientierte Berufsperspektiven bietet.

Das zwei- bzw. viersemestrige Studium an der Fachschule des Möbelhandels in Köln eröffnet hervorragende Chancen für interessante Berufe mit Zukunft in der Einrichtungsbranche.

Nach der entsprechenden Studiendauer kann ein staatlicher Abschluß erworben werden.

Das Berufsförderungsprogramm des Arbeitsamtes regelt die Studienförderungsmöglichkeiten.

Als „Staatlich geprüfter Einrichtungsfachberater“, insbesondere mit dem Schwerpunkt „Kücheneinrichtung“ und als „Staatlich geprüfter Betriebswirt“ warten viele Stellenangebote auf jeden Absolventen. Der Studiengang „Staatlich geprüfter Betriebswirt“ umfaßt auch die Ausbilderqualifikation und befähigt, Führungspositionen in der Branche einnehmen zu können.

Die Fachschule des Möbelhandels ist als Wirtschaftsschule eine staatlich anerkannte private Ersatzschule und untersteht der Schulaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Aufnahmebedingungen sind daher vom Kultusminister durch Runderlaß festgelegt und sehen vor, daß nach dem Hauptschulabschluß eine Berufsausbildung abgeschlossen sein soll, sei es in einem kaufmännischen Beruf oder in einem Handwerksberuf, der für eine Tätigkeit in der Einrichtungsbranche förderlich ist. Darüber hinaus muß der Bewerber noch eine mindestens zweijährige berufspraktische Tätigkeit ausgeübt haben. Hier bieten sich für den Zivildienstleistenden besondere Chancen. Bei Nachweis einschlägiger Verwendung werden Praktika anerkannt. Auch ohne Berufs-

abschluß kann ein Berufswunsch erfüllt werden. Bei einer einschlägigen Tätigkeit von mindestens 6 Jahren können die Aufnahmebedingungen erfüllt werden.

Bewerber für den Studiengang „Staatlich geprüfter Betriebswirt“, die keinen kaufmännischen Berufsabschluß erworben haben, müssen in einer Aufnahmeprüfung die entsprechenden Kenntnisse nachweisen.

„Staatlich geprüfter Einrichtungsfachberater“ mit Ausbilderqualifikation

Die Anforderungen, die an einen guten Mitarbeiter im Verkauf gestellt werden, sind komplex. Er benötigt sowohl fundierte Fachkenntnisse als auch kommunikative Fähigkeiten, um ein Verkaufsgespräch zum sicheren Abschluß führen zu können. Die Studierenden erhalten eine praxisbezogene Ausbildung, die warenkundliche, planerische und verkaufsspezifische Studieninhalte optimal kombiniert und damit eine sichere Basis für den beruflichen Erfolg bietet.

Der zukünftigen Tätigkeit entsprechend werden praxisgerechte Verkaufssituation unter Einsatz modernster Videoanlagen in den Ausstellungsstudios simuliert, dabei werden die Erkenntnisse der Verkaufspsychologie ebenso eingebracht wie die in den warenkundlichen Fächern Möbel, Polstermöbel und Heimtextilien erlernten Gebrauchseigenschaften und Einsatzmöglichkeiten. Die Wirklichkeitsnähe wird durch originale Möbelprogramme, Dekorationen und zugehörige Verkaufsunterlagen hergestellt.

„Staatlich geprüfter Einrichtungsfachberater“ – Schwerpunkt Kücheneinrichtungen – mit Ausbilderqualifikation

Hier steht das Einrichten von Küchen im Mittelpunkt. Die zukünftigen „Küchenfachberater“ arbeiten mit den Verkaufsunterlagen der namhaften Küchenhersteller anhand originaler Einrichtungen, wobei der Küchentechnik eine besondere Bedeutung zukommt, da hier der Beratungsbedarf für den Kunden besonders hoch ist.

Ebenso wird im Bereich Raumplanung und -gestaltung mit Katalogen, Typen- und Preislisten gearbeitet, um auch hier dem Kunden komplexe Einrichtungsvorschläge unterbreiten zu können. Unterschiedliche Programme bekannter Hersteller werden zu konkreten Angeboten verarbeitet. Computergestützte Küchenplanung ist für die Küchenfachberater ein Muß.

„Staatlich geprüfter Betriebswirt“ – Fachrichtung Möbelhandel – mit Ausbilderqualifikation

Durch eine optimale Kombination aus betriebswirtschaftlichen, warenspezifischen und gestalterischen Studieninhalten mit praxisbezogener Ausrichtung vermitteln wir den Studierenden die erforderliche Reife, Sicherheit und Entscheidungsfreude, die sie als selbständiger Unternehmer oder in einer leitenden Stellung benötigen.

Kontakte zur Branche

Exkursionen zu Herstellern, Einkaufsverbänden, Möbelhäusern und Küchenspezialisten vermitteln Kontakte zur Praxis. Auf der jährlichen Möbelmesse in Köln werden intensiv Modellstudien betrieben. Vorträge von Fachreferenten aus der Praxis ergänzen das Studium.

In jedem Fachgebiet unterrichten Dozenten, die aufgrund ihrer Ausbildung, Kenntnisse und Erfahrungen Fachleute sind, und die es verstehen, den Wissensstoff praxisnah und anwendungsbezogen zu vermitteln.

Weitere Informationen können Sie gern über die Rufnummer 02 21/94 01 30 erhalten.

Dipl.-Hdl. Manfred Strauch
Oberstudiendirektor

Für ZIVILDIENTSTLEISTENDE
zur beruflichen
NEUORIENTIERUNG



Berufe mit Zukunft in der Einrichtungsbranche

durch eine praxisgerechte Fortbildung und staatliche Abschlußprüfung
als

EINRICHTUNGSFACHBERATER
– 2 Semester –

oder als

KÜCHENFACHBERATER
– 2 Semester –

oder als

BETRIEBSWIRT
FACHRICHTUNG MÖBELHANDEL
– 4 Semester –

FACHSCHULE DES MÖBELHANDELS

Frangenheimstraße 6
50931 Köln (Lindenthal)

Telefon 02 21/94 01 30
Telefax 02 21/9 40 13 27

Studienbeginn: 1. April und 1. Oktober
Unterkunft im Wohnheim mit Mensa auf Wunsch
Förderung nach dem Berufsförderungsprogramm
des Arbeitsamtes möglich

Ethisches Investment – Rendite mit Moral?



Eine vier mit zwölf Nullen: 4 Billionen Euro, so hoch ist in etwa die Summe des Privatvermögens aller bundesdeutschen Haushalte. Unsere Sparschweine sind gut gemästet, knapp 32.000 Euro liegen statistisch pro Haushalt auf der hohen Kante. Die Deutschen sind steinreich – jedenfalls im Durchschnitt. Und die Reichen, das weiß man, haben eben auch ihre Probleme: Wohin mit dem Geld?

Noch ist die Suche nach der richtigen Geldanlage für die meisten ganz einfach eine Frage nach der höheren Rendite. Die Höhe der Gewinnmitnahme ist für eingefleischte Börsenzocker nach wie vor die einzige Moral, die am Ende wirklich zählt. Aber die Zahl derjenigen Anlegerinnen und Anleger steigt rapide, die nicht nur wissen möchten, wie schnell ihr Geld »arbeitet«, sondern auch wo. Und wo garantiert nicht.

Nach einer Umfrage vom vergangenen Jahr sind bereits 40 von 100 Anlagesparerinnen und -sparern an sozial und ökologisch unbedenklichen Geldanlagen interessiert. Die Hälfte von ihnen wäre sogar bereit, eine niedrige-

re Rendite in Kauf zu nehmen, wenn dafür im Gegenzug absolut gesichert wäre, dass das privat Gesparte auf keinen Fall irgendwelche krummen Dinger mitfinanziert: keine Umweltsünden, keine Ausbeutung, keine Suchtmittel und keinen Krieg.

Eine solche Sicherheit, die der Hoffnung auf den hohen Aktien-Gewinn ein gutes Gewissen an die Seite stellte, ist leider noch immer schwierig zu bekommen. Versprochen wird viel – wirklich kontrolliert aber nur wenig. Und so gibt es auch schwarze Schafe unter den ethischen Investmentgesellschaften. Die Aktiengesellschaft aus Köln, die den potentiellen Kunden knallharte ökologische und

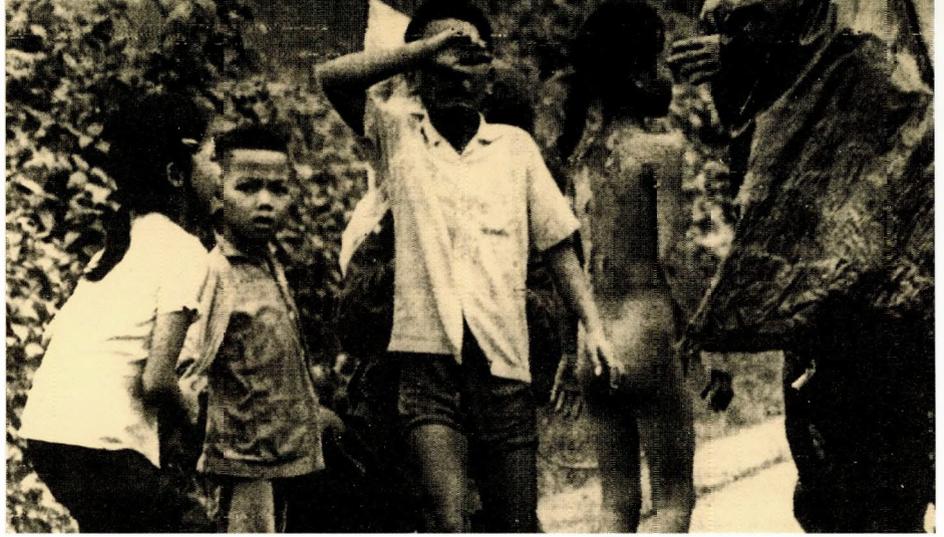
soziale Kriterien bei der Auswahl der Beteiligungsunternehmen versprach, deren eigene Mitarbeiter aber Gehaltsausstände in fünfstelliger Höhe per Gericht einklagen mussten, ist da nur ein Beispiel von vielen.

Ein verbindliches Gütesiegel für ethische Anlageformen existiert bisher noch nicht. Und Experten zweifeln, ob ein solches »Rating« denn überhaupt machbar sei: Im Bereich des ethischen Investments gehen die individuellen Toleranz-Schwellen sehr weit auseinander. Was dem einen noch vertretbar erscheint – in der Forschung etwa oder der Verkehrswirtschaft – überschreitet für andere längst die moralischen Grenzen. So bleibt dem ethischen Investor keine Wahl, als selber sehr sorgfältig zu prüfen, sowohl in punkto Seriosität der Anbieter, als auch im Hinblick auf die aufgestellten ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien. Und das ist richtig Arbeit. Hintergründe, Tipps und Anregungen zur ethischen Geldanlage bringt *zivil* auf den folgenden Seiten.

W. Sch.

Von Leo Frühschütz

Es ist für uns heute selbstverständlich, dass jemand, der sich Geld leiht, dafür Zinsen zahlen muss. Wer mehr Geld hat, als er selbst verbrauchen kann, legt sein Vermögen an und lässt sein Geld für sich arbeiten. Je höher die dabei erzielte Rendite, desto besser. Dabei zeigt ein kurzer Blick in die Geschichte, dass die Vermögensvermehrung durch Zinsen in der abendländischen Kultur lange Zeit abgelehnt wurde. So galt es in der christlichen Ethik bis zur Reformation als verwerflich, überhaupt Geld gegen Zinsen zu



Kinder in Vietnam nach einem Napalm-Bomben-Angriff. Bilder wie dieses schockierten auch viele Kleinaktionäre, die ihr Geld aus der Produktion solcher Brandbomben zurückzogen.

Geld und Moral

Die Ursprünge der ethischen Geldanlage gehen zurück auf christlich-religiöse Gruppen. Der große Aufschwung kam mit den Protesten gegen den Vietnamkrieg

verleihen. Die Worte Zins und Wucher bedeuteten das Gleiche. Das Zinsverbot hatte seinen Ursprung in den mosaischen Gesetzen des Alten Testaments. Dort heißt es: »Wenn du einem aus meinem Volke Geld leihst, einem Armen neben dir, so handle an ihm nicht wie ein Wucherer; du sollst ihm keinen Zins auferlegen.« Weil dieses Gebot nur für die Juden untereinander galt, war es ihnen erlaubt, von Andersgläubigen Zinsen zu nehmen. Bis in das späte Mittelalter hinein war das Verleihen von Geld im christlichen Abendland jüdischen Händlern vorbehalten. Zu Beginn der Neuzeit verlor das Zinsverbot an Wirkung, und die Unterscheidung zwischen rechtmäßigem Zins und unrechtmäßigem Wucher wurde üblich. Moralisch begründet wurde die Ablehnung der Zinsen mit dem Schutz der Armen und Schwachen vor Ausbeutung.

Die Folgen des Wachstums

Im Zeitalter der kapitalistischen Weltwirtschaft muten solche Überlegungen seltsam an. Sie widersprechen der alltäglichen Erfahrung, die sich ein Leben ohne Zins oder Rendite gar nicht vorstellen kann. Angesichts steigender Börsenkurse wird oft vergessen, dass die Rendite für Aktionäre und die Zinsen für Anleihenbesitzer erwirtschaftet werden müssen. Dieser Zwang zu Wachstum und Erfolg hat Konsequenzen: Damit sich eine Geldanlage rentiert, müssen die Unternehmen, die sich das Geld geliehen haben, Produkte erzeugen oder Dienstleistungen erbringen und beides erfolgreich verkaufen. Die Rendite wird ausgezahlt und erneut angelegt. Der ent-

stehende Wachstumsdruck sorgt für Innovationen und Kosteneinsparungen, für mehr Produkte und steigende Umsätze. Das stetige Wirtschaftswachstum hat aber auch soziale und ökologische Folgen. Es führt zu einer zunehmenden Ungleichheit der Vermögensverteilung auf nationaler und internationaler Ebene. Das Ergebnis ist die Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten und Länder, verbunden mit einem Zusammenbruch sozialer Strukturen. Die Inanspruchnahme der Natur als Lieferant billiger Rohstoffe und als Senke für alle möglichen Schadstoffe äußert sich in steigender Umweltzerstörung und zunehmender Ressourcenknappheit.

Diese negativen Folgen ungebremsen Wirtschaftswachstums sind keine Phänomene der letzten beiden Jahrzehnte. Der deutsch-argentinische Kaufmann Silvio Gesell und der Philosoph Rudolf Steiner wiesen schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf diese Begleiterscheinungen einer Zinswirtschaft hin. Sie entwarfen Modelle einer Wirtschaft ohne Zinsen, blieben damit aber radikale Außenseiter. Doch ihre Denksätze werden wieder aufgegriffen, etwa in der verstärkten Diskussion um einen Schuldenerlass für Entwicklungsländer.

Ethisches Investment – ein Kompromiss

Auch die Vorbehalte mancher Menschen gegen Geldanlagen im Allgemeinen haben hier ihre Wurzeln. Geld für sich arbeiten zu lassen und selbst dabei die Beine hochzulegen, das gehört sich nach deren Verständnis einfach nicht. Wenn der Kunde einer Umweltbank

heute auf seine Zinsen verzichtet, um damit günstigere Kredite für ein bestimmtes Projekt zu ermöglichen, dann greift er, ohne es zu ahnen, auf eine 3000 Jahre alte abendländische Tradition des zinslosen Leihens zurück. Die anthroposophische GLS-Bank drückt diese Tradition – und die Ideen Rudolf Steiners – sogar in ihrem Namen aus. GLS bedeutet: Gemeinschaft für Leihen und Schenken.

In der Geschichte der ethisch-ökologischen Geldanlagen spielt die grundlegende Kritik am System der Zinswirtschaft durchaus eine Rolle. Die von Gesell und anderen beschriebenen negativen sozialen und ökologischen Folgen einer ständig wachsenden Geldwirtschaft zeigten sich in den letzten Jahrzehnten immer deutlicher. Da eine radikale Änderung der Wirtschaftsform jedoch kaum möglich erscheint, stellen ethisch-ökologische Anlagen einen Kompromiss dar. Sie akzeptieren, dass sich Geld durch Rendite vermehrt, versuchen aber zu gewährleisten, dass dies nicht auf Kosten von Mensch und Natur geschieht.

Protest gegen Napalm-Aktien

Die moderne Geschichte ethisch-ökologischer Geldanlagen beginnt Ende des 19. Jahrhunderts. In England und den USA begannen streng religiöse Gruppen wie die Quäker oder Methodisten, ihre Vermögen so anzulegen, dass dies nicht mit ihren moralischen Werten in Widerspruch geriet. »Sin Stocks«, Sündenaktien, so nannten sie Beteiligungen an Alkohol-, Tabak-, Pornografie-, Rüstungs- oder Glücksspielunternehmen. Im Zuge des Wirtschaftsbooms in den 20er Jahren des letzten

Jahrhunderts begannen die jeweiligen Kirchen, gezielt nach passenden Anlagemöglichkeiten zu suchen und systematisch die infrage kommenden Unternehmen nach immer zahlreicher werdenden ethischen Kriterien zu analysieren. 1928 entstand in den USA mit dem »Pioneer Funds« der erste ethische Investmentfonds. Der große Aufschwung für ethisch-ökologische Geldanlagen begann allerdings erst Ende der 1960er Jahre mit den Protesten in den USA gegen den Vietnamkrieg und später gegen die Apartheid in Südafrika. Den Anfang machten Kleinaktionäre, die mit Aktienverkäufen und Protesten den Aktienkurs des Napalm-Brandbomben-Produzenten »Dow Chemicals« in den Keller trieben. Bald waren es nicht mehr nur kleine religiöse Gemeinschaften, die ihren Investmentmanagern die Investition in bestimmten Branchen untersagten, sondern Pensions- und Investmentfonds mit beachtlichem Volumen, die aus politischen Gründen nicht in Firmen investierten, die sich in Südafrika engagierten oder Rüstungsgüter herstellten. In den 1980er Jahren wurden in den USA und in Großbritannien die ersten ethischen Investmentfonds aufgelegt, die nicht nur mit Ausschlusskriterien arbeiteten. Sie legten ihre Gelder auch anhand von Positivkriterien an; zum Bei-

Rüstungsproduktion zählt zu den Ausschlusskriterien der Ethik-Fonds
Fotos: dpa



spiel berücksichtigten sie vorbildliche soziale Leistungen. Diese Form der ethischen Investmentfonds tauchte zu Beginn der 1990er Jahre auch in Europa und der Bundesrepublik auf.

In Deutschland gab es Ende der 1960er Jahre zwar ähnliche politische Proteste wie in den USA, aber zunächst ohne vergleichbare finanzielle Folgen. Die Kritik am politischen und wirtschaftlichen System war fundamentaler. Ein typisches Beispiel war der Bankierssohn und spätere Grünen-Politiker Tom Koenigs. Er ließ sein Millionenerbe nicht ethisch korrekt für sich arbeiten, er schenkte das Geld dem Vietcong. Erst Ende der 1970er Jahre begannen die vielen Gruppen und Initiativen, die gegen Atomkraftwerke, Apartheid und die NATO-Nachrüstung protestierten, auch über die finanziellen Konsequenzen ihres Protestes nachzudenken. 1984 entstand der Verein »Freunde und Förderer der Ökobank«. Er sollte das notwendige Geld aufreiben, um eine eigene Bank für die Bewegung zu gründen. Das Motto hieß: Kein Geld für Rüstung, Atomkraft und Apartheid. Vier Jahre später öffnete die Ökobank in Frankfurt, der Hauptstadt des deutschen Kapitals, ihre Schalter. »Die Gründer hatten noch gedacht, dass die Bank innerhalb weniger Jahre eine Milliardenbank sein würde«, so

Ökobanksprecherin Jutta Gelbrich. »Sie sind davon ausgegangen, dass die Partei der Grünen und ihre Mitglieder, SPDlerInnen, kritische Christen und Christinnen und alle Umweltverbände natürlich sofort ihre Gelder zur Ökobank bringen würden.« Diese Erwartung erfüllte sich nicht. Der Markt für ökologische Geldanlagen entwickelte sich nur langsam. Erst mit der Jahrtausendwende kam es zu einem massiven Wachstum.

Nachhaltigkeit – ein Modewort

Erst gegen Ende der 1980er Jahre rückte die eigentliche Ursache vieler Umweltprobleme, das ständige Wirtschaftswachstum, wieder in den Mittelpunkt der Diskussion. Gleichzeitig tauchte ein neuer Begriff auf: Nachhaltigkeit. Das Wort stammt aus der Forstwirtschaft und bezeichnet eine Art der Waldnutzung, bei der nicht mehr Holz eingeschlagen wird, als nachwächst. Bekannt gemacht hat den Begriff die UNO-

Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Nachhaltige Entwicklung, Sustainable Development, meint eine Entwicklung, bei der die Bedürfnisse heutiger Generationen so befriedigt werden, dass die Lebenschancen nachkommender Generationen nicht massiv beeinträchtigt werden. In den Dokumenten von Rio werden die anstehenden globalen Umweltprobleme, vom Treibhauseffekt bis zum Export giftiger Chemikalien, beschrieben. Klar zum Ausdruck kommt, dass die Industrieländer den größten Teil dieser Probleme verursacht haben und deshalb auch verstärkt zu ihrer Lösung beitragen müssen. Diese kann nur eine Wirtschaftsweise sein, die die Natur als Lebensgrundlage nicht weiter zerstört. Gleichzeitig soll sie auch die Unterschiede in den Lebensstandards verringern und die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen in der Welt besser als bisher befriedigen. In der Deklaration von Rio heißt es: »Frieden, Entwicklung und Umweltschutz hängen voneinander ab und sind unteilbar.« Ökologische Probleme dürfen nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen zusammen mit den jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen gesehen und gelöst werden.

Es gibt inzwischen eine Reihe von Szenarien, die beschreiben, wie eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung in Deutschland aussehen könnte und welche Schritte nötig wären, um dorthin zu gelangen. Die Studien »Zukunftsfähiges Deutschland«, herausgegeben von Misereor und dem Bund für Umwelt und Naturschutz, sowie »Nachhaltiges Deutschland« des Bundesumweltamtes sind zwei besonders lesenswerte Beispiele. Deutlich wird darin, dass der sparsame und effiziente Einsatz von Rohstoffen und Energie nicht ausreicht. Die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch bringt nur etwas Zeitgewinn. Notwendig wären ein drastischer Umbau der Industriegesellschaft und ein völlig anderes Konsumverhalten.

Der Begriff Nachhaltigkeit erlebt, bevorzugt in der englischen Fassung als Sustainability, eine geradezu inflationäre Verwendung. Alles definiert sich als nachhaltig, denn niemand will bei der Lösung der großen Probleme des 21. Jahrhunderts abseits stehen. Die Suche nach einer ökologischen, umweltverträglichen und nachhaltigen Geldanlage wird dadurch allerdings nicht einfacher.

Der Autor ist Fach-Journalist für die Themenbereiche Wirtschaft und Ökologie. Sein Beitrag für *zivil* stammt – leicht gekürzt – aus dem Band »Öko-Investment – Mit gutem Gewissen zu großem Geld«. Wir danken dem Verlag Th. Knaur Nachf., München, für die Abdruckgenehmigung (siehe S. 23).

Ethische Anlagen – nur für Weltverbesserer?



Von Beatus Fischer

»Ethische Investments gefragt« titelt eine Tageszeitung am 23. Januar. In drei Jahren wächst das von Privatpersonen eingezahlte Vermögen in ethische Anlagen von gut 200 Mio. Euro auf mehr als 1,4 Mrd. Euro. 84 Publikumsfonds bieten alles was grün, ökologisch und nachhaltig zu sein verspricht; alternative Energien sollen finanziert werden und Teile der Gewinne können für gute Zwecke gespendet werden.

Während in Deutschland diese Anlageform gerade erst entdeckt wird, ist sie in den USA, der Schweiz und Großbritannien längst etabliert. In Deutschland werden weniger als ein Prozent aller Investments auf den Kapitalmärkten in ethische Produkte investiert, in den USA schon neun Prozent.

So unterschiedlich die Angebote an ethischen Anlagen sein mögen, sie haben eins gemeinsam: Sie verbinden Ökologie und Ökonomie – die beiden vermeintlich verfeindeten Schwestern. Beide schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander: Nur wer heute nicht auf Kosten der kommenden Generationen lebt, kann auf Dauer vernünftig wirtschaften und Gewinne erzielen. Galt in dem

letzten Jahrzehnt shareholder value als Motor der Gewinnerzielung, hat sich mittlerweile zunehmend die Einsicht durchgesetzt, dass neben der Gewinnerzielung der schonende Umgang mit Rohstoffen und Menschen (Mitarbeitern und Aktionären) auf längere Sicht auch eine Anlagestrategie erforderlich ist, die auf soziale und ökologische Belange Rücksicht nimmt (stakeholder value).

»Die Schöpfung« umfasst auch das finanzielle Gebaren

Diese Einsicht ist auch bei den Kirchen gewachsen. Luthers Zwei-Reiche-Lehre, die zwischen weltlichem und geistlichem Regiment unterschied, hat es evangelischen Christen und den Kirchen schwer gemacht, Ethik und Kapitalanlagen zu vermengen. Anders die zweite These der Barmer Erklärung, die fordert, dass es ... »keine Bereiche unseres Lebens (gibt), in denen wir nicht Jesus Christus, son-

dern anderen Herren zu eigen wären.« Konkreter wurde diese Forderung und theologische Einsicht durch den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der durch die Vollversammlung des Ökumenischen Rates 1983 in Vancouver formuliert wurde. Darin wird gefordert, dass die Kirchen auch mit ihrem wirtschaftlichen Handeln Frieden und Gerechtigkeit stärken und im Umgang mit der Schöpfung diesen Zielen dienen. Die »Schöpfung« umfasst auch das finanzielle Gebaren. Demgemäß müssen die Kirchen bei ihren Finanzanlagen die gleichen ethischen Grundsätze beachten, die als Forderung an die Gesellschaft gelten.

Diese Forderung ist schneller und leichter formuliert als umgesetzt. Zwei Wege gehen die Kirchen und die Kapitalanlagegesellschaften bei der Auswahl von ethischen Investments. Beiden Konzeptionen gemeinsam ist, dass Anlagen in Gesellschaften ausgeschlossen werden, die ethisch fragwürdig sind, wie z.B. die Alkohol- und Tabakindustrie, die Waffenproduktion oder das Glücksspiel. Aus den reduzierten Anlagemöglichkeiten (Universum) wählen Fonds, die nach dem Sustainability Index (Dow Jones Sustainability Group Index-DJSG) anlegen, diejenigen Unternehmen aus, die zu den zehn besten der Branche gehören, wobei für die Wertung wirtschaftliche, soziale und ökonomische Kriterien herangezogen werden. Eine solche Wertung (Rating) erfolgt jährlich aufgrund von schriftlichen Umfragen bei den Unternehmen. Dieser »Best of Class«-Ansatz der Auswahl von Titeln, in die investiert wird, schließt auch Unternehmen ein, die generell nicht als besonders umweltfreundlich oder sozial gelten,



Foto: dpa

Großbritannien: Kirche reduziert Rüstungsinvestitionen

Im November des Jahres 2000 hatte sich die Kirche von England von einem Großteil ihrer Investitionen in Waffenhandel und Waffenproduktion zurück gezogen. Ein entsprechender Leitungsbeschluss der Kirche führte dazu, dass etwa Aktien am weltweit operierenden Rüstungsproduzenten GKN im Wert von 19,3 Millionen Pfund (27,8 Mio. US-Dollar) verkauft wurden. Bereits ein Jahr zuvor hatte die Kirche alle Anteile am Rüstungsgiganten British Aerospace verkauft. Neu aufgestellte Kriterien der Kirche von England für den Bereich ethisches Investment schließen künftig alle Investitionen mit militärischer Verbindung aus, das gilt für den gesamten Bereich militärischer Fahrzeuge zu Land, zu Wasser und in der Luft, und für alle Groß- und Kleinwaffen.

William Beaver, Pressesprecher der Kirche, sagte dazu: »Die Handelsgrenzen der Gesellschaften wie GKN haben sich verändert, sie verkaufen nicht mehr nur innerhalb der NATO oder innerhalb des Commonwealth. Es ist besser, wenn wir unsere Investitionen aus diesem Bereich komplett zurückziehen, obwohl wir sehen müssen, dass der Lebensunterhalt vieler Briten von diesen Industrien abhängt.«

Investitionen in Firmen, die nicht-offensive militärische Systeme herstellen, wie Radar oder Software, sind weiterhin möglich, wenn der Anteil des militärischen Absatzes am Gesamtvolumen der Firma unter 25 % liegt.



Für die Entwicklung von Windkraft- und Solaranlagen sind ethische Geldanlagen nach wie vor ein wichtiger Motor.

Fotos: Graffiti

erwarten kann und er umfassend über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens informiert wird. Letzteres geschieht durch Geschäftsberichte und in Hauptversammlungen. Zu den Pflichten der Aktionäre gehört u. a. die Kontrolle durch Stimmrechtsausübung auf den Hauptversammlungen. Leider nehmen institutionelle und private Anleger diese Pflicht nur selten wahr. Deshalb haben sich Anleger aus dem kirchlichen Bereich zusammengefunden, um – bislang einmal in Deutschland – weltweit die Stimmrechtsausübung wahrzunehmen. Gemeinsam mit dem Bankhaus Lombard Odier, der ethos service GmbH und dem Consulter RMC wurde ein nachhaltiger Fonds aufgelegt, der dem zweiten oben beschriebenen Konzept folgt und sicherstellt, dass die Stimmrechtsausübung tatsächlich wahrgenommen wird. Anträge werden dann gestellt, wenn die Produktion oder Anträge des Vorstandes den ethischen Anlagekriterien nicht entsprechen. Auch wenn solche Anträge selten die Mehrheit der Aktionäre finden, verfehlen sie ihre Wirkung nicht, da die Unternehmen entspre-

chende Nachrichten in der Presse vermeiden wollen und oft im Vorfeld Veränderungen des beanstandeten Geschäftsgebarens umgesetzt werden. Nur wenn die Anleger ihre Stimmrechte wahrnehmen, können sie Veränderungen einfordern oder sie überlassen die Ökonomie denjenigen, die möglicherweise andere ethische Grundsätze haben.

Ethische oder nachhaltige Anlagen sind eine Möglichkeit, in der Ökonomie Veränderungen in kleinen Schritten zu initiieren und umzusetzen. Sie sind nichts für jene, die meinen durch Verzicht die Welt zu verbessern; schließlich ist die Rendite oft besser als bei herkömmlichen Fonds. Sie sind Teil der praktischen Umsetzung einer Gesinnung, die weiß, dass die Welt nicht das Paradies ist, aber Frieden, Gerechtigkeit und der schonende Umgang mit der Schöpfung nicht erst im Paradies beginnen.

Der Autor war bis Ende letzten Jahres geschäftsleitender Oberkirchenrat und Finanzreferent der badischen Landeskirche, sowie vorsitzender Finanzbeirat der EKD.

auch wenn sie (relativ) gemessen an anderen Unternehmen der Branche zu den ersten zehn gehören.

Andere Kapitalanlagegesellschaften wählen nur solche Werte aus, die sowohl in der Umweltanalyse, der Finanz- und sozialen Analyse bei einer Skala von eins bis vier in die ersten beiden Stufen eingeordnet werden. Dadurch wird das Anlageuniversum von ca. 1 400 auf ca. 300 Unternehmenswerte reduziert, mit der Folge, dass das Risiko zunimmt. Wie bei jeder Anlage ist deshalb auch bei ethischen Anlagen die Risikomessung wichtig. Dazu bedarf es subtiler Instrumente, die institutionelle Kapitalsammelstellen wie u. a. Banken, Versicherungen, Gewerkschaften und Kirchen sich durch bankenunabhängige Beratungsunternehmen (z. B. Risiko Management Consult GmbH Frankfurt/Köln) beschaffen.

Kontrolle der Aktionäre

Der Investor ist anteilig an dem Unternehmen beteiligt, dessen Aktien er kauft. Der Eigentümer hat Rechte und Pflichten. Die Rechte bestehen u. a. darin, dass er eine Dividende

Geld stinkt nicht!?

»Pecunia non olet – Geld stinkt nicht.« Der römische Kaiser Titus Flavius Vespasian hatte die Idee, öffentliche Toiletten einzurichten und für deren Benutzung eine Gebühr zu verlangen. Als sein Sohn ihm Vorwürfe machte, weil er die Staatskasse auf so eine anrüchige Art und Weise bereichern wollte, hielt er ihm eine Hand voll der an den Toiletten abgegebenen Münzen unter

die Nase und fragte: »Stinkt das?« »Nein«, antwortete der verdutzte Sohn. »Eben, Geld stinkt nicht«, sagte der Kaiser und ließ die Münzen in seine Tasche gleiten. Der Satz ist Legende und muss oft herhalten, wenn darüber diskutiert wird, wie bestimmte Gewinne zu Stande kommen.

Aus: »Öko-Investment« (siehe Seite 23)

Ein Gewinn für uns alle

Trends, Tipps und Hintergründe

Von Martin Ewert

In der Bundesrepublik wurden bis zum dritten Quartal 2000 rund drei Milliarden DM in Ökofonds investiert. Das entspricht etwa 0,5 % des gesamten in Form von Fonds angelegten Kapitals und einer Versechsfachung gegenüber den Werten von Ende 1998.

Insbesondere die Windkraftfonds sind angesichts des wachsenden Marktes und der optimistischen Prognosen sehr beliebt. »Der Zuwachs an Strom aus erneuerbaren Energien geht derzeit fast ausschließlich auf das Wachstum bei der Windenergienutzung zurück,« bestätigt Dr. Norbert Allnoch, Leiter des Internationalen Wirtschaftsforums für regenerative Energien (IWR).

Allgemein kennt man drei Formen von Umweltfonds, bei denen Umweltschutz jeweils anders definiert ist. Man unterscheidet ethisch-ökologische Fonds, die sich vor allem an einer umwelt- und sozialverträglichen Produktionsweise der Unternehmen orientieren; Umwelttechnikfonds, welche sich auf die angebotenen Produkte und Dienstleistungen konzentrieren, die unmittelbar dem Umweltschutz zuzuordnen sein müssen; sowie Öko-Effizienz-Fonds, bei denen in Unternehmen investiert wird, die als Öko-Leader gelten.

Bereits Mitte 2000 gab es in Großbritannien 55 ethisch-ökologische Fonds mit einem Volumen von 3,3 Mrd. Pfund. Demgegenüber können in unseren Breiten Interessenten und Freunde dieser Anlageform zur Zeit zwischen 39 in Deutschland zugelassenen Fonds und zehn Zertifikaten wählen, so Jörg Weber, Chefredakteur des Internetportals ECOreporter.de. Der zuletzt aufgelegte Fonds ist der »SAM Sustainable Water Fund«. Er kam Anfang Oktober 2001 als weltweit zweiter Wasserfonds mit der Zielsetzung auf den Markt, zu mindestens Zweidritteln Unternehmen zu berücksichtigen, die der Nachhaltigkeit eine große Bedeutung beimessen.

Geld verdienen und Zukunft gestalten

Die Möglichkeit, auf die Verwendung des angesparten Geldes unmittelbar Einfluss zu nehmen, besteht auch für Sparanlagen und Lebensversicherungen, mit denen ebenfalls Vermögen gebildet wird.

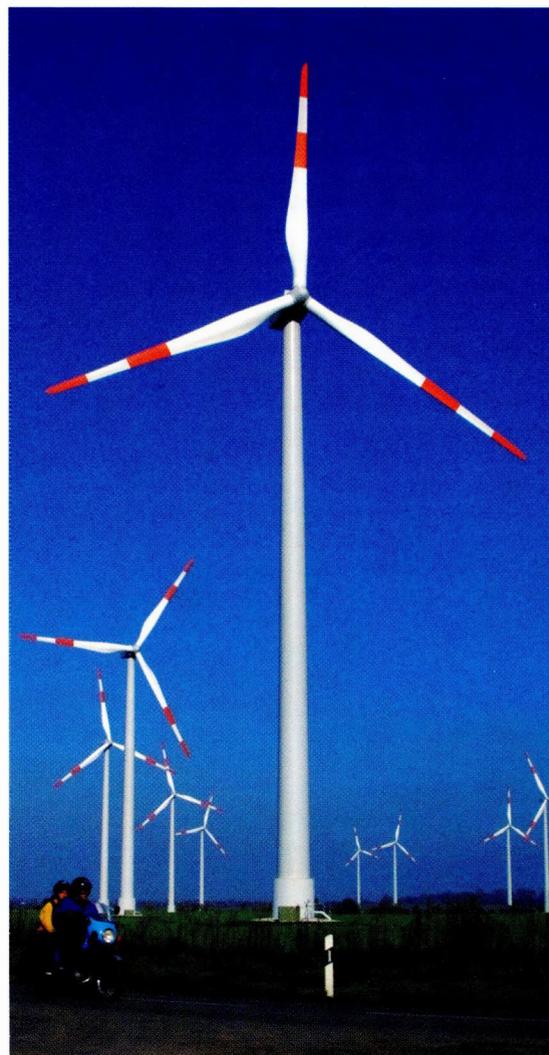
Das vor kurzem noch gängige Bild von alternativen Investmentformen als unrentable Geldanlage hat in jüngster Zeit eine deutliche Wandlung erfahren und sich inzwischen teilweise sogar ins Gegenteil gekehrt. Die ökologisch orientierten Anlagevarianten führen längst kein Nischendasein mehr.

Im Falle der »oeko capital Lebensversicherung AG« beispielsweise, bei der es sich um eine hundertprozentige Tochter der »Concordia Versicherung Holding AG« handelt, ist die Selbstverpflichtung zu einer umweltorientierten Kapitalanlage bereits in der Satzung verankert. Es gibt klare O.K.- und K.O.-Kriterien. Alle Anlageformen, die gegen die aufgestellten moralischen und ethischen Grundsätze verstoßen, wie z. B. Genmanipulation, Rüstung, Kinderarbeit, sind von vornherein Tabu. Gleiches gilt für die »Mitstreiterin« »ProVita GmbH«, die zusammen mit der »Skandia Lebensversicherung AG« die »Ökologische Investment Police« entwickelt hat. Bei der Fondszusammenstellung werden speziell Wertpapiere von Unternehmen berücksichtigt, deren Aktivitäten auf die Fortentwicklung Schadstoff minimierender und beseitigender Technologien, die Rückführung von Wertstoffen in den Produktionskreislauf oder auf die alternative Energiegewinnung abzielen.

Banken fördern die Umwelt

Bei den Sparprodukten der »alternativen« Banken sind die Anleger nicht nur in punkto Kontrolle gefragt, sie können das Ersparte auch in unterschiedlich starkem Maße für die Umwelt arbeiten lassen.

»Es gibt AnlegerInnen, bei denen der Förderaspekt und nicht die Rendite im Vordergrund steht. Diese können bei der Ökobank eine so genannte Förder-Anlage zeichnen, bei welcher der Zinsverzicht



Der Windenergiesektor profitierte bisher am stärksten von »Grünen« Geldanlagen. Fotos: dpa

einem ökologischen oder sozialen Projekt zugute kommt,« so Bettina Schmolz, Pressesprecherin der 1988 gegründeten Ökobank (schloss im Jahr 2000 mit einem Bilanzvolumen von 367 Mio. DM ab).

Auch die seit 27 Jahren existierende anthroposophische GLS Gemeinschaftsbank (Bilanzsumme Ende 2000: 369 Mio. DM) bietet ihren engagierten Kunden die Möglichkeit, unverzinsten Genossenschaftsanteile zu zeichnen, die unmittelbar in die Dienste der Kapitalschöpfung für die Umwelt gestellt werden.

Die UmweltBank, die sich als Beraterbank versteht und deren Bilanzsumme sich im Millenniumsjahr auf 416 Mio. DM belief, hat sich unter anderem als unabhängige Vermittlerin im Bereich »Alternative Energiegewinnung« einen Namen gemacht. Seit 1997 bietet sie at-

traktive Windparkbeteiligungen an und ist damit sehr erfolgreich. Im Oktober 2001 hatte sie zum ersten Mal in ihrer vierjährigen Firmengeschichte drei Windparkprojekte gleichzeitig im Angebot.

Natur im Aufwind

Bei den Windparks handelt es sich um Gemeinschaftsunternehmen. Mit einer Beteiligung an einem konkreten Windpark wird der Anleger zu einem Teilhaber an einer Projektgesellschaft. Da der Bau eines Windparks mit hohen Investitionskosten verbunden ist, die in Form von Abschreibungen über mehrere Jahre als Aufwand verteilt werden, können von den Kommanditisten steuerliche Verluste in den Anfangsjahren ausgewiesen werden. Die in den Folgejahren erwirtschafteten Gewinne werden dann ebenfalls anteilig an die Gesellschafter ausgeschüttet, so dass die Anleger im Regelfall das eingesetzte Kapital plus Gewinnanteile über die Laufzeit verteilt zurückerhalten.

Der Windenergiesektor hat sich in den letzten Jahren deutlich als besonders zukunftsträchtiger Markt hervorgetan. Allein von der UmweltBank wurden in einem Zeitraum von drei Jahren 13 Windparkfonds mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 410 Millionen DM platziert. Bereits heute wird ein Drittel des weltweit aus Windkraft erzeugten Stroms in deutschen Gefilden gewonnen. Damit nimmt die Bundesrepublik auf internationaler Ebene eine Vorreiterrolle ein, die auch langfristig durch das erklärte Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahre 2010 den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 12,5 Prozent zu verdoppeln und bis zur Mitte dieses Jahrhunderts die Hälfte des Energiebedarfes mit regenerativen Energiequellen zu decken, gefördert wird.

Die Windenergiebranche setzte den Angaben des »Grünen Emissionshauses« zufolge im vergangenen Jahr fast vier Milliarden DM um und schuf landesweit 25 000 Arbeitsplätze. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat die Entwicklung der Windkraftanlagen zu einer beliebten Anlageform begünstigt, denn es hat den Betreibern hier zu Lande die nötige Planungssicherheit verschafft und damit dieser Form der umweltschonenden Stromerzeugung neuen Auftrieb gegeben. Seither ist die Zahl neu errichteter Windkraftanlagen stark angestiegen. Allein im Jahr 2000 waren es knapp 1 500. Zur Zeit werden in Deutschland etwa 3 Prozent des Nettostromverbrauchs von Windanlagen erzeugt.

Riesiges Sparvermögen der Deutschen

Den klassischen »grünen Anleger« beschreibt Dr. Thomas Bauer, Pressesprecher des Ökozentrums Nordrheinwestfalen, einer ihm vorliegenden Untersuchung zufolge als »vorwiegend männlich, Anfang bis Mitte 40, überdurchschnittlich gebildet und besserverdienend, risikobewusst und nicht ideologisiert.« »Es handelt sich also nicht um die 68er Generation, sondern eher um die AKW-Gegner

der 80er Jahre,« lautet sein nüchternes Fazit. Bildungsgrad und sozialer Status sind offensichtlich entscheidend für die Wahl ethisch-ökologischer Geldanlagen.

Das wird auch von Christof Lützel, Pressesprecher der GLS Gemeinschaftsbank eG bestätigt. »Etwa 64 Prozent unserer Kunden können ein abgeschlossenes Hochschulstudium vorweisen.« Auch Durun Schneider, Mitarbeiterin der Presseabteilung der Ökobank, spricht von einer »gewöhnlich etwas besseren Schulbildung« ihrer Bankkunden.

Wirft man einen Blick auf das Geldvermögen der Bundesbürger, so lässt sich auf Anhieb erkennen, welches gewaltige finanzielle Potential für alternative Anlageformen dort bei den Kreditinstituten schlummert. »Die Summe ist atemberaubend und belief sich Anfang des Jahres 2001 auf knapp 7 Billionen Mark – eine sieben mit immerhin zwölf Nullen,« bemerken die Autoren Christof Schössler und Leo Frühschütz in ihrem jüngst erschienenen Buch »Öko-Investment«. (Siehe auch Seiten 16 und 23) »Der größte Teil des Sparvermögens der Deutschen versauert in unrentablen Investments – 1,3 Milliarden Mark in Versicherungen, 1,2 Milliarden auf Sparbüchern,« so schreiben sie weiter.

Und doch gedeiht da, wenn auch vorerst in zarten Knospen, ein schon jetzt gut florierender Markt, der in Zukunft sicherlich verstärkt Blüten treiben wird. Die aktuellen Trends geben jedenfalls Anlass zum Optimismus. »Allein im Jahr 2000 wurden rund 1 Milliarde Euro neu in Umweltfonds und Aktienzertifikaten angelegt. Gegenüber 1999 bedeutet das eine Verdreifachung. Für über 300 Millionen Euro kauften die Anleger im Jahr 2000 neu ausgegebene Aktien von Umweltunternehmen. Hier haben sich die Zahlen im Vergleich zu 1999 mehr als verdoppelt. Insgesamt haben die Deutschen derzeit etwa 4 Milliarden Euro in ethisch-ökologische Geldanlagen investiert,« resümiert das Autorengespann in seinem Werk.

Anscheinend kehren immer mehr Bundesbürger den konservativen Geldanlageformen den Rücken. Jedenfalls ist die ganz allgemein zunehmende Investitionsfreudigkeit in Wertpapiere in der Bundesrepublik recht eindrucksvoll: Gab es bei uns 1997 noch knapp 5,6 Millionen Aktionäre und Fondsbesitzer, ist ihre Zahl bis Ende 2000 um mehr als 100 Prozent auf 12,3 Millionen angewachsen. Und davon profitiert letztendlich auch der »grüne Markt«. Denn vor allem für im Umweltbereich tätige Unternehmen ist die Ausgabe von Aktien eine günstige Form der Kapitalbeschaffung. Junge, aufstrebende Unternehmen können die Umsetzung ihrer innovativen Ideen oft nur auf diesem Wege finanzieren, da zumindest die konventionellen Geschäftsbanken ihnen nur in Ausnahmefällen Kredite gewähren würden: Umweltbewusste und langfristige

orientierte Anleger, die vorerst kein primäres Interesse an hohen Dividenden hegen, können sich durch das Zeichnen dieser Aktien für die Umwelt engagieren.

Doch »grüne Aktien« sind längst nicht mehr nur etwas für Idealisten. Dank einer allgemein guten Performance stehen viele ökologisch orientierte Aktiengesellschaften vor allem bei den Aktionären hoch im Kurs. Eine der erfolgreichsten Neuemissionen des Jahres 2001 im »grünen Bereich« war der Börsenstart der 3,9 Mio. Aktien, mit denen die UmweltBank als erstes deutsches Bankhaus dieses Genres am 25. Juni '01 das Börsenparkett betrat. Die Aktie wird im Frankfurter Freiverkehr gehandelt und hat sich trotz der Turbulenzen der internationalen Aktienmärkte auf recht gleich bleibendem Niveau über dem Ausgabepreis der Kapitalerhöhung eingependelt.

Nachhaltigkeit auf dem Vormarsch

Nachhaltigkeit findet zunehmend in der Börsenwelt Beachtung, in deren Umfeld mittlerweile nachhaltige Aktien-Indizes den Vergleich und die Überprüfung der Performance ökologisch-ethischer Kapitalanlagen in Börsentiteln ermöglichen. Inzwischen gibt es eine Vielzahl von »grünen« Indizes als wichtige Orientierungsgröße für den Erfolg ethik- und umweltorientierter Aktiengesellschaften, und einige davon sind recht umstritten (s. auch S. 23). Während die Anforderungen an Aktien, die beispielsweise in den Naturaktien-Index (NAI) aufgenommen werden, sehr hoch sind und die Geschäftsfelder der Unternehmen dabei eine wichtige Rolle spielen, wird anderen »grünen« Indizes nachgesagt, bezogen auf ökologische Aspekte wenig repräsentativ zu sein. Vielfach wird Anstoß daran genommen, dass im Dow Jones Sustainability Group Index (DJSI) als von der Börsenwelt vielbeachteter Imagerträger auch Unternehmen vertreten sind, die keineswegs als umweltfreundlich geltende Produkte anbieten. So sind beispielsweise unter den insgesamt 225 abgebildeten Unternehmen fast alle deutschen Automobilhersteller in diesem Index vorzufinden, was für manchem ökologisch versierten Anleger mit »ethischem« Investment nicht mehr viel zu tun hat. 



Kleine Aktien – große Wirkung

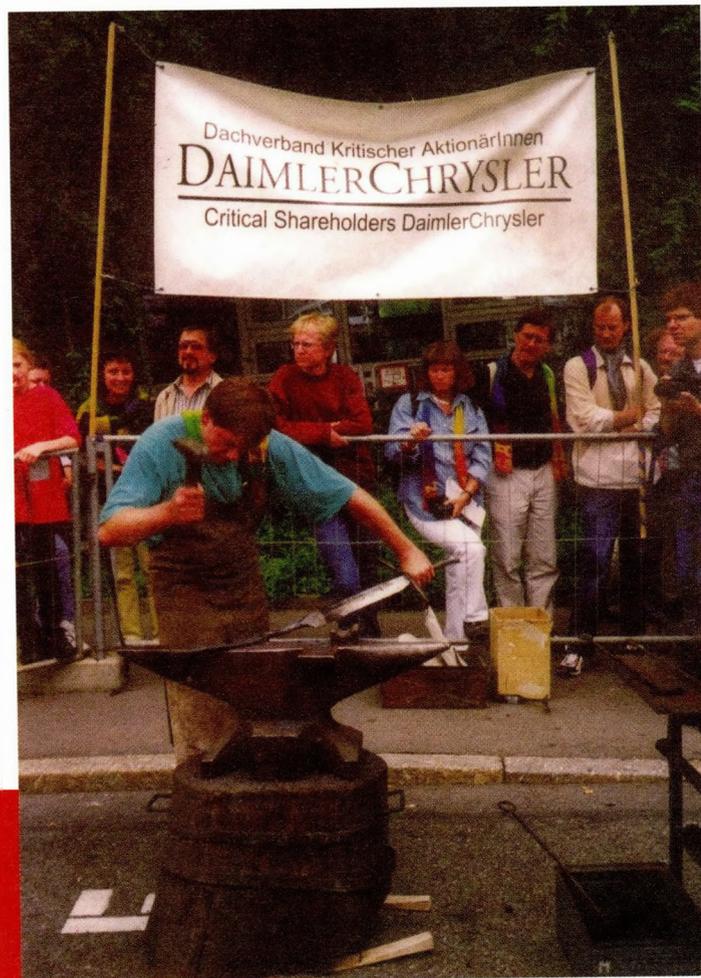
Im Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre engagieren sich Menschen für Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit

Von Martin Wiebek

»Wir sind die sozial-ökologische Opposition in den deutschen Aktionärs-Hauptversammlungen«, stellt Henry Mathews seinen Verband gerne vor. Der Geschäftsführer des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre will sich bewusst von den Vertretern anderer Aktionärsvereinigungen abheben: »Wo andere 50 Cent mehr Dividende fordern, fragen wir, aus welchen Geschäften die Dividende stammt.«

So vertritt der Dachverband eine rasch wachsende Zahl von Kleinaktionären, die beispielsweise nicht mehr hinnehmen wollen, dass ein Teil ihrer Siemens-Dividende aus dem Bau von Atomkraftwerken stammt, dass ein Teil Ihrer Daimler-Dividende mit dem Bau von Landminen und dem Eurofighter verdient wird oder dass Bayer wissent-

Anlässlich des evangelischen Kirchentags 1999 in Stuttgart ließen Kritische Aktionäre vor einer Mercedes-Niederlassung ein Schwert in eine Pflugschar umschmieden, um gegen die Waffengeschäfte des Daimler-Chrysler-Konzerns zu protestieren. Foto: Hans Koritke



Ethischer Aktienindex FTSE4Good: »Extreme Mogelpackung«?

Als eine »extreme Mogelpackung« bezeichnet der Dachverband der Kritischen Aktionäre den angeblich ethischen Aktienindex FTSE4Good (Sprich: Futzzy for good), den die Financial Times und die Londoner Börse im Juli 2001 weltweit eingeführt haben.

Die im Index angelegten Aufnahmekriterien betreffen im Wesentlichen nur Selbstverpflichtungen und Selbstauskünfte von Unternehmen, statt von unabhängiger Seite überprüfte Leistungsdaten, kritisiert der Geschäftsführer des Dachverbands, Henry Mathews.

»Umweltvergifter wie Bayer und BASF wurden in den FTSE4Good aufgenommen«, entrüstet sich Mathews. Auch die im Index verzeichneten Automobil-Konzerne BMW und Volkswagen seien »grundsätzlich nicht umweltverträ-

lich« und hätten »nichts in einem ethischen Aktienindex zu suchen.« Gleiches gelte für die Fluggesellschaft Deutsche Lufthansa, die zudem »die gewaltsame Abschiebung von Flüchtlingen in ihren Maschinen duldet«. Die Kritischen Aktionäre halten es für überfällig, dem Missbrauch der Begriffe »Ethik«, »Verantwortung« und »Nachhaltigkeit« ein Ende zu bereiten. Der Index FTSE4Good unterstreicht aus ihrer Sicht diese Notwendigkeit – zumal dort auch die Volkswagen AG aufgenommen wurde, und zwar durch eine Bewertung des Hannoveraner Instituts »imug«. Und »imug« wiederum verkehrt auch als Beratungskunde im Hause Volkswagen.

M.W.

lich AIDS-verseuchte Blutpräparate verkauft hat. Seit mehr als einem Jahrzehnt kämpfen die Konzernkritiker auch um gerechte Entschädigungen für die ehemaligen Zwangsarbeiter der deutschen Unternehmen während der Nazizeit und für die Auflösung des Firmenfossils I.G. Farben in Abwicklung.

In jährlich mehr als hundert Redebeiträgen auf etwa 25 Hauptversammlungen deutscher Großkonzerne streiten die Vertreter des Dachverbands für »mehr Frauen in Führungspositionen«, für mehr Behinderten-Arbeitsplätze, für mehr Ausbildungsplätze und für bessere Arbeitsbedingungen in den Fabriken deutscher Konzerne in der so genannten Dritten Welt. Schwerpunkt ist auch der

Kampf gegen die »unerträgliche Arbeitsplatzvernichtung trotz steigender Unternehmensgewinne«. Betriebsräte von Thyssen, ABB und jüngst auch der Deutschen Post AG haben sich für die unerwartete Unterstützung von der Kapitalseite bedankt.

Besonders bei der Fusion von Unternehmen warnen die Kritischen Aktionäre immer wieder vor drohenden Stellenverlusten – und behalten meistens Recht, wie beispielsweise beim Zusammenschluss der deutschen Daimler-Benz AG mit der amerikanischen Chrysler Corp. zum neuen Autogiganten DaimlerChrysler. Hauptkritikpunkt des Dachverbands bleibt jedoch die anhaltende Rüstungsproduktion dieses Konzerns. Während Vorstandschef Jürgen Schrempp schon seit Jahren beteuert, sein Unternehmen produziere keine Landminen mehr, wiesen ihm die Kritiker nach, dass eine Konzertochter weiterhin Anti-Panzer-Minen im Internet feilbietet. Wie diese Minen einen Panzer von einem Schulbus unterscheiden sollten, konnte Schrempp der Öffentlichkeit nicht erklären.

Kapitalanleger dürften bei solcher Geschäftspolitik nicht wegsehen, meint Dachverbands-Sprecher Mathews, denn mit dem Kauf ihrer Aktien haben sie nach seiner Auffassung nicht nur das Recht auf Dividenden erworben, sondern auch die Pflicht, Verantwortung für die Geschäfte der Firma zu übernehmen. »Wer nicht mehr damit einverstanden ist«, fordert Mathews deshalb alle Kleinaktionäre auf, »dass seine Dividende auf dem Rücken der Belegschaft oder mit Waffen, Pestiziden und Atomkraft verdient wird, kann die Konzernherren das durch uns wissen lassen.« Aktionärinnen und Aktionäre, die sich vom Dachverband und seinen 35 Mitgliedsorganisationen vertreten lassen möchten, können ihm die Stimmrechte ihrer Aktien übertragen – im Jahr 2001 taten das bereits mehr als 3 000 Menschen.

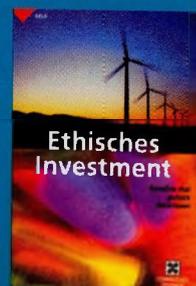
Unsere Buchtipps:



Leo Fröhschütz, Christof Schössler
»**Öko-Investment – Mit gutem Gewissen zu großem Geld**«
Droemersch Verlagsanstalt, München 2001, 224 Seiten, 9,90 €

Jörg Weber
»**Zukunftssicher anlegen – Rendite mit Nachhaltigkeits- und Umweltfonds**«
Oekom-Verlag, ISBN: 3-928244-76-0, 15 €
Zu bestellen unter: www.umweltfonds.de

»**Ethisches Investment – Rendite mit gutem Gewissen**«
Herausgegeben von der Verbraucherzentrale NRW,
Mintropstraße 27, 40215 Düsseldorf
120 Seiten, Düsseldorf 2001, 7,80 €
Zu beziehen über die regionalen Verbraucherzentralen



Mehr zum Thema »ethisches Investment«

Unsere Surf-Tipps:

www.kritischeaktionaeere.de

Seit mehr als 20 Jahren kämpfen die kritischen Aktionäre für mehr soziale Gerechtigkeit (siehe auch nebenstehenden Artikel). Der eingetragene Verein nimmt die Unternehmenspolitik von Aktiengesellschaften kritisch unter die Lupe und stellt bei den Hauptversammlungen die Vorstände zur Rede. Die kritischen Aktionäre handeln im Auftrag aller derer, die dem Verein ihre Stimmrechte übertragen haben. Der Jahresbericht des Dachverbands ist kostenlos über sein Büro in Köln erhältlich. Ausführliche Informationen von den Konzernkritikern finden sich auch im Internet.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V., Schlackstraße 16, 50737 Köln. Telefon: 0221-599 56 47, Fax: 0221-599 10 24, dachverband@kritischeaktionaeere.de.

Auch im Ausland gibt es Kritische Aktionäre. Sie haben sich jüngst mit dem Dachverband zu einem europäischen Netzwerk zusammengeschlossen und präsentieren sich im Internet unter www.ethicalshareholders.net

www.ecoreporter.de

Tagesmeldungen, Fonds-Portraits, Firmen- und Bankenberichte... wer rund um das Thema »grünes Investment« am Ball bleiben will, findet hier immer mehr, als er verarbeiten kann. Seriöse und professionelle Site.

www.germanwatch.org

Die Organisation germanwatch will den Dialog von Politik und Wirtschaft fördern und beobachtet u. a. deutsche Geschäfte beim internationalen Handel. Zum Thema »nachhaltig investieren« und zur Ruster-Rente finden sich auf der Homepage viele wichtige und aktuelle Informationen, Presseerklärungen und Hintergründe.

www.unternehmenstest.de

Hier lassen sich Unternehmen finden, die durch überdurchschnittliches sozial-ökologisches Engagement einen höheren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft leisten. Die Idee für die Durchführung solcher Unternehmensbewertungen nach sozialem und ökologischen Kriterien kommt aus den USA. In Deutschland hat das »imug« bereits 1992 ein Umsetzungskonzept entwickelt und seit dem mehr als 200 Unternehmen untersucht und hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme bewertet. Auf der Site können neben Hintergrundinformationen auch die verwendeten Untersuchungskriterien sowie konkrete Unternehmensprofile aus den Branchen Lebensmittel, Kosmetik, Körperpflege und Waschmittel sowie Elektrogeräte recherchiert werden.

Wössner zur Sache



Per »Taschengeldwahlkampf« ins Stadtparlament



Stadträtin und Schülerin:
Claudia Herbstritt



Stadtrat und
Zivi: Sven
Greschbach

Von Armin Beber

97103 Stimmen. Damit hat niemand gerechnet. Die Medien nicht, die Parteien nicht, der Bürgermeister auch nicht und schon gar nicht die kleine Gruppe Jugendlicher, die in Freiburg Politik machen will. Denn eigentlich sind bei Gemeinderatswahlen keine Überraschungen zu erwarten. Selbst wenn sich eine parteiunabhängige Liste, die ausschließlich aus jungen, engagierten Freiburgern besteht, zur Wahl stellt. Und wer sind schon Claudia Herbstritt und Sven Greschbach? Spitzenkandidaten? Sie, 18 Jahre alt, hübscher Lockenkopf, Schülerin. Er, 19 Jahre, Ziegenbärtchen, Zivi. Beide keine Ahnung von Baugesetzbüchern und Flächennutzungsplänen, beide keine Parteimitglieder. Geeignete Kandidaten für einen Gemeinderat, in dem das jüngste Mitglied bislang 34 Jahre alt ist?

97103 Stimmen, und plötzlich sind Claudia und Sven gewählte Stadträte. Vor genau zwei Jahren haben sie mit der Liste »Junges Freiburg« zwei Sitze im Parlament ergattern können. Wenn man dieses Ergebnis auf die Wahlkampfkosten umrechnet, haben die Jugendlichen schon damals etwas fast unmögliches geschafft. Keine 1000 Mark hatten sie zur Verfügung, um ihre Initiative bekannt zu machen und Wähler zu gewinnen. Es gab keine Plakate, keine Hochglanzbro-

**Wahlkampf:
Die Liste
»Junges Freiburg« in der
Fußgängerzone
Fotos: »Junges
Freiburg«**



Eine Schülerin und ein Zivi vertreten das »Junge Freiburg« im Gemeinderat

schüren, nichts was an die Materialschlachten der Parteien heranreichte.

»Taschengeldwahlkampf« nennt Claudia das. Das passt zum Image der jungen Polit-Initiative. Wer Taschengeldwahlkampf betreibt, braucht für seinen Infostand in der Fußgängerzone nur ein selbst bemaltes Bettlaken. Der kopiert seine Flyer selbst und verteilt Traubenzucker und Mandarinen als »Muntermacher«. Und plötzlich steht man vor der Entscheidung: soll man doch lieber aufhören und das Ganze als Spaßfaktor verbuchen, oder zieht man die Sache jetzt durch. Claudia und Sven blieben dran, ihnen war es Ernst mit der Politik.

Papa-Mama-Syndrom

Seitdem stapelt sich die Arbeit auf ihren Schreibtischen. Im politischen Alltagsgeschäft sind 97103 Stimmen ein Nichts, wenn man keinen Einsatz zeigt. Gerade mal 3,79 Prozent sind das. Zwei Gemeinderatssitze von 48. Das reicht lange nicht zum Fraktionsstatus, und während man um Rederecht und Ausschusssitze betteln muss, kommen Vereinnahmungsversuche ganz von alleine.

So wertet der Bürgermeister etwa den Wahlerfolg der Jugendlichen als Ergebnis der eigenen erfolgreichen Jugendpolitik vergangener Jahre. Aber alle freuen sich, dass nun statt des Republikaners zwei engagierte Jugendliche in den Gemeinderat gewählt wurden. Und natürlich wird Rücksicht genommen. Ob man die Sitzung nicht verschieben könne, schließlich müsste die neue Kollegin doch morgen in die Schule, heißt es da bei Terminabsprachen. »Das Papa-Mama-Syndrom«, wie Claudia solche Bevormundungen bezeichnet, ist die erste Herausforderung für einen jugendlichen Stadtrat.

Solche Hürden haben die beiden gemeistert, indem sie mit den zehn Stadträten der Grünen eine Fraktionsgemeinschaft bildeten, ohne dass sie ihre Unabhängigkeit aufgeben mussten. »Das glaubt uns nie jemand«, schmunzelt Sven. »Aber es ist so.« Wenn das »Junge Freiburg« eine andere Meinung habe als die Grünen, dann werde das auch so vertreten. Getrennte Kassen seien ebenso selbstver-

ständig. Aber die Vorteile des politischen Coups lägen auf der Hand. »Obwohl wir nur zwei Sitze im Gemeinderat haben, sind wir in fast allen Ausschüssen und im Ältestenrat vertreten«, betont er. Dazu kommen ein Antragsrecht zur Tagesordnung und ein ausführliches Rederecht. »Wir wollen schließlich etwas bewegen«, sagt Sven.

Fünf Jahre Amtszeit

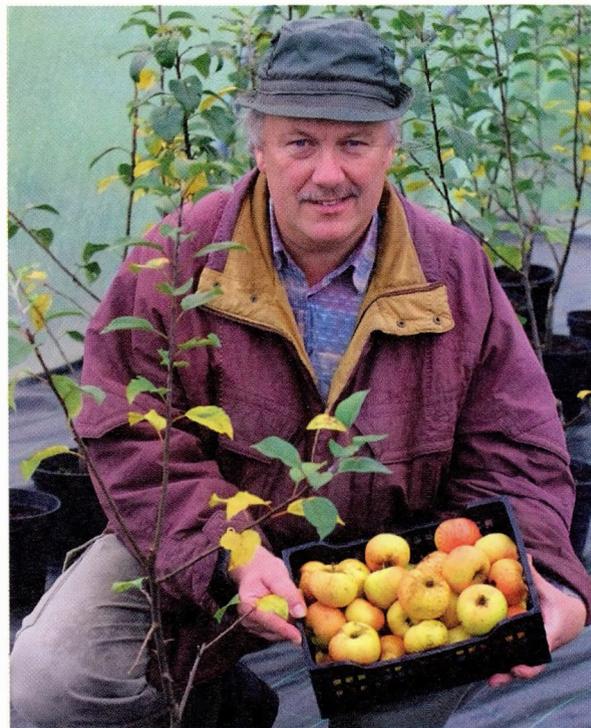
Gut, dass diese 97103 Stimmen abgegeben wurden, sonst hätte Sven der Stadt im Breisgau wohl längst den Rücken gekehrt. Mal was anderes ausprobieren. Das Studentenleben in einer großen WG in Berlin beispielsweise. Am besten am Prenzlauer Berg. Oder ein ausgiebiger England-Trip, um die Sprachkenntnisse frisch zu halten. Ja, wenn die Wahl anders ausgegangen wäre. Ist sie aber nicht, und so lernt Sven nicht in London, sondern in der Volkshochschule sein Englisch. Manchmal macht ihn das nachdenklich. »Ich weiß nicht, ob ich Chancen verpasse, die ich nicht nachholen kann«, sagt er dann. Wenn man sich als 19-Jähriger für ein Amt entscheidet, das einem niemand mehr abnimmt, bis man 24 ist, können fünf Jahre Amtszeit sehr lang sein.

Aber aufhören? Keinesfalls. Den Ehrgeiz, dem Wählervotum gerecht zu werden und den Skeptikern zu beweisen, dass auch Jugendliche hervorragende Gemeinderatsarbeit leisten können, haben beide. Und natürlich bestärkt die Erfahrung, dass sich tatsächlich etwas bewegen lässt. In kleinem Rahmen zwar. Aber wenn dem Jugendprojekt »e-fact« zusätzliche 7000 Mark bewilligt werden, weil man in den Haushaltsberatungen dafür eingetreten ist, ist das ein guter Anfang. Und dann das Projekt »JugendDenkMal Freiburg«: Ein von Jugendlichen gegründeter Verein bemüht sich seit 1996 um die Einrichtung eines zentralen Jugendkulturzentrums in Freiburg. Als möglicher Ort dafür gilt eine Unterführung in der Nähe des Freiburger Siegesdenkmals. Wenn man es schafft, dieses Projekt mit durchdachten Kompromissvorschlägen vor dem Scheitern zu bewahren, ist das Grund genug, die nächsten drei Jahre weiterzumachen.

Ein bayrischer Pfarrer züchtete den
»Korbinians-Apfel« im KZ Dachau

Der süße Apfel aus dem KZ

Ein schmaler Grünstreifen im Konzentrationslager Dachau genügte Pfarrer Korbinian Aigner für seine Apfelpflänzchen. Der engagierte Obstzüchter und Nazi-Gegner konnte hier während der letzten Kriegsjahre vier verschiedene Apfelsorten züchten – der saftige, aromatische »KZ 3« war der leckerste von allen. Peter Klock (55), engagierter Obstzüchter in Hamburg, hat den Apfel jetzt wieder entdeckt und will ihn bundesweit vermarkten.



Sie sind nicht groß, aber sehr schmackhaft und robust, die »Korbinians-Äpfel«, die ihr Wiederentdecker Peter Klock hier präsentiert

Von Thomas Morell

Korbinian Aigner wurde 1885 im oberbayrischen Hohenpolding geboren. Er war der älteste von elf Geschwistern und hätte eigentlich den elterlichen »Poldingerhof« erben sollen. Doch stattdessen wollte er lieber Theologie studieren. So war er anschließend im Kloster Scheyern unter anderem Kunstlehrer im Knabenseminar und hat dort den späteren Kultusministern Alois Hundhammer und Josef Schwalber das Zeichnen beigebracht.

Nach mehreren Stationen wurde er katholischer Pfarrer in Sittenbach. Damals hatte jedes Anwesen noch mehrere Obstbäume, damit das wenige Geld nicht

unnötig für Lebensmittel ausgegeben werden musste. Korbinian Aigner war schon früh begeisterter Apfelmäher und gründete mit 23 Jahren den heimatischen Obstbauverein. Schon 1910 hat er mit Hilfe eines Staatszuschusses in seinem Heimatort die erste vereinseigene Mostkellerei Bayerns eingerichtet – heute das Vereinsheim der Hohenpoldinger Feuerwehr. 1930 übernahm er den Vorsitz im Obst- und Gartenbauverein Oberbayern. Neben den Äpfeln galt Aigners Interesse der Politik.

Couragiert gegen die Nazis

Pfarrer Aigner war Mitglied der Bayerischen Volkspartei und erklärter Gegner der Nationalsozialisten. Er weigerte sich,

Kinder auf den Namen Adolf zu taufen und musste 1934 einen ersten Strafbefehl wegen Beleidigung der SA mit 150 Reichsmark bezahlen. Als am 26. März 1936 in vielen Kirchen die Glocken für Hitlers »Friedensappell« läuteten, blieb es in seiner Kirche still. Kurze Zeit später wurde er nach Hohenbercha (bei Freising) versetzt.

Als am 8. November 1939 das Attentat von Georg Elser auf Hitler fehl schlug, verteidigte er es im Religionsunterricht: »Ich weiß nicht, ob das Sünde ist, was der Attentäter im Sinn hatte«, soll er gesagt haben. Er wurde von einer linientreuen Lehrerin denunziert und nach dem »Heimtückegesetz« zu sieben Monaten Haftstrafe verurteilt. Danach kam Aigner in das Konzentrationslager Sachsenhausen und erkrankte dort schwer an einer





Stiftung für NS-Zwangsarbeiter. Mehr als 300 Bäume hat er schon verkauft. Nicht ohne Stolz sagt er: »Meine Initiative wurde schon von Graf Lambsdorff im Bundestag erwähnt.«

Informationen: Südflora Peter Klock,
Stutsmoor 42, 22607 Hamburg,
Tel. 040/899 16 98

Lungenentzündung. Überliefert ist von ihm der Ausspruch: »Den Gefallen tu ich euch nicht, da heroben in Preußen zu sterben.« Später wurde er in das bayrische KZ Dachau verlegt.

Zugeteilt zur Gartenarbeit widmete er sich den Apfelbäumen. Aus kleinen Apfeln züchtet er Pflanzen, die er zu neuen Sorten kreuzte. Vier Sorten »KZ 1« bis »KZ 4« entstanden hier, die er aus dem KZ heraus schmuggeln ließ. »KZ 3« war die beste. Im April 1945 konnte er aus dem KZ fliehen und überlebte in einem Kloster.

Der Apfel mit der bewegten Geschichte wird wieder entdeckt

Nach dem Krieg kam er zurück in seine Pfarrei Hohenbercha und pflanzte hier einen »KZ 3«, der heute noch steht. Er wurde auch in der Verbandsarbeit wieder aktiv und war von 1945 bis 1950 Vorsitzender im Landesverband für Obst- und Gartenbau. Für die Gartenarbeit, so wird berichtet, benutzte er bei schlechtem Wetter immer noch seinen alten KZ-Mantel. Als er am 5. Oktober 1966 im Alter von 81 Jahren an Lungenentzündung starb, legte man ihm seinen alten KZ-Mantel auf den Sarg.

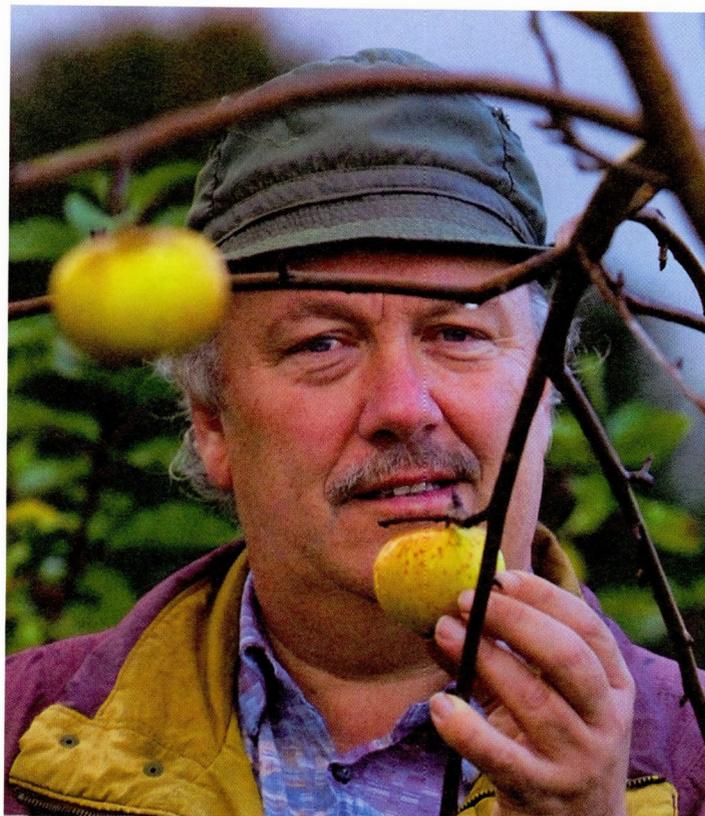
1985 feierte die Gemeinde den 100. Geburtstag Aigners und benannte ihm zu Ehren den Apfel »KZ 3« feierlich in »Korbinians-Apfel« um. Noch heute findet er sich in vielen Obstgärten Oberbayerns und wird von heimischen Züchtern vertrieben.

Der Hamburger Obstzüchter Peter Klock bekam von der Uni Freising den Tipp mit dem Korbinians-Apfel. Klock hat sich spezialisiert auf ausgefallene Obstsorten und zieht in seinen Gewächshäusern Mangos, Kaffee, Baumtomaten und chinesische Pfirsiche. »Ich muss mir immer wieder etwas Neues einfallen lassen.« So pflanzte er einen Zweig von Aigners al-

tem Apfelbaum auf einen wilden Apfelstamm.

Von der Qualität der Aigner-Züchtung ist Klock überzeugt: Der Apfel habe ein kräftiges Aroma, sei robust und könne bis Juni gelagert werden. »Der wächst überall.« Wer im Herbst einen Baum pflanze, könne im darauf folgenden Oktober schon den ersten Apfel ernten.

Vor allem die Geschichte der Apfelsorte hat es Peter Klock angetan. Jeder Käufer erhält von ihm ein Zertifikat, auf dem die Geschichte des Korbiniansapfels zusammengefasst ist. Außerdem will er auch einen aktiven Beitrag zur Aufarbeitung der NS-Geschichte leisten. Für jeden verkauften Baum spendet er 2,50 Euro an die



Spendet von jedem verkauften Baum einen Anteil an die Stiftung für NS-Zwangsarbeiter. Der Obstbaumzüchter Peter Klock
Fotos:
S. Wallocha

DAS ZIVILE RÄTSEL 2002 / EINS

So: Neues Jahr, neues Rätsel. Aber das Prinzip bleibt: Sechs Fragen, sechs Antworten, eine Lösung. Letztes Mal lautete die Lösung übrigens AUFGABE. Und wie ich Euch kenne, habt Ihr das natürlich ohne Probleme heraus bekommen. Na dann, auf ein Neues! Viel Spaß und Glück wünsch' ich.

Euer Michael Wilke

1.

Vier Jungs und zwei Mädels haben sich erst vor wenigen Monaten kennengelernt. Sie selbst kennt mittlerweile jeder, sie aber die wenigsten derer, bei denen sie bekannt sind. Und dabei sind sie laut ihres kurz gehaltenen Namens angeblich Geschwister. Mit welchem Buchstaben beginnt ihr gemeinsamer Name?

N B R T

2.

BC? ?CB ?ZB ?KT ?KP

Welcher Buchstabe gehört an die Stelle der ?

A E I O

3.

x c v b ?

Und noch ein Buchstabe, der sich hinter einem Fragezeichen versteckt. Welcher?

E S I N

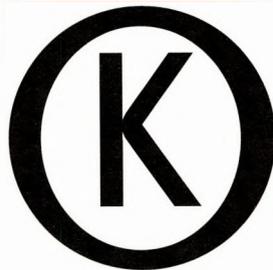
4.

Gesteinsprobe, Klavierunterricht, Radreifen, Tannenzweig, Leinsamenbrot.

Das alles zusammengenommen ergibt einen der unten genannten Begriffe. Welchen?

- M Jahreszeit
- A Abenteuerreise
- L Filmpremiere
- G Bügelfalte

5.



Was ist hier zu sehen?

- P Arbeiteraufstand
- E Herr der Ringe
- N Kanzlerkandidaten
- D Quarkspise

6.

Martin feiert seinen achten Geburtstag. Zusammen mit seinen kleinen Gästen trägt er eine Spaß-Olympiade aus. Es gibt insgesamt neun Disziplinen, von denen jeder Teilnehmer nur fünf belegen muss. Diese fünf Disziplinen darf sich jeder Spieler selbst auswählen. Die Punkte in jeder Disziplin werden nach einem ganz bestimmten System ermittelt. Gewonnen hat, wer zuerst 450 Punkte erreicht hat. Martin hat bereits vier Disziplinen hinter sich. Hier seine bisherigen Punkte:

Tauziehen	(109 Punkte)
Topfschlagen	(126 Punkte)
Halma	(35 Punkte)
Bingo	(47 Punkte)

Welche der vier verbleibenden Disziplinen muss Martin als seine letzte belegen, um garantiert über die geforderte Punktzahl von 450 Punkten zu kommen?

- L Gummitwist
- S Blinde Kuh
- A Dame
- G Mau-Mau

Lösung: Ziviles Herbsträtsel 2001: AUFGABE

1. A
Natürlich ist der Mai der kürzeste Monat des Jahres. Zwar hat der Februar nur 28, manchmal 29 Tage, der Mai also nur drei Buchstaben und somit deutlich kürzer ;-)

2. U
Der Hauptbahnhof. Ein kurzer Blick auf das Monopoly-Brett hätte geholfen, diese Aufgabe zu lösen.

3. F
Die Buchstaben standen für die Wochentage: Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag. Und danach kommt der Freitag.

4. G
Wir alle erinnern uns ja (mehr oder weniger) an unsere bisherigen Bundespräsidenten. Genannt waren deren Vornamen, bis auf einen: Richard.

5. A
Der Mann auf dem Photo kennt Ihr alle von der ersten Aufschlagseite der »zivil«. Sein Name: Werner Schulz, verantwortlicher »zivil«-Redakteur in Stuttgart.

6. B
Hier sind beim Druck leider ein paar Punkte verloren gegangen (Tschuldigung). Wären Sie nicht verschwunden, hätten Ihr den Morse-Code für »Nikolaus« sehen können und der trägt bekanntlich rot - in jeder Saison. Aber Ihr habt das Rätsel sicherlich auch ohne die fehlenden Punkte lösen können.

7. E
Auf einem Schachbrett befinden sich mehr als 200 Quadrate. Zunächst 64, bestehend aus je einem Feld. Dann 49 Quadrate aus 2x2 Feldern. Dazu kommen 36 Quadrate (3x3), 25 (4x4), 16 (5x5), 9 (6x6) und 4 Quadrate aus 7x7 Feldern plus 1 Quadrat aus allen 64 Feldern. Macht zusammen: 204

Der **Not** antworten

Von Jörg Benzing

Ende Januar 2002, US-Marinestützpunkt Guantánamo auf Kuba. Bilder von gefesselten Afghanistan-Kriegern gehen durch die Medien. Zweifel werden laut an der Behandlung der Soldaten durch die USA, und Menschenrechtsorganisationen verlangen Auskunft darüber, welche Verhörmethoden die Militärs anwenden. Die Frage ist, welchen Status die gefangenen Taliban- und Al-Kaida-Kämpfer haben. Werden sie als Kriegsgefangene eingestuft? Fallen sie unter die Genfer Konvention und müssen entsprechend der diplomatischen Übereinkunft menschenwürdig behandelt werden?

Ende Oktober 1910, ein Spital im Schweizer Kanton Appenzell. Kuhglocken klingen durch die friedliche Gegend. Weit streift der Blick von hier oben über die herbstlichen Hügel und den Bodensee. Ein 82-jähriger Mann, dem Sterben nah, blickt zurück. Viele Länder hat er bereist in seinem Leben und unermessliches Leid musste er mit ansehen.

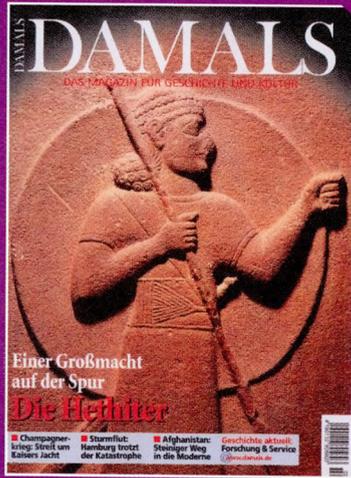
Schon bald nach der Banklehre in Genf geht er 1856 nach Algerien. Er kauft Land und gründet mit einem Freund zusammen eine Mühlengesellschaft. Wegen rechtlicher Probleme beschließt er, beim französischen Kolonialherrn persönlich um Unterstützung nachzusuchen. Napoleon III. führt in Oberitalien Krieg gegen Österreich, also muss er dorthin. Zu einem Treffen kommt es nicht, aber was er

im Kriegsgebiet erlebt, kann er nicht für sich behalten: »Es ist ein Kampf Mann gegen Mann, ein entsetzlicher, schrecklicher Kampf. In das Wiehern der Pferde mischen sich Verwünschungen, Wutschreie, Schmerz- und Verzweiflungsrufe. Ihre Gesichter sind schwarz von Fliegen, welche sich auf den Wunden sammeln; ihre Blicke schweiften, verloren forschend, nach allen Seiten, ohne Antwort zu finden.«

Aber die Not der Verwundeten darf nicht ohne Antwort bleiben. Er schreibt ein Buch, um auf die Lage der Kriegsoffer aufmerksam zu machen, die Druckkosten trägt er selbst. Auch den Vertrieb nimmt er selbst in die Hand und schickt seine Schrift an einflussreiche Persönlichkeiten in ganz Europa. Heute würde man sagen, er habe mit dieser Mailing-Aktion bei »Polit-Managern, Entscheidern und Multiplikatoren Fundraising und Direktmarketing für seine humanitären Ziele« betrieben. Eine Wohlfahrtsorganisation in Genf nimmt ihn auf und unterstützt ihn. Er reist durch Europa, um für seine Idee zu werben. Immerhin 16 Staaten nehmen an einer Konferenz teil, um seine Vorschläge zu beraten.

Dann, 1867, das berufliche und finanzielle Aus. Seine algerischen Firmen sind bankrott. Er siedelt nach Paris über, wo er erstmals für seine Verdienste um die Menschlichkeit ausgezeichnet wird. An seiner misslichen Finanzlage vermag das nichts zu ändern. Er zieht unbestet und verarmt umher, lebt in Süddeutschland, Rom, auf Korfu, in Basel und London.

6-monatiges »DAMALS«-Abo zu gewinnen!!!



Als Hauptgewinn verlosen wir, mit freundlicher Unterstützung des DVA-Verlags, ein sechsmonatiges Abo der Zeitschrift »Damals, das aktuelle Magazin für Geschichte und Kultur«.

Mit Hilfe seiner Familie kann er schließlich in die Schweiz zurückkehren.

Erst durch den Bericht eines Journalisten wird die Öffentlichkeit wieder auf ihn aufmerksam. Die Witwe des russischen Zaren versorgt ihn mit einer jährlichen Rente. Das Geld, das ihm von einer vermögenden Stiftung zuerkannt wird, will er nicht für sich behalten. Der menschenfreundliche Mensch gibt es weiter an eine heute weltweit auch in Kriegsgebieten tätige Organisation. *zivil* fragt: Wer war's?

Schreiben Sie den gesuchten Namen bitte auf den Lösungs-Coupon und schicken Sie ihn an die Redaktion. Oder: per E-Mail mit dem Kontaktformular (Mitteilung) auf unserer Internetseite www.zivil.de. Bitte Absender-Anschrift nicht vergessen!

Das Lösungswort bitte auf den Abschnitt schreiben (Kommentare aller Art sind immer willkommen!), auf eine Postkarte kleben und an uns abschicken:
Redaktion *zivil*
Rosenbergstraße 45
70176 Stuttgart

Oder per e-Mail mit dem Kontaktformular (als Mitteilung) auf unserer Internetseite www.zivil.de.
Bitte den Absender nicht vergessen!
Einsendeschluss ist der 28. März 2002!

Unter den richtigen Rätsel-Einsendungen verlosen wir (unter Ausschluss des Rechtsweges) folgende Gewinne:

1. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 50 €
2. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 25 €
3. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 15 €
- 4.-10. Preis: je ein *zivil*-Frei-Abo für ein Jahr

DIE ERSTEN FÜNF GEWINNER SIND:

Benjamin Gollnick aus Seligenstadt, Thomas Hertzberg aus Bremen, Tobias Burgenmeister aus Heilbronn, Tim Gilbert aus Lahnau und Markus Hochbaum aus Bad Elster.

Der Gesuchte Name bei »Wer war's?« 4/2001 ist »Sophie Scholl«
Das »DAMALS«-Abo hat Peter Franzke aus Köpnick gewonnen.

Gratulation!
Alle Gewinner werden von uns schriftlich benachrichtigt.

Das Lösungswort von Seite 28 lautet:

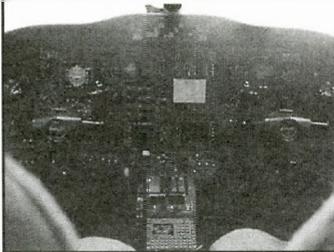
□ □ □ □ □ □ □ □

Wer war's? Der gesuchte Name von Seite 29:

Ich bin *Zivi*: nein ja, bis _____

Betr. *zivil*: Anregungen, Kritik, Lob ...
(Hat keinen Einfluss auf die Gewinnchancen!)

Verkehrspilot / Fluglotse



Interessante Berufe mit Zukunft. Die Stellen sind da. Die Vorbereitung auch. Das ATTC-Training für die Einstellungstests von Lufthansa und DFS garantiert Ihren Erfolg.

- Vorbereitung auf den DLR-Test (BU) und Firmenqualifikation für die LH-Verkehrsfliegerschule
- Vorbereitung auf den DLR-Test für angehende Fluglotsen bei der Deutschen Flugsicherung DFS

Intensiv-Training durch Verkehrsflugzeugführer, promovierte Dozenten und Fachlehrer

- Seriöse Schulung und individuelle Betreuung bis zur sicheren Testreife
- Anerkanntes Seminar, Förderung durch das BAZ für Zivildienstleistende.



ATTC München	Gabriela Müller M.A.	☎ (0 89) 60 60 15 30	Fax (0 89) 60 60 15 33
ATTC Hamburg	Dipl.-Ing. Olaf Pattberg	☎ (0 40) 2 51 21 20	Fax (0 40) 2 51 41 21
ATTC Frankfurt	Dr. Wolfgang Lorenz	☎ (0 69) 6 61 63 34 4	Fax (0 69) 6 61 63 35 5
ATTC Wien	Mag. Doris Scherling	☎ (0 1) 7 68 50 70	Fax (0 1) 7 68 50 71
ATTC im Internet:	http://www.atcc.de	E-Mail: info@atcc.de	

Bernd-Blindow- u. Dr. Rohrbach-Schulen

- ▶ Physiotherapeut/in (auch als Nachqual. für Masseure)
- ▶ Masseur/in
- ▶ Ergotherapeut/in ▶ Logopäde/in ▶ Kosmetiker/in
- ▶ Pharmazeutisch-, Biologisch-techn. Assistent/in
- ▶ Techniker/in (Umweltschutz, Maschinentchnik)
- ▶ Assistent/in Wirtschaftsinformatik
- ▶ Tech. Assistent/in (Umweltschutz, chem. u. bio. Laboratorien)

DIPLOMA Fachhochschulen

Nordhessen / Oelsnitz/Vogtl.

Fern- oder Direktstudium in **3 1/2** Jahren

- ▶ Diplom-Betriebswirt/in
- ▶ Diplom-Wirtschaftsjurist/in
- ▶ Diplom-Wirtschaftsing. IT

Ausbildungsorte*: Bad Sooden-Allendorf, Berlin, Bonn, Bückeburg, Friedrichshafen, Hannover, Kassel, Leipzig, Oelsnitz/Vogtl., Raisdorf/Kiel

*Die genannten Ausbildungen werden nicht an jedem Standort angeboten

Info.: Bernd-Blindow-Schulen, Herminenstr. 17f, 31675 Bückeburg
Ortstarif: 01801 500 555 <http://www.blindow.de> <http://www.diploma.de>

Physikalisch Technische Lehranstalt

Chancen mit mittlerer Reife

Physik

Mikroelektronik

Informatik

Tag der offenen Tür **23.02.2002**
9.00 - 17.00 Uhr

www.ptl.de
Feldstraße 143
22880 Wedel
Tel.: 04103 / 80 48 - 0
Fax: 04103 / 80 48 - 39

← ↑ ↗

WAS BIN ICH?

Katja Albrecht,
Studentin der Diakonenschule mit halber Arbeitsstelle in den Neinstedter Anstalten, im sozialen Bereich, z. B. der Altenpflege oder Behindertenerbeit

DIAKONIN

Bewerben Sie sich! Um eine Ausbildung für Ihre ganz persönliche Perspektive

Für eine Ausbildung zur Diakonin oder zum Diakon.

Neinstedter Anstalten – Evang. Stiftung Diakonenschule Lindenhof
Lindenstraße 22 · 06502 Neinstedt/Harz
Tel.: (03947) 99 - 130 · Fax: (03947) 99 - 131
E-mail: J.Wendt@Neinstedter-Anstalten.de
www.neinstedter-anstalten.de

www.blindow-schulen.de

staatlich anerkannt

SCHULEN DR. W. BLINDOW

Plusangebot Informatik

- ◀ Technikerⁱⁿ*
- ◀ Betriebswirtⁱⁿ*
- ◀ Hotelbetriebswirtⁱⁿ*

- Altenpflegerⁱⁿ
- Ergo- ● Physiotherapeutⁱⁿ
- Kosmetikerⁱⁿ ● Masseurⁱⁿ
- Rettungsassistentⁱⁿ

Hannover · Stadthagen* 05721/97410
staatlich anerkannt

Weiterbildung als **Kfz-Sachverständiger**
(EDV-Anwend.: Audatex, DAT)

SCHWACKE-Partner
(Vorbereitungs-Lehrgänge) auf Anfrage

Westfalen-Akademie Dortmund
Kornbachstr. 52 44143 Dortmund
Tel. 0231/5572070 Fax 55720710

Hier könnte Ihre Anzeige stehen!

zivil

Infos

Rodmann & Partner
Kommunikation und Media-Service, GmbH

Woldsenweg 14 Tel. 040/48 75 76,
20249 Hamburg Fax 040/480 44 12

Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Polnisch u. a.

Perelingua - Sprachreisen
Varziner Straße 5
12159 Berlin
Tel. 030-851 80 01
Fax 030-851 69 83

Intensivkurse, Einzelunterricht,
Sprachtraining für den Beruf

Ausbildung zum/zur Diakon/in

Die Diakonenausbildung verbindet eine soziale mit einer diakonisch-theologischen Ausbildung. Nähere Infos: Tel: 0521/144-41 31

v. Bodelschwingsche Anstalten Bethel
Westfälische Diakonienanstalt Nazareth
Diakonenschule
Nazarethweg 5 - 7 • 33617 Bielefeld

BERUFSAKADEMIE KASSEL DR. W. BLINDOW-SCHULEN

- Physiotherapie
- Medizin. Fußpflege
- Ergotherapie

WFOT anerkannt Beginn: März/Sept. Förderg./schuleig. Finanz.

Frankenstraße 42 · 34131 Kassel
Telefon: 0561 / 932 429 3

Schulen Dr. W. Blindow • 06108 Halle

Vom Kaufmann oder Verwaltungsangestellten zum/zur

- **staatlich geprüften Betriebswirt/in**
- Finanzwirtschaft • Touristik

Vom Koch, Restaurant-, Hotelfachmann zum/zur **schulgeldfrei**

- **staatl. geprüften Hotelbetriebswirt/in**
- Beginn: September • Wohnheime, Förderung möglich

August-Bebel-Str. 27 · Tel. 0345 / 20 26 66 3 Fax: 29 00 50 8
email: blindow.halle@t-online.de - www.blindow-schulen.de

„SEIN IST DIE ZEIT“



„MIT CHRISTUS UNTERWEGS IN GEMEINSCHAFT“

Wir, die *Franziskanerbrüder vom Heiligen Kreuz*, versuchen durch ein Leben in Gemeinschaft auch in unserer Zeit, Jesus von Nazareth und seine Idee erfahrbar zu machen. Wir stehen an der Seite von Menschen, die in unserer Gesellschaft keine „Stimme“ haben. Motivation auf diesem Weg ist uns die gemeinsame Suche nach Gott und ein Leben nach den Idealen des Heiligen Franziskus von Assisi. Menschen sind gefragt und herausgefordert, die Zeichen der Hoffnung und der Liebe setzen möchten.

Wenn Dein Interesse geweckt wurde und wenn Du uns näher kennenlernen willst, dann schreibe an:

Br. Bonifatius Faulhaber FFSC
 St. Marienwörth, 55543 Bad Kreuznach
 Tel.: 0671/372 306; Fax.: 0671/372 460
 Email: khffsc@netart-net.de
 Homepage: <http://franziskanerbrueder.orden.de>

Suchen Sie
 einen Beruf in Kirche
 und Diakonie?

Hephata[®]
 Diakonie

Wir bieten eine Ausbildung

zur **Diakonin/zum Diakon**
 mit dem Studium der Sozialpädagogik
 in Zusammenarbeit mit der Evangelischen
 Fachhochschule Darmstadt

insbesondere für die **Arbeitsfelder**
 Heilpädagogik – Jugendhilfe – außerschulische
 Kinder- und Jugendarbeit.

Wenn Sie
 Interesse an der doppelten Qualifikation
 – Theologie/Diakonik und Sozialpädagogik –
 haben, dann bewerben Sie sich bis zum 15. Mai
 bei

Hephata Hessisches Diakoniezentrum e. V.
 Studienstandort der Ev. Fachhochschule Darmstadt
 34613 Schwalmstadt-Treysa
 Tel.: 06691-181458
 Fax: 06691-181439
 eMail: friedrich.martin@hephata.com
 homepage: www.hephata.de

Die großen Themen des Lebens sind unsere Themen

Psychologie Heute ist die einzige deutsche Zeitschrift,
 die regelmäßig und umfassend über Psychologie und
 die Humanwissenschaften berichtet. Die großen Themen
 des Lebens sind unsere Themen: Gesundheit, Liebe,
 Arbeit, Kommunikation, Erziehung

Wer *Psychologie Heute* regelmäßig liest,
 erfährt viel über sich selbst



LERNEN SIE UNS KENNEN:

Zum günstigen Preis von € 10,20
 für drei Hefte, portofrei
 (Einzelpreis € 5,10)

Psychologie Heute-Aboservice c/o Koch, Neff & Oetinger Verlagsauslieferung,
 70551 Stuttgart, Telefon: 07 11/78 99 - 22 03, - 22 05, Telefax: 07 11/78 99 10 10
 E-Mail: Zeitschriften@KNO-VA.de

Die deutsche Jüdin Hedy Epstein ist eine stetige Kämpferin für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Tatkräftig steht die heute 77-jährige verfolgten und diskriminierten Menschen im Alltag zur Seite. Als Zeitzeugin des Holocaust hält die in den USA lebende Seniorin ohne Hass die Erinnerung an die Auswirkungen des Antisemitismus am Beispiel ihres eigenen Lebens wach.



»Innerer Frieden und Wärme«: Die heute 77-jährige Hedy Epstein-Wachenheimer

Hedy Epstein:

Erinnern ist nicht genug

Von Ulla Renner

1924 in Freiburg geboren, wuchs Hedy Epstein als einziges Kind der säkularisierten Juden Bella und Hugo Wachenheimer in Kippenheim bei Lahr auf. Schon früh erfuhr und erlitt sie den durchorganisierten Antisemitismus. Schlimm waren ihre Schulerlebnisse in Ettenheim. Von den Mitschülern wurde sie ignoriert, von Lehrern als »Dreckjude« beschimpft, als letzte jüdische Schülerin nach der Reichspogromnacht rausgeschmissen. Hedy Epstein musste mit ansehen, wie ihr Vater nach vier Wochen KZ-Haft in Dachau kahl geschoren und seelisch geschunden heim kam. Viele Versuche der Eltern, gemeinsam mit ihrer Tochter Deutschland zu verlassen, scheiterten. Doch wenigstens schafften es Bella und Hugo Wachenheimer, dass ihre Tochter 1939 mit einem Kindertransport nach England gelangte. Sie selber wurden, wie die anderen letzten jüdischen Bewohner Kippenheims am 22. Oktober 1940 von der SS am helllichten Tag abgeholt und in das südfranzösische Lager Gurs gebracht. 1942 erfolgte die Deportation nach Auschwitz und ihre Ermordung, was die Tochter erst Jahre später erfuhr.

Der letzte briefliche Kontakt zu ihren Eltern war eine Karte ihrer Mutter vom 4. September 1942: »Meine Liebe Hedy, auf der Reise in den Osten sendet Dir aus Montauban viele liebe Abschiedsgrüße, Deine Dich liebende Mutti.«

In England begannen Hedy Epsteins politische Wege. In unmittelbarer Nachbarschaft des Mädchenheims, in dem sie wohnte, gab es das Haus der »Freien Deutschen Jugend (FDJ)«. Dort machte sie sich zusammen mit anderen zum Ziel, nach Kriegsende in Deutschland den Menschen Demokratie beizubringen. Gleichzeitig wollte sie ihre Eltern suchen.

Tatsächlich ging Hedy Epstein schon 1945 nach Deutschland zurück und arbeitete zunächst für die amerikanische Postzensurbehörde. Anschließend forschte sie für den Ärzteprozess in Nürnberg. In Nürnberg stellte sie fest, dass einige wichtige Dokumente auf mysteriösem Wege verschwunden waren und die Angeklagten im Ärzteprozess von Personen verteidigt wurden, die der ehemaligen Nazi-Gerichtsbarkeit angehört hatten. Auf einem Dokument, datiert auf Februar 1942, las sie den Namen ihres Vaters und den Beschluss für seine Deportation nach Auschwitz.

Mit zwiespältigen Gefühlen besuchte Hedy Epstein im August 1947 Kippenheim, fand jedoch kein einziges Zeichen eines ihrer Verwandten. Hass gegen die Deutschen machte sich in ihr breit und sie entschloss sich, Deutschland zu verlassen. 1948 wanderte sie als 24-Jährige in die USA aus.

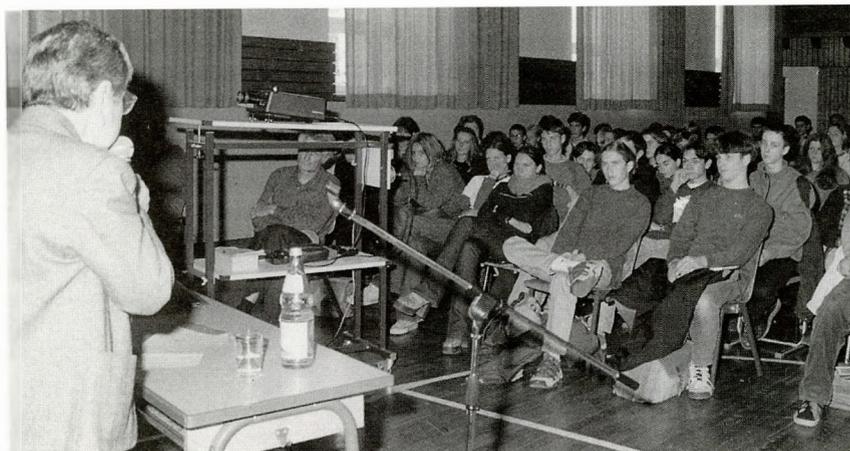
Den Hass überwinden

Durch ihre Arbeit in den verschiedensten Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in den USA lernte Hedy Epstein

allmählich ihren Hass zu überwinden. Sie half Personen, Entschädigungsanträge zu stellen. Schwarzen, die auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert wurden, half sie bei der Wohnungssuche. Sie unterstützte Benachteiligte auf der Suche nach Arbeit und übernahm die Beratung von Vietnamkriegs-Deserteuren.

Ihre Reflektion über den Vietnamkrieg brachte Hedy Epstein 1970 zu einer veröhnlichen Einstellung den Deutschen gegenüber. Für ihr kollektives Wegschauen und Nichtstun im Dritten Reich hatte sie die Menschen verurteilt. Nun empfand sich Hedy Epstein selber als tatenlose Zuschauerin während des Vernichtungskrieges der USA in Vietnam. Hedy Epstein betrachtete den Widerstand im Dritten Reich, der oft genug den Widerstandskämpfern das Leben gekostet hatte, mit anderen Augen. »Mit diesen Überlegungen verschwand all der alte Hass.«

Hedy Epstein begann ab 1970 in Amerika und in Deutschland Vorträge zu halten. Als Mitglied internationaler Friedensdelegationen besuchte Hedy Epstein 1989 Guatemala, Nicaragua und Kambodscha. Ein Sitzstreik 1998 auf einem amerikanischen Militärflughafen gegen



»Hautnah«: Hedy Epstein erzählt Schülern des Gymnasiums Ettenheim ihre Lebensgeschichte
Fotos: Endrik Baublies

die Bombardierung des Irak hatte einen Prozess gegen sie und andere Friedensaktivisten zur Folge.

Niemand ist zu klein

Gegen Ende des vergangenen Jahres war die heute 77-Jährige erneut während einer zweimonatigen Vortragsreise in Deutschland unterwegs. Kippenheim und Umgebung, der Raum Bodensee, das Ruhrgebiet, Hamburg, Rostock und Berlin waren ihre Stationen.

Wenn die zierliche Frau von ihrem Leben in Kippenheim erzählt, geschieht das so »hautnah«, dass sich jede(r) in die geschilderten Situationen hineinfinden kann und sehr nachdenklich und betroffen wird. Hedy Epstein kommt zur Versöhnung, ohne anzuklagen. Sie strahlt in inneren Frieden und Wärme aus.

Ihre Erinnerungen haben drei Grundbotschaften zum Ziel:

■ Wehre Dich gegen das Aufkommen von Hass! Gehe auf fremde Menschen zu und lerne sie kennen, denn Hass entsteht durch Unkenntnis über den anderen.

■ Jede und Jeder kann und soll sich an seinem Platz heute und morgen gegen menschliches Unrecht einsetzen. Niemand ist dazu zu klein oder zu unwichtig.

■ Die Erinnerung soll wach bleiben, damit wir Menschen heute aus der Vergangenheit lernen.

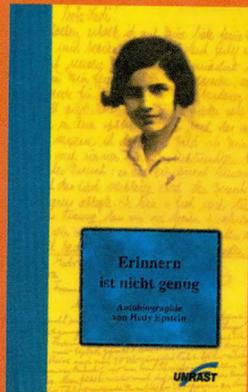
Gerne verwickelt die Zeitzeugin die Zuhörer nach ihren Vorträgen, die sie oft in Schulen hält, in Diskussionen. Sie motiviert die Anwesenden, an ihren Orten wach zu bleiben und bei Diskriminierungen, seien sie auch noch so klein, nicht wegzuschauen, sondern solidarisch zu handeln.

Seit dem Krieg gegen Afghanistan organisiert Hedy Epstein in den USA zusammen mit Gleichgesinnten Mahnwachen oder Demos und begleitet arabische Flüchtlinge, die Angst vor Übergriffen haben. Sie unterstützt die Anliegen von Muslimen und besucht Moscheen. Entschieden verurteilt die Friedenskämpferin die israelischen Militäraktionen gegen die Palästinenser. Die Unermüdliche liest aber auch Kindern in einem psychiatrischen Krankenhaus vor und beteiligt sich an Aktivitäten gegen die Todesstrafe.

Erinnern ist für Hedy Epstein der Grundstein für ihr Engagement für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Doch Erinnern ist ihr nicht genug!

Hedy Epstein

»Erinnern ist nicht genug« ist der Buchtitel von Hedy Epsteins Autobiografie. Hautnah beschreibt sie darin ihre leidvollen Erlebnisse als Kind jüdischer Eltern in Nazi-Deutschland. Sie berichtet vom Kindertransport nach England, vom jahrzehntelangen Hoffen auf ein Wiedersehen mit den Eltern, von der endgültigen, sich spät eingestandenen Gewissheit, dass Vater und Mutter 1942 in Auschwitz ermordet wurden. Ihr Leben nach 1945 – geprägt von ihren schmerzlichen Erinnerungen – schildert Hedy Epstein eindrucksvoll. Die Autobiographie ist 1999 im Unrast Verlag, Münster, erschienen. (298 Seiten, 20,35 Euro, ISBN: 3-928300-86-5)



Das Schicksal von ca. 10.000 jüdischen Kindern, die 1938/39 nach England gebracht wurden, um vor der NS-Gewalt bewahrt zu werden, dokumentiert der Film: »Kindertransport in eine fremde Welt«. Hedy Epstein und andere Zeitzeugen schildern ihre damaligen Erfahrungen. Mark Jonathan Harris und Deborah Oppenheimer haben zu ihrem Film das gleichnamige Buch geschrieben. (Goldmann Verlag, München 2000, 441 Seiten, ISBN 3-442-15138-4, 9,20 Euro)

EineWelt

Magazin aus Mission und Ökumene

- »EineWelt« ist eine Zeitschrift, die den **anderen Blick** wagt.
- Die den Menschen der Dritten Welt **von Angesicht zu Angesicht** begegnet:
- In **Reportagen, Hintergrundberichten und Interviews**, die ganz neue Horizonte eröffnen. »EineWelt« berichtet aus dem Leben von Christen und Kirchen in der Ökumene, über Entwicklung, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

UNSERE THEMEN:



Ecuador:
Handelsware
Kind
Kambodscha:
Früher Richter –
jetzt Henker?
Uganda:
Die Aids-
Kinder



Indonesien:
West-Papua
in Aufruhr
Rumänien:
Ein Besuch bei
Eginald Schlattner,
Romancier und
Pfarrer
Ernährung:
Politik mit dem
Kochtopf



Mexiko:
Heilen mit Hilfe
der Heiligen
Brasilien:
Die »grüne
Apotheke«
Philippinen:
Nestwärme
auf dem Dorf

IN DEN NÄCHSTEN HEFTEN:
3/2002: Schwerpunkt **AFRIKA**
4/2002: Länderheft **LIBANON**

Ja, ich bestelle »EineWelt« ab der nächsten Ausgabe für mindestens ein Jahr (6 Hefte) zum Preis von nur € 11,- (incl. Versand). Das Abonnement gilt so lange, bis ich es schriftlich kündige. Kündigen kann ich jederzeit, spätestens jedoch sechs Wochen vor Ablauf der Bezugszeit.

Name

Straße/Nr. oder Postfach

PLZ/Ort

Datum

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Diese Bestellung kann ich innerhalb von zehn Tagen beim Leserservice »EineWelt«, Missionshilfe Verlag, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg schriftlich widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel). Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

2. Unterschrift

Senden an: Leserservice EineWelt Normannenweg 17-21
20537 Hamburg E-Mail: demh@emw-d.de Fax (040) 254 29 87

Von Christa Paul

Weltweit sind 21 Millionen Menschen auf der Flucht, 80% davon sind Frauen und Kinder. Diese Zahlen nennt das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen, UNHCR. Welchen Flüchtlingen in den einzelnen Ländern Schutz gewährt wird, regeln internationale Abkommen und nationale Gesetze. Klare Regelungen zur Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung von Frauen fehlen in den meisten Staaten noch immer. In der jetzt vorliegenden Gesetzesvorlage zur Zuwanderung werden nun erstmals nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe berücksichtigt. Doch das Gesetz muss im Bundesrat beschlossen werden und die CDU/CSU hat die Ablehnung dieser Regelung schon angekündigt.

Verfolgt, nur weil sie Frauen sind

Die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung bleibt ungewiss

Geschlechtsspezifische Verfolgung hat viele Gesichter. Frauen fliehen, weil sie gegen traditionelles Rollenverständnis verstoßen und dafür verfolgt werden. Sie fliehen vor religiösen oder kulturellen Zwängen, z. B. vor »Ehremorden«, vor Genitalverstümmelungen, vor Zwangsheirat oder Zwangsabtreibungen. Frauen fliehen auch wegen sexueller Folter bei Verhören und in Gefängnissen.

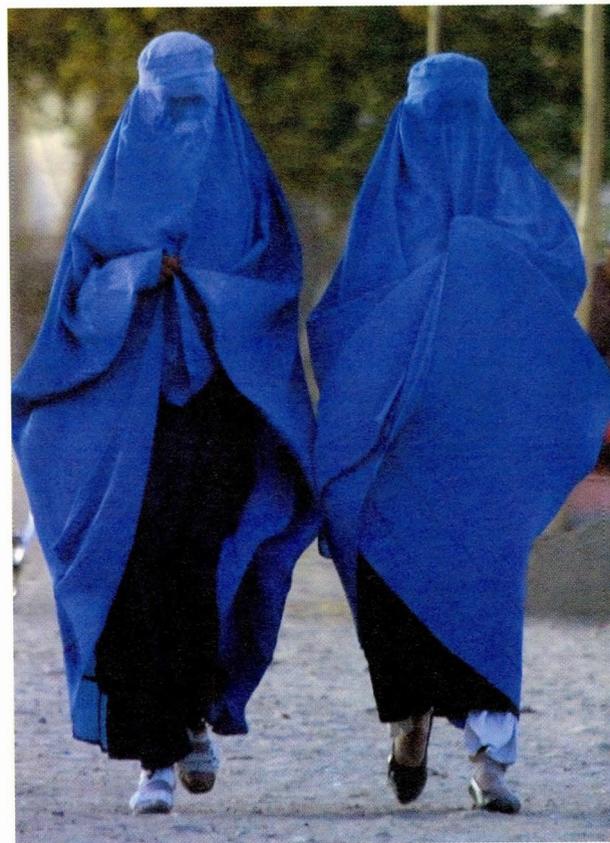
Breit dokumentiert wurde in den vergangenen Monaten die massive Unterdrückung von Frauen in Afghanistan durch die Taliban, die Frauen weitgehend entrechtet hatten. Die Situation in Afghanistan war aber auch schon vor den Attentaten im September bekannt. Zu positiven Bescheiden gegenüber den aus Afghanistan nach Deutschland geflohenen Frauen haben diese Kenntnisse jedoch nicht geführt.

So wird in einem Flugblatt zur Kampagne »Verfolgte Frauen schützen«, die im März 1999 mit der Übergabe von 100 000 Unterschriften an die Bundestagsvizepräsidentin endete, der Fall einer allein stehenden afghanischen Lehrerin aufgegriffen. Sie hatte für sich und ihre Kinder im Jahr 1996 einen Antrag auf Asyl gestellt und angegeben, in ihrer Wohnung wie in

einem Gefängnis gelebt zu haben, nachdem die Taliban sie gezwungen hätten, ihren Beruf aufzugeben.

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge lehnte ihren Antrag mit folgender Erklärung ab: »Die Anordnung der Taliban, dass die Frauen keiner Berufstätigkeit nachgehen und das Haus nur in Begleitung eines Mannes verlassen dürfen (stellt) mitnichten politische Verfolgung, sondern allein eine Umsetzung der Regeln des heiligen Buches des Islam, des Koran, dar. Es kann nicht Aufgabe der bundesdeutschen Asylbehörden sein, die religiösen Gebräuche und Gepflogenheiten anderer Länder zu kritisieren. Dies gilt um so mehr, als sich die Antragstellerin selbst als gute Muslima bezeichnet hat, von der zu erwarten ist, dass sie die Regeln des Koran einzuhalten bereit ist.« (AZ: 2166805-423)

Angesichts des Wortlautes dieses Bescheids und der jüngsten Erklärungen offizieller Stellen über den menschenverachtenden Charakter des Taliban-Regimes, die auch als Legitimation der Bombardierung dienten, zeigt sich markant, wie Einschätzungen über Verstöße gegen Menschenrechte an der politischen Interessenlage ausgerichtet werden.



Frauen in Afghanistan: Während des Talibanregimes waren sie weitgehend entrechtet
Fotos: dpa

Gewalt gegen Frauen als »Kulturelle Eigenart«?

Die Definition von Menschenrechten und Menschenrechtsverletzungen ist der Dreh- und Angelpunkt der Kontroverse über die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung. Es geht um den politischen Stellenwert von Gewalt gegen Frauen. Denn wird Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen als kulturelle Eigenart und sexuelle Gewalt als private Angelegenheit definiert, kann sich daraus kein Anspruch auf einen Aufenthalt in Deutschland als Flüchtling ergeben. Wird die Unterdrückung und Gewalt aber als Menschenrechtsverletzung angesehen, so sind Schutzrechte zu gewähren.

Ein Schauplatz, auf dem die Kontroverse ausgetragen wird, ist die Auslegung internationaler Abkommen. Die Genfer Konvention nimmt dabei eine Schlüsselstellung ein. Ihre Ratifizierung im Jahr 1953 machte sie zu deutschem Recht. Flüchtlinge dürfen gemäß der Konvention nicht in Gebiete zurückverwiesen werden, in denen ihnen Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe droht. Seitdem Frauen- und

Menschenrechtsorganisationen für die Rechte von Frauen im Asylverfahren aufgrund erlittener oder zu befürchtender geschlechtsspezifischer Gewalt eintreten, wird darüber gestritten, ob Frauen als »soziale Gruppe« im Sinne der Konvention zu verstehen seien. Auch die Frage, ob die Konvention nur greife, wenn staatliche Verfolgung vorliegt, ist strittig.

Streitfall: Nichtstaatliche Verfolgung

Durch die geplante Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes ist die Kontroverse über diese Verfolgungshintergründe nun auf der Agenda deutscher Tagespolitik. Das Zuwanderungsgesetz soll das bisher gültige Gesetz für Ausländer in Deutschland, die Regelungen zur Arbeitsaufnahme von Ausländern in Deutschland und die Regelungen zur Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen ersetzen. Zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfs war die »Unabhängige Zuwanderungskommission« ins Leben gerufen worden. Im Sommer 2001 hat die Kommission ihren Bericht vorgelegt, in dem auch geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung erörtert werden.

Es handele es sich um höchst kontrovers diskutierte flüchtlingspolitische Themen, so führt der Bericht die Frage nach Anerkennung der beiden zur Debatte stehenden Verfolgungshintergründe ein. Salomonisch wird die Notwendigkeit des Schutzes bei solcher Art von Verfolgung als unbestritten bezeichnet. Einzig die Frage, wie dieser Schutz zu gewähren sei, könne Gegenstand der Diskussion sein. Ein Vergleich der gängigen Rechtspraxis in den EU-Staaten habe ergeben, so die Kommission, dass in der Mehrheit der EU-Staaten nichtstaatliche Verfolgung als Asylgrund anerkannt wird. Ausnahmen seien aber Frankreich, Deutschland und die Schweiz.

Nichtstaatliche Verfolgung wird als Gewalt definiert, die von Organisationen ausgeht, die quasi-staatliche Macht erlangen haben oder deren Gewalt ein Staat aufgrund ihrer Stärke nicht unterbinden kann. Bei der ohnehin nötigen Angleichung des europäischen Rechts solle sich, so empfiehlt die Kommission, die deutsche Praxis der Mehrheit der EU-Staaten angleichen. Von der Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung sei aber, so rät sie weiter, nach ihrer Prüfung internationaler Abkommen und der EU-Praxis abzusehen. Die Sachverhalte, die als geschlechtsspezifische Verfolgung bezeichnet werden, begründeten nach Ansicht der Kommission selbst unter Hinzurechnung der Genfer Konvention keinen Anspruch auf politisches Asyl. Um eine andere Rechtsprechung in ihre Abwägung mit einzubeziehen, bei der geschlechtsspezifische Verfolgung sehr wohl politisches Asyl begründet, hätte die Kommis-

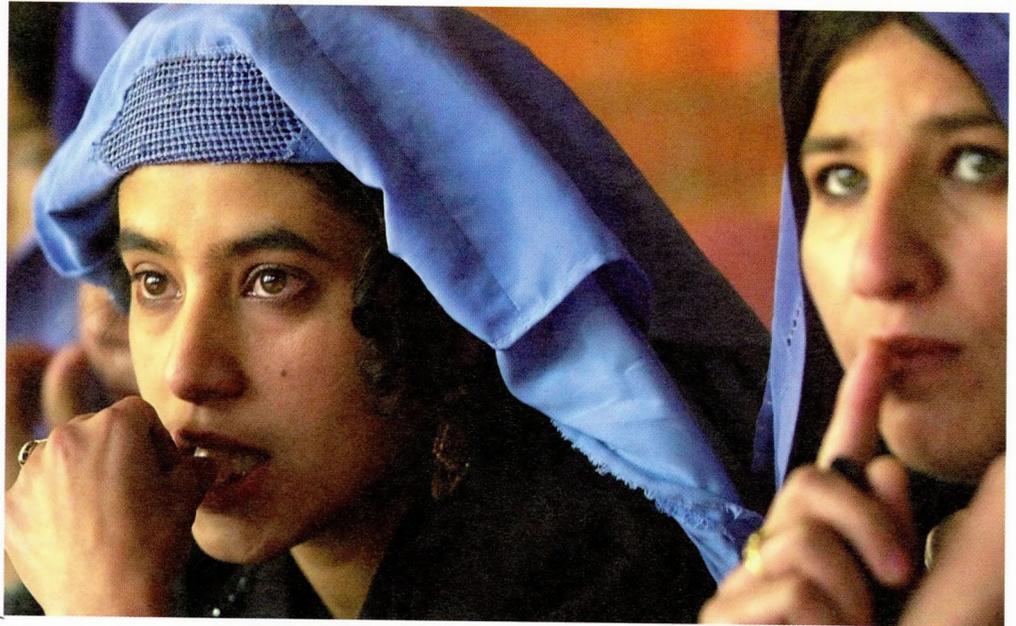
sion über den europäischen Tellerrand hinaus blicken müssen.

Liberale Praxis in Kanada

Wegweisend für die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung ist seit einigen Jahren Kanada, denn dort wurden anlässlich des Internationalen Frauentags im Jahr 1993 Richtlinien zur geschlechtsspezifischen Verfolgung erlassen. Als Grundlage dieser Richtlinien diente die Allgemeine Erklärung über Menschenrechte, in der in Artikel 3 und in Artikel 5 unterschiedliche Rechte aufgeführt sind, die es zu schützen gilt. Das sind: das Recht auf Leben, Freiheit und körperliche Unversehrtheit und das Verbot der Folter, sowie grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung. Die nun seit 1993 gültigen kanadischen Richtlinien legen diese Rechte so aus, dass sie geschlechtsspezifische Verfolgung umfassen.

Im Anschluss an diese Entwicklung in Kanada haben auch die USA, Australien und Neuseeland Bestimmungen erarbeitet, die die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung als Asylgrund vorsehen. Ähnliche Regelungen, so fordern Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, sollten auch in der EU eingeführt werden.

Wird geschlechtsspezifische Verfolgung bald ein Aufenthaltsrecht in Deutschland begründen?



Kurz vor den Attentaten vom 11. September hatte Bundesinnenminister Otto Schily einen Gesetzesentwurf vorgelegt, in dem die Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung nicht aufgenommen war. Schily hatte so entschieden, obwohl die Zuwanderungskommission zumindest hinsichtlich nichtstaatlicher Verfolgung eine andere Empfehlung ausgesprochen hatte und im Bundestag mehrere Beschlüsse gefasst wurden, die die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung sicherstellen sollten. Erst im März 2001 hatte

der Bundestag den Antrag mit den Stimmen der SPD angenommen, geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des Flüchtlingsschutzes stärker zu berücksichtigen.

Und wie lange die Kontroverse schon geführt wird, zeigt sich an einem Bundestagsbeschluss aus dem Jahr 1990. Damals war einstimmig beschlossen worden, Frauen Aufnahme zu gewähren, die geschlechtsspezifische Verfolgung erlitten haben.

Mittlerweile liegt aber eine veränderte Fassung des Zuwanderungsgesetzes vor. Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung sollen nach der neuen Vorlage ein auf drei Jahre befristetes Aufenthaltsrecht begründen. Die Änderung ist eine Folge der Attentate vom 11. September. Sie ist ein Zugeständnis an Bündnis 90/die Grünen für deren Zustimmung zum Anti-Terror-Paket II. Ob der Entwurf beschlossen wird, ist aber fraglich, denn der Bundesrat muss zustimmen.

Namhafte Vertreter der CDU/CSU haben ihre Ablehnung dieser Regelung schon angekündigt. Einer von ihnen, Edmund Stoiber, nahm noch vor seiner Kür zum Kanzlerkandidaten mit folgenden Worten Stellung: »Da soll es jetzt schon genügen, wegen geschlechtsspezifischer Faktoren benachteiligt zu sein; und dann

wird die Bundesrepublik ja das Einfallstor aller benachteiligten Frauen aus aller Welt.« Diese Äußerung ist ein gutes Beispiel dafür, wie seelische und körperliche Gewalt, die Frauen erleiden, ignoriert und verharmlost wird.

Die Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung bleibt also weiterhin ungewiss. Durchgesetzt werden kann sie nur, wenn Frauen- und Menschenrechtsorganisationen sowie diejenigen parlamentarischen Kräfte, die hinter der Forderung stehen, sich weiterhin mit viel Kraft dafür einsetzen. 

Arabische Christen in Israel:

Vertrieben ins eigene Land

Ein Hausbesuch im Nahost-Konflikt

Die arabisch-christliche Familie Makhoul lebt zwischen den Fronten im heiligen Land und ein Riss geht mitten durch sie hindurch. Der Israel-Hass, den die Alten pflegen, ist den Jungen fremd. Trotzdem bleiben sie Bürger zweiter Klasse.

Text und Fotos von Tobias Kaufmann

Es musste soweit kommen. Es kommt immer soweit, wenn es um dieses Thema geht. Onkel Naim hat sich in Rage geredet. »Nicht Bin Laden, sondern Ariel Scharon ist der weltgrößte Terrorist«, sagt Naim, und wiederholt die ewige Tirade, dass Israel ein Terrorregime sei, weil die Israelis das palästinensische Land besetzt halten und das palästinensische Volk unterdrücken, sein Eigentum vernichten und Frauen und Kinder abschlachten. Eben so wie es ihnen ihre Religion vorschreibe, die jüdische.

Naim Makhoul ist 78 Jahre alt. Heute Abend ist er ins Haus seines Neffen Halim gekommen, um ein paar deutschen Journalisten den Nahost-Konflikt zu erklären. Halims ganze Familie hat sich dafür im Wohnzimmer versammelt. Naim, pensionierter Journalist, Halim (55), Rechtsanwalt, und sein Schwager Aissam (54), ebenfalls Rechtsanwalt, thronen auf dem rosa Sofa vor dem Fenster. Daneben sitzt Halims Gattin Salwa, eine Lehrerin. Auch die fünf Kinder sind gekommen. Sohn Amid (25), Tochter Dima (26) und die 21-Jährigen Drillinge Lubna, Reem und Manar sitzen im Halbkreis vor dem Sofa, bei den Gästen. In einem Sessel in der Ecke hat es sich Said Salim bequem gemacht. Er ist 50, ein Freund der Familie und Geschäftsmann aus Nazareth, der Geburtsstadt Jesu Christi.

Said und die Makhouls sind Christen. Katholische Christen genauer gesagt. Im Heiligen Land ist es wichtig, genau zu sein, schließlich wird es nicht nur von Juden und Moslems beansprucht, sondern auch von den Christen, die in Dutzende unterschiedlicher Konfessionen und Gruppen zersplittert sind. Viele davon kennt in Europa kein Mensch.

Die Großfamilie Makhoul lebt in einer Villa in Galiläa, dem nördlichen Teil des Staates Israel. Sie haben hier seit 1951 ein eigenes Dorf aufgebaut, in dem heute rund 200 Familienmitglieder siedeln. Einige neue Familien sind in letzter Zeit dazu gekommen. Mit denen gibt es ab und

zu Streit, vor allem, weil sie griechisch-orthodox sind und von der Heimatkirche gleich ein neues Gotteshaus finanziert bekommen.

Christ ist nicht gleich Christ, keiner weiß das besser als Naim Makhoul. Für manche, wie etwa die Amerikaner, ist Ostern nicht einmal ein nationaler Feiertag. Vielleicht, so vermutet Naim, wollen sich die Amerikaner nicht daran erinnern, »dass die Juden an Ostern Jesus Christus ermordet haben.«

Naim Makhoul hat nichts gegen Juden. Natürlich nicht. Das versichert auch Said Salim, der Geschäftsmann, aus seinem Sessel neben dem rosa Sofa. Sie seien nur gegen den Zionismus, der den Staat Israel aufbaute und die Palästinenser damit zu den wahren Opfern dessen machte, was die Deutschen den Juden angetan haben. Angeblich. Alles, was da passiert sein soll, glaube er nämlich nicht, betont Said, der Geschäftsmann.

Salwa ist schon zu Beginn des Satzes in die Küche gegangen. Schließlich sind Gäste im Haus, da gibt es noch einiges vorzubereiten. Auch Salwas Töchter nutzen den Vorwand und setzen sich nach und nach geschäftig aussehend Richtung Herd ab. Amid und Manar, die beiden Söhne, bleiben sitzen, denn Onkel Naim hat noch mehr zu sagen. »Es war schließlich der Terrorist Scharon, der in Sabra und Schatilla palästinensische Familien massakriert hat.«

Sabra und Schatilla. Vor den Augen von Israels Armee unter dem damaligen Verteidigungsminister und heutigen Ministerpräsidenten Scharon wurden 1982 in den beiden Flüchtlingslagern in Beirut unschuldige palästinensische Zivilisten ermordet.

Arabisch-christlich-palästinensische Israelis

Onkel Naims Beispiel erntet betretenes Schweigen. Denn die Täter in Sabra und Schatilla waren keine Juden, sondern Christen. Libanesische Christen. Jeder weiß das. Sie könnten theoretisch sogar

mit der aus dem Libanon stammenden Familie Makhoul verwandt sein. Durch den schmalen Spalt des Schiebefensters kriecht ein kalter Lufthauch ins Wohnzimmer. Onkel Naim hustet. Manar geht vorsichtshalber nach draußen, um in der Küche nach dem Rechten zu sehen.

Er studiert Politik an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Alle fünf Makhoul-Kinder studieren oder studierten dort, an der renommiertesten und konservativsten israelischen Universität. Was für die Alten selbstverständlich ist, nämlich dass Israel schuld ist an Allem, ist Manar und seinen Geschwistern fremd geworden. Sie wissen, dass die arabischen Staaten den jüdischen Staat Stunden nach seiner Gründung angegriffen und diesen Krieg kläglich verloren haben, so wie alle weiteren, und dass nicht der Zionismus die heutigen Grenzen gezogen hat, sondern die arabischen Niederlagen auf dem Schlachtfeld. Sie wissen, dass die palästinensische Forderung nach Rückkehr aller Flüchtlinge für Israel unannehmbar ist, weil es das Ende seiner Existenz als jüdischer Staat bedeuten würde. Amid unterhält sich nicht mit arabischen Freunden über den Nahost-Konflikt. »Sie können die politische Karte Israels nicht objektiv lesen.«

Die Frauen sind aus der Küche zurückgekommen. Sie bringen nichts mit. Schon vorher war der große Esstisch vollgestellt mit Knabberereien, kandierten Früchten, arabischen Süßigkeiten und einer internationalen Schnapsauswahl. Onkel Naim trinkt ein halbes Glas, dann geht er heim, nicht ohne ein paar verständnisvolle Worte für die Brüder, die Israel bekämpfen. Das Gefühl, mittendrin zu sein, und zu niemandem dazuzugehören, kann Naim damit nicht wegwischen.

Christen sind an dem Konflikt nicht kämpfend beteiligt. Allein der Name der aktuellen Intifada, die Hamil »Moslem-Mist« nennt, verdeutlicht den christlichen Palästinensern, dass die Dschihad-Kämpfer sie nicht dabei haben wollen. Sie heißt »Al Aksa«, wie die Moschee auf dem Tempelberg in Jerusalem. Was haben Leute wie die Makhouls mit einer Moschee zu tun?

Said, der Geschäftsmann, betont, dass er bei Fußballspielen zwischen dem Sudan und Deutschland für Deutschland halte. Als Christ. Sollte allerdings Ägypten auf Deutschland treffen, drücke er die Daumen für Ägypten. Als Araber.



Die ganze Familie Makhoul (leider ohne Onkel Naim), v.l.n.r.: Said Salim, Aissam, Dima, Manar, Halim, Salwa, Amid, Reem, Lubna

Amid schüttelt ungläubig den Kopf. Er hat sich auf seinem Stuhl zurechtgerückt, ein dickes orange-farbenes Kissen vor der Brust, wie zum Schutz gegen die älteren Herren gegenüber. »Ich bin ein arabisch-christlich-palästinensischer Isreali. Geografisch, geschichtlich, seit dem Kampf gegen die Osmanen, sind wir Araber. Doch das Christentum trennt mich von der islamischen, arabischen Welt. Palästinenser bin ich, weil uns die arabischen Staaten nach der Vertreibung durch Israel 1948 nicht aufgenommen, sondern bewusst staatenlos belassen haben. Israeli bin ich, weil ich in diesem Land lebe und studiere, weil ich israelisch fernsehe. Und beim Fußball bin ich für Israel, egal gegen welches Team.«

Angst vor den Radikalen

Amid hat bis vor kurzem sogar für eine Organisation gearbeitet, die Palästinensern Land abkauft, um dort Juden anzusiedeln. Der Großteil der Kunden sind Christen, die es im heiligen Land nicht mehr aushalten und auswandern. »Die würden ihr Land nie an einen Moslem verkaufen, nicht einmal für den zehnfachen Preis. Wegen der Moslems gehen sie nämlich.«

Und dann erzählen die Kinder. Dass sie Angst haben vor den radikalen Islamisten, die unter den Palästinensern längst den Ton angeben. Manar erzählt von Beit Jala, dem palästinensischen Dorf, in dem die Moslem-Kämpfer, wie er sagt, mit Gewalt in christliche Häuser eindringen, um von dort aus Jerusalem zu beschießen, in der Hoffnung, die israelische Armee würde bei ihrer Antwort versehentlich eine Kirche treffen und damit die christliche Welt gegen Israel aufbringen.

Amid rechnet vor, dass der Prozentsatz der Christen unter den Palästinensern seit 1967 von 15 auf rund drei Prozent zurückgegangen ist. Und Lubna sagt leise, dass sie jüdische Freunde hat. Und dass es arabische Kommilitonen gibt, die über Selbstmordanschläge in israelischen Bussen jubeln. »Ich kann das nicht verstehen.«

Said, der Geschäftsmann, schüttelt sich. Die »Freiheitskämpfer« hätten jedes Recht zu diesen Attentaten. Und außerdem: Ob die Makhoul-Kinder nicht wüsten, dass die Israelis sie als Bürger zweiter Klasse behandeln.

Sie wissen es. Dima ist arbeitslos, dabei würde sie gern im diplomatischen Dienst arbeiten. Sie spricht arabisch, hebräisch, englisch und französisch und hat einen hervorragenden Uni-Abschluss. Doch der Staat Israel will nicht von Arabern vertreten werden, auch nicht, wenn sie einen israelischen Pass haben. Wer soll diesen Staat verstehen, für den Araber gleich Araber sind, egal, ob sie Isrealis sein wollen und problemlos in der Knesseth, dem israelischen Parlament sitzen können.

Sogar ein Makhoul war schon mal Abgeordneter. Halims Schwager Aissam ist ein respektables Mitglied der israelischen Arbeitspartei.

»Heiraten käme nicht in Frage«

Draußen hat es wieder zu regnen begonnen. Das Wasser läuft an den Fenstern herunter. Es tropft auf den grünen Tee, den Frau Makhoul im Garten gepflanzt hat.

Amid packt die nächste Provokation aus. »Wenn ich entscheiden müsste, ob ich in diesem jüdischen oder in einem Palästinenser-Staat leben will, würde ich in Israel bleiben, auch wenn ich gegenüber den Juden benachteiligt werde. Hier wird mir weder mein Privatleben vorgeschrieben, noch, wann ich zu beten habe. Und wenn mir etwas nicht passt, kann ich vor Gericht gehen.«

Said, der Geschäftsmann, ist ganz und gar nicht einverstanden. Er faucht Reem an, die genickt hat, als ihr Bruder sprach. »Ihr sagt das doch nur, weil ihr Mädchen seid!« Die drei Makhoul-Töchter nicken heftig. Reem faucht zurück: »Als christliches Mädchen lebe ich lieber unter gemäßigten Juden. Da muss ich kein Kopftuch tragen und kann im Bikini baden gehen.«

Dima lächelt nachdenklich. Sie hat schon zweimal ihre Verlobung gelöst, die letzte zwei Wochen vor der Hochzeit, als schon alles vorbereitet war. Unter Moslems undenkbar, doch Dima hat ihre Gründe. »Als Katholikin kommt für mich keine Ehescheidung in Frage. Also muss es schon der richtige sein, wenn ich heirate.«

Heiraten. Was sie sagen würden, wenn eines ihrer Kinder einen Juden als zukünftigen Ehepartner nach Hause brächte, wird Mutter Salwa gefragt. »Hauptsache, die Kinder sind glücklich« sagt sie nach ei-

nigem Zögern und windet sich unbehaglich auf ihrem Stuhl. Amid zupft sein Hemd zurecht. Eine Jüdin als Freundin, das sei durchaus vorstellbar, sagt er mit einem breiten Grinsen, das vermuten lässt, es sei nicht immer bei der bloßen Vorstellung geblieben.

Said, der Geschäftsmann, grinst auch. Eisig. Vielleicht denkt er darüber nach, was so alles herauskommen kann, wenn man die Kinder zur Uni schickt. »Heiraten käme aber nicht in Frage«, sagt Amid dann. »Zwischen der Frau und mir gäbe es kein Problem. Aber was soll aus unseren Kindern werden? Sie wären als Mischlinge überall Außenseiter. Noch mehr, als wir es sind.«

Israel, Christen und die »Intifada«

Von Tobias Kaufmann

Israel, 1948 als jüdischer Staat gegründet, ist ein Einwanderungsland. Seit 1948 ist die jüdische Bevölkerung von 650 000 auf fast fünf Millionen gewachsen, insgesamt leben rund 6,5 Millionen Menschen in Israel. Knapp 80 % sind Juden, 15 % Moslems, 3 % Christen – meist Araber. Die Zahl der Christen ist seit 1995 von 120 000 auf 137 000 gestiegen, davon sind rund 115 000 Araber, der Rest Immigranten, vorwiegend aus Polen und Russland. Mehr als 60 Prozent der christlichen Bevölkerung lebt im Norden Israels. Nazareth hat mit 18 Prozent den größten prozentualen Anteil an Christen. Die Glaubensgemeinschaften haben eigene religiöse, kulturelle und karitative Einrichtungen. Die israelische Staatsangehörigkeit wird durch Geburt, Aufenthalt oder Einbürgerung erworben, doppelte Staatsangehörigkeit ist möglich.

Israels nichtjüdische – zumeist arabische – Bevölkerung wuchs von 156 000 Menschen im Jahr 1949 auf gegenwärtig 1,2 Millionen. Das sind fast 21 % der Gesamtbevölkerung. Sie nehmen zwar größtenteils an den demokratischen Prozessen des Landes (aktives und passives Wahlrecht) teil, wegen der Unterschiede in Sprache, Religion und Lebensformen sowie des jahrzehntelangen arabisch-israelischen Konflikts leben beide Bevölkerungsgruppen jedoch mehr neben- als miteinander im Land. Sie pflegen Kontakte auf wirtschaftlicher und politischer Ebene, haben jedoch fast keine gesellschaftlichen Beziehungen. Das Verhältnis wird aktuell durch die »Al Aksa-Intifada« belastet. Sie wurde nach dem Scheitern der Verhandlungen in Camp David im Sommer 2000 und einem umstrittenen Besuch des damaligen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg, auf dem sich mit der Al-Aksa-Moschee und dem Felsendom zwei wichtige islamische Heiligtümer befinden, von radikalen Palästinensergruppen ausgerufen, vermutlich mit Zustimmung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Unter den nun 16 Monate andauernden Kämpfen leidet beiderseits vor allem die Zivilbevölkerung, die Wirtschaft liegt in den Palästinensergebieten ebenso am Boden wie in Israel. Nach Angaben des palästinensischen Roten Halbmonds, dem Gegenstück zum Roten Kreuz, kostete die »Al Aksa-Intifada« 926 Palästinenser das Leben, darunter etwa 40 Selbstmordattentäter. Die israelische Armee gibt die Zahl der getöteten Israelis mit 257 an, 193 von ihnen waren Zivilisten.

**Leite mich vom Tod zum Leben,
von der Lüge zur Wahrheit.**

**Leite mich aus der Verzweiflung zur Hoffnung,
aus der Angst zum Vertrauen.**

**Leite mich vom Hass zur Liebe,
vom Krieg zum Frieden.**

**Der Frieden erfülle unser Herz, unsere Welt,
unser Universum ...**

»Der Frieden erfülle unser Universum...«

Ein interreligiöses Friedensgebet

1981 formulierte der Gandhi-Schüler Satish Kumar in England ein Friedensgebet, das sich schnell in verschiedenen Glaubensgemeinschaften der Weltreligionen verbreitete. Als interreligiöse Bitte um Frieden fand das Gebet u.a. die Zustimmung von Anglikanern, Methodisten, Katholiken, Juden, Hindus, Buddhisten und Bahai. So unterschiedliche Persönlichkeiten wie der Dalai Lama, Mutter Theresa oder Yehudi Menuhin schätzten »die wunderbaren Worte dieses Gebets« (Mutter Theresa), das Dom Helder Camara nach eigenem Bekunden in seine tägliche Besinnung aufnahm. Im Gedenken zahlreicher Friedens- und Umweltgruppen begleitete das Gebet die UNO-Abrüstungskonferenzen der 1980er Jahre. 1983 machte sich die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK)

das Gebet zu eigen – »für den Frieden in unserem Land; für die Gewaltopfer auf der ganzen Welt; für alle, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen; für die Kirchen, die mit Konfliktsituationen konfrontiert sind; für eine Welt ohne Krieg und Gewalt«.

Die schlichten Worte des Friedensgebets fördern den Geist solidarischen Bewusstseins gegen feindselige Abgrenzung, sie zeugen von lebensfreundlicher Reli-

giosität statt menschenfeindlichem Fundamentalismus, aus ihnen spricht gewaltfreie Spiritualität statt religiösen Herrschaftsdenkens. Im weiten Horizont der Gebetsanliegen können sich Friedenserwartungen nichtchristlicher Religionen ebenso wiederfinden wie die Zielvorstellungen der ÖRK-Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001-2010).

Friedhelm Schneider
Foto: Ansichtssachen

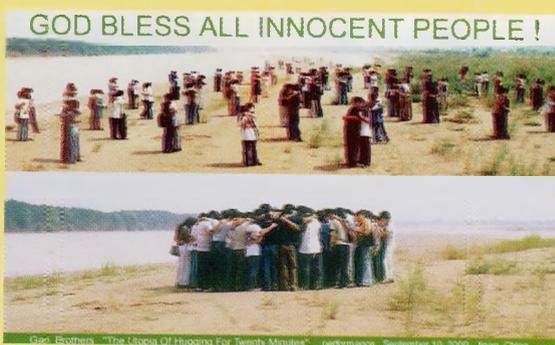
Nina Meledrandri, New York:

»The art project«

zum 11. September 2001

Im Internet, unter www.theartproject.net, hat die amerikanische Künstlerin Nina Meledrandri am 26. 9. 2001 ein besonderes Kunstprojekt ins Leben gerufen. Sie bietet ein Forum an für Künstler, die sich in ihren Bildern mit dem 11. September 2001 auseinandersetzen, mit den Terroranschlägen von New York und Washington und mit dem daraus entstandenen »Krieg« gegen den Terrorismus.

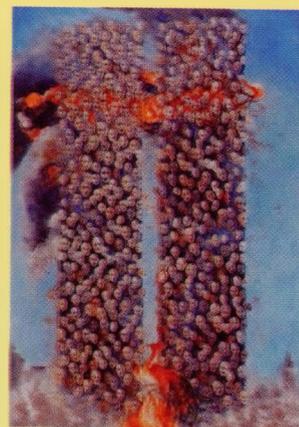
Nina Meledrandri ist selbst Malerin. Sie wohnt und arbeitet ganz in der Nähe des ehemaligen World Trade Centers und jetzigen Trümmerfeldes. In den Tagen nach den Anschlägen war sie tief erschüttert über die unglaublichen Akte der Gewalt. Ohnmächtig sah sie den Feuerwehrleuten bei den Aufräumarbeiten zu. Und dann entstand die Idee für ihr Internet-Projekt: Sie wollte selbst etwas für die inneren, psychischen »Aufräumarbeiten« beitragen. Ziel Ihres Projektes war und ist es, Raum zu schaffen für eine psychische Bearbeitung des neuen amerikanischen Traumas, das durch den Terroranschlag und den Krieg in Afghanistan ausgelöst wurde. »The art project« soll Künstlern, die gewohnt sind, mit Bildern ihre Gefühle auszudrücken, die Möglichkeit bieten, ihre künstlerischen Reflektionen, Appelle, Hoffnungen oder Ängste online auszustellen. Die Bilder, so die Malerin, sollen mit dazu beitragen »die psychischen Wunden Amerikas zu heilen.« Die bildende Kunst könne Therapie und Heilskraft für die tief verwundete amerikanische Seele sein. Einige der Bilder, so schreibt sie, werden heilen, Hoffnung wecken, Zorn und Hass kanalisieren, andere werden eine politische Botschaft zum Ausdruck bringen... Kunst könne so einen wichtigen Beitrag für die kollektive Trauerarbeit und Humanität leisten, könne mithelfen, Hass und Rachegefühle abzubauen.



Gao Brothers, China,
»The Utopia Of Hugging For Twenty Minutes«



Vince Newkirk,
»War and Peace«, 10-8-01
Acrylic On Canvas, 12" x 18"



Lois Duffy,
»Twin Towers«,
October, 2001,
acrylic on canvas,
66" x 44"

Das Projekt teilt sich in eine Ausstellung der Bilder und in ein Diskussionsforum über die Werke. 125 Künstler haben sich bisher mit ihren Arbeiten am Projekt beteiligt. Sie reichen von traditionellen Kunstformen, wie Gemälden, Zeichnungen, Fotografien, Skulpturen... bis hin zur modernen »web-art«, darunter einige Videos und auch kommunale Projekte.

Die zahlreichen angegebenen Links zu Galerien, Ausstellungen, Kunstcommunen und Kunst-WGs geben außerdem einen interessanten Einblick in die lebendige amerikanische Gegenwartskunst.

Die Bilder von www.theartproject.net sind von unterschiedlicher Qualität, Kunst und Kunstgewerbliches mischen sich. Aber gerade in ihrer Mischung geben die Beiträge einen aufschlussreichen Einblick in die vielfältigen Formen gemalter Trauerarbeit. Und letztlich sind die künstlerischen Inspirationen des Internet-Projekts so etwas wie zeitgenössische »Mahnmale« gegen Terror, Gewalt und Krieg.

Harald Wagner



Amy Davis Roth,
»The American
Dream 2«
Acrylic on
canvas,
11" x 14"

Starten Sie **JETZT!**

Das können Sie erreichen:

- Beispielsweise das ABITUR oder einen anderen wichtigen Schulabschluss.
- Werden Sie Betriebswirt, Techniker, Programmierer oder Grafiker / Designer.
- Sprechen Sie eine der Weltsprachen, z.B. Englisch, Französisch, Spanisch.

Das bieten wir Ihnen:

- Moderne, praxisnahe und leicht verständliche Lernunterlagen.
- Persönliche Fernlehrer, die Ihre Fragen beantworten und Hausaufgaben korrigieren.
- Ein Fernstudium ohne Stress - bei Bedarf verlängern wir kostenlos Ihre Studiendauer.

Nutzen Sie Ihre Chance:

Fordern Sie JETZT mit Ihrem GUTSCHEIN oder telefonisch unter 040 / 675 70-177 das neue ILS-STUDIENHANDBUCH 2002 mit wichtigen Informationen an. Sie erfahren darin u. a. wie Ihr Fernunterricht abläuft.

Wählen Sie hier Ihr Berufs- oder Bildungsziel:

901 ABITUR	915 Fachhochschulreife	930 Hauptschulabschluss	921 Realschulabschluss	990 Allgemeinbildung - Lernen nach Maß	640 Latein	170 Gutes Deutsch
599 ENGLISCH-Kurse	605 Cambridge Certificates First/Advanced	618 Englisch interaktiv	611 Französisch-Kurse	629 Italienisch 614 Russisch	619 Spanisch Grundkurs	621 Spanisch Diplom-Salamanca
650 Fremdsprachenkorrespondent/in IHK in Englisch	609 London Chamber of Commerce-Zertifikate	660 Wirtschaftsenglisch-Kurse	616 Wirtschaftskorrespondent/in Französisch	491 Betriebswirtschaftslehre	379 Betriebswirt/in ILS	312 Fachberater für Finanzdienstleistungen IHK NEU
374 Staatlich gepr. Betriebswirt/in	421 Bilanzbuchhalter/in, IHK gepr.	415 Bürosachbearbeiter/in	263 Buchführung und Bilanz	270 Buchhalter/in	303 Erfolgreich verkaufen	148 Erfolgreich im Beruf NEU
810 EKS - Die Strategie für Karriere- und Lebenserfolg	294 Gepr. Managementassistent/in bSb	315 Produktmanager/in NEU	411 Gepr. Immobilienfachwirt/in IHK NEU	322 Media-Planer/in NEU	551 Personalsachbearbeiter/in	309 Anlage- und Vermögensberater/in NEU
304 Geschäftsführung in Kleinbetrieben	405 Kaufm. Grundwissen	201 Steuerrecht / betriebliche Steuerlehre	255 NEU Netzwerkbetreuer/in Windows 2000	254 Telekommunikationstechniker/in NEU	152 Rhetorik	256 Netzwerkmanager/in NEU
414 Speditionssachbearbeiter/in	541 Lagerverwalter/in	153 Grundwissen Psychologie NEU	412 Immobilien NEU	554 Personalreferent/in bSb NEU	314 Verkaufsführer/in	174 Deutsch mit Literaturkunde
944 AUTOR/in / Schriftsteller/in	945 Journalist/in NEU	317 Fotografie - professionell gemacht	943 Kreatives Schreiben	722 Raumgestaltung/Innenarchitektur	941 Freies Zeichnen	155 Praktische Altenbetreuung NEU
316 Grafik und Design	320 Werbetexter/in	321 Werberberater/in	288 Internet-Betreuer/in	298 Europäischer Computerführerschein NEU	268 Internet-Publisher NEU	258 Grafik und Design am PC NEU
269 Java-Programmierer/in	274 Programmierer/in	284 ACCESS für Windows	289 PC-Betreuer/in	272 Wirds im Büro/PC-Anwendungen im Beruf	295 PC-Anwendungen im Alltag	416 Gepr. DV-Sachbearbeiter/in
Heute noch absenden!		Bitte ausfüllen, ausschneiden, auf Postkarte kleben oder im frankierten Umschlag einsenden.		265 Internet-Grundlagen und Homepagegestaltung	257 Netzwerkadministrator/in Windows 2000	285 Grundlehrgang Informatik
Gutschein		264 eCommerce - Business im Internet NEU	710 Maschinen-Techniker/in*	745 Bautechniker, diverse Fachrichtungen	380 Technischer Betriebswirt/in NEU	753 Technisches Zeichnen mit CAD
Ja, ich will vorwärts kommen! Senden Sie mir kostenlos und unverbindlich mein Studienhandbuch 2002 mit vielen Tipps und über 160 ausführlichen Lehrgangsbeschreibungen. Ich brauche Ihnen garantiert nichts zurückzusenden.		287 Netzwerkbetreuung Windows NT 4.0 NEU	840 Industriemeister Metall*	870 Elektroinstallateurmeister*	890 Maurermeister*	842 Industriemeister Elektrotechnik*
Tragen Sie hier die Nummern Ihrer Berufs- oder Bildungsziele ein: <input type="text"/>		845 Industriemeister Luftfahrttechnik*	717 Qualitätsmanagement NEU	768 SPS-Technik NEU	702 NC- und CNC-Technik	730 Gepr. Werkstoffkraft IHK
Vorname, Name <input type="text"/>		820 Diplom-Informatiker/in (FH) NEU Werden Sie Diplom-Informatiker/in (FH) mit dem akademischen Fernstudium an der privaten Fern-Hochschule Darmstadt.	*Vorbereitung auf die staatliche Techniker-/Meister-Prüfung			
Straße, Hausnummer <input type="text"/> 170 AMI		... und weitere 70 interessante Lehrgänge.				
PLZ, Wohnort <input type="text"/>						
Jetziger Beruf <input type="text"/> Geburtsdatum <input type="text"/>						

Erfolg 2002



Liebe Leser,
gestalten Sie jetzt Ihre Zukunft, es zählt sich aus! Umfangreiches, aktuelles Wissen führt zu Erfolg und Anerkennung, Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, dieses wertvolle Wissen zu erwerben: Mit einem Fernstudium beim ILS, neben Ihrem Beruf und ohne Verdienstaussfall. Wann Sie beginnen, wo und wie schnell Sie lernen, bestimmen Sie ganz allein.
Wählen Sie aus über 160 staatlich zugelassenen Fernlehrgängen Ihr Wunschziel aus. Das ist Ihr erster Schritt in ein erfolgversprechendes neues Jahrtausend. Firmenchefs werden neben Ihren fundierten Kenntnissen auch die Eigeninitiative zu schätzen wissen.
Mit freundlichen Grüßen
Ingo Karsten
Ingo Karsten, Direktor



NEU & GRATIS

Mit über 160 Lehrgängen auf 180 Seiten + vielen Tipps



Fordern Sie jetzt Ihr kostenloses Studienhandbuch an:

040/67570-177
www.ils.de
Jetzt auch mit Internet-Studienzentrum
Fax: 040 / 675 70 184

Wir beraten Sie gerne montags bis freitags von 8-20 Uhr.



Institut für Lernsysteme GmbH
Doberaner Weg 20,
22143 Hamburg